

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln: 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mk. pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepolte Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungsanzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Der boykottierte Zarismus.

Die Tatsache, daß der Zar den Besuch in Rom unter dem Eindruck der unwilligen Proteste aus den freiheitlichen Parteien Italiens aufgegeben hat, erregt in der gesamten europäischen Presse Aufsehen. Dabei ist es bezeichnend, daß die liberale Presse vielfach sich auf die Seite des Zaren wendet, dessen Kränkung als ein Vergehen gegen die Gesetze internationaler Höflichkeit angezeigt wird. So sagt die „National-Zeitung“:

„Der Herr Zar triumphierte. Der Feldzug, welchen der Führer der italienischen Socialdemokratie im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des russischen Kaiserpaars in Rom im „Avanti“ eröffnete, hat den Extremen einen wohl von ihnen selbst kaum erwarteten Erfolg gebracht, einen Erfolg allerdings, der viel Ähnlichkeit mit einem Pyrrhussteg hat, insofern die Stimme im Lande, wie sie in der Presse und auf der Straße zum Ausdruck kommt, wohl vielen von denen zu denken geben wird, die von dem maßvollen Turati zu dem Hystropher Ferri übergingen und dadurch der rabulischen Strömung in der italienischen Socialdemokratie die Oberhand verschafften. Ferri hatte bekanntlich ganz ernsthaft vorgeschlagen, das russische Kaiserpaar bei seinem Besuche italienischer Städte auszusperren, wobei hinzugefügt wurde, die Besuche des deutschen Kaisers und des Königs von England habe man allenfalls gelassen lassen können, weil in Deutschland und England konstitutionell regiert werde, dem Zaren aber müsse man zeigen, daß Italien ein freies Land sei. Die Hoffnung, daß schließlich doch der gesunde Menschenverstand auch im Feldlager der Partei Ferris siegen und die Gastfreundschaft der Italiener über die sehr unangebrachte Demonstrationseuse die Oberhand gewinnen werde, hat sich nicht erfüllt: Ferri hat seinen Feldzug nicht eingestellt; dazu kam, daß der nach Rom entsandte Vertreter der russischen Polizei unter den Einfluß von Elementen geraten ist, welche ihm Gefahren für die Sicherheit des Kaiserpaars andeuten, die natürlich keineswegs bestanden, da es schließlich wohl nicht einmal zu Stundgebungen gekommen wäre. Jedenfalls ist nun aber einmal in pessimistischem Sinne nach Petersburg berichtet worden, und die Folge ist die Verschlebung des Zarenbesuches gewesen, von welcher der Flügeladjutant des Kaisers, Fürst Dolgoruch, den König in San Raffaele in Kenntnis zu setzen hatte. Angeblich soll Fürst Dolgoruch gleichzeitig die Mitteilung überbringen, daß ein späteres Datum für den Besuch bereits festgesetzt sei. Wenn das geschehen ist, so hat man die Bewegung der äußersten Linken ganz richtig als eine vorübergehende eingeschätzt; ob man dieser vorübergehenden Strömung aber nicht, wie einzelne italienische Blätter meinen, eine zu große Bedeutung zugefanden hat, indem man sich so weitgehend von ihr beeinflussen ließ?“

Unrichtig ist, was die „National-Zeitung“ über den Erfolg des Vorgehens der italienischen Socialisten sagt. Der Zar, das scheint festzustehen, wird nicht nach Rom kommen. Gewiß wird er den Gegenbesuch, den er dem König von Italien schuldet, nicht völlig aufgeben können, aber er wird nicht in der Hauptstadt des Landes, nicht als Gast der italienischen Nation erscheinen, sondern er wird in irgend einem weltfernen Schloß des Königs absteigen und unbeachtet von der Bevölkerung einige Stunden auf italienischem Boden verbringen, um schnell wieder in die heimatischen Lande zurückzukehren. Es wird sich in verschärfter Form das wiederholen, was schon bei den Zarenreisen nach Frankreich und nach Wien hervortrat. Als Zar Nicolaus Frankreich besuchte, vermied er Paris, die Stadt der Revolution und der Civilisation; auf einem Schlosse in der Provinz begrüßte er die Spitzen der Regierung. Als der Zar jüngst den Kaiser von Oesterreich besuchte, blieb er, trotz des Aufgebots der gesamten Garnison, außerhalb der Stadt und hielt sich nur kurze Zeit im Schloß Schönbrunn auf, während in der Hauptstadt selbst die Bevölkerung in socialdemokratischen Versammlungen gegen das politische System, das Rußland bebrütet, Protest erhob. Gatten bei diesen Besuchen in Frankreich und Oesterreich die Reifemarschälle des Zaren selbst die nötige Zurückhaltung gewahrt, so hat die Absicht der Romreise dazu geführt, daß dem Zarismus offenkundig bedeutet worden ist, er sei nicht willkommen, er möge fernbleiben. Der Erfolg dieser Zurückweisung ist ein vollkommener.

Falsch ist es gleichfalls, wenn die „National-Zeitung“ es so darstellt, als ob das „Aussperrn“, das seitens der römischen Socialisten geplant wurde, für den Entschluß des Zaren entscheidend gewesen ist. Dieser Strahrendemonstration — ein Vorschlag, der aus dem süßlichen Temperament zu verstehen ist — darf keineswegs so viel Gewicht beigelegt werden. Vielmehr haben die italienischen Socialisten, durch besondere Vorkehrungen veranlaßt, schon seit längerem eine ebenso notwendige, wie erfolgreiche Propaganda gegen den Zarismus betrieben. Und diese Propaganda in ihrer Gesamtheit, die in der Bevölkerung weiten Widerhall fand, ist es, die den Zaren zum Weichen nötigt.

In diesem Frühjahr forderte die russische Regierung die Auslieferung des russischen Socialisten Gäh, der sich in Neapel befand und der angeschuldigt wurde, das Attentat auf den Minister Sipiagin mit verurteilt zu haben. Die russische Regierung gedachte die engere Beziehungen, die mit der Nation geknüpft werden sollen, sich durch schmähliche Hinfälligkeiten gegen politische Verdächtige schon im Voraus bezahlen zu lassen. Unter Führung der Socialisten erhob sich jedoch in Italien größte Entrüstung gegen das Auslieferungsoverlangen und unser Parteigenosse Ferri erreichte die Ablehnung der Auslieferungsforderung durch das Gericht in Neapel. Thatsächlich konnte die russische Regierung nichts Ernstliches zur Begründung des von ihr behaupteten Verdachtes gegen den Socialisten vorbringen, sie gedachte lediglich ein eifriges Mitglied der für die Befreiung Rußlands arbeitenden Bewegung einzufangen.

Diese Entrüstungsbewegung war noch nicht erloschen, als der Besuch des Zaren angekündigt wurde und ihr neuen Zündstoff zuführte. Es war nicht „unangebrachte Demonstrationssucht“, wie die liberale „National-Zeitung“ als Schützerin des absolutistischen Zarismus sagt, durch welche die Haltung der italienischen Socialisten bestimmt wurde, sondern das sehr angebrachte, sehr berechtigte Empfinden, daß im westlichen Europa kein Mittel unberührt gelassen werden muß, um den Abscheu aller auch nur im geringsten civilisatorisch fortgeschrittenen Nationen gegen den russischen Absolutismus zum stärksten Ausdruck zu bringen.

In Rom s offiziellere Kreise herrscht zunächst große Verwirrung über die Abgabe des Zarenbesuches. Es liegen darüber folgende telegraphische Meldungen vor:

Rom, 12. Oktober. Die Nachricht von der Verschlebung der Reise des russischen Kaisers hierher hat großen Eindruck hervorgerufen und wird von den Blättern eingehend besprochen. Die „Tribuna“ führt aus, wenn die russische Polizei gut unterrichtet sei, dürfe sie nicht behaupten, daß die Würde und die Person des russischen Kaisers in Italien weniger geschätzt werden könnten oder größere Gefahr laufen würden als anderswo. Das Blatt erinnert daran, daß Kaiser Nikolaus bei seiner letzten Reise nach Frankreich es nicht für opportun gehalten habe, nach Paris zu gehen, und bei seinem jüngsten Aufenthalt in Oesterreich Wien nicht betreten habe, wo zu der gleichen Zeit zwei socialdemokratische Protestversammlungen stattgefunden hätten. In Italien würde nichts dergleichen geschehen sein. Die italienische Regierung hätte die blühendsten Versicherungen über die würdige und achtungsvolle Aufnahme geben können, die der Kaiser gefunden haben würde. Wenn man behauptet, daß der Ausschub von einem ganz kleinen Bruchteil der äußersten Linken verschuldet worden sei, meint die „Tribuna“, lege man einer kleinen Anzahl von Leuten, denen an feindseligen Stundgebungen gelegen war, die aber gescheitert wären, zu große Bedeutung bei. Das Blatt hofft, daß die erschienenen Wollen bald wieder verschwinden werden.

„Giornale d'Italia“ macht der Regierung heftige Vorwürfe, weil sie nicht energisch gegen die Untriebe der Socialisten vorgegangen sei, welche die Reise des Kaisers von Rußland verhindert hätten. Aus Paris wird dem Blatte gemeldet, daß der Besuch des russischen Kaisers vielleicht später in Macconigi oder einem andern ruhigen Orte stattfinden werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober.

Das Ende des Freisinn.

Das selbstmörderische Verhalten der Freisinnigen — mit Ausnahme der kleinen Gruppe Barth — in dem preussischen Wahlkampf findet in der Geschichte der Parteien kaum seinesgleichen. Mit so verstockter Starrheit und bornierter Bosheit hat sich noch niemals eine Partei in einer entscheidenden Situation ihr eigenes Ende bereitet. Der Klassenkampf ist ein Princip, das stählt, weckt und klärt. Aber der zugleich kleinbürgerliche und großhändlerische Klassenhaß gegen das Proletariat, in dem die Partei Eugen Richters ihre Wahlschäfte kalkülirt, macht dumm und blind.

Zum erstenmal bietet sich in Preußen die Gelegenheit zu einem Sturmlauf gegen die Reaktion. Das Proletariat wendet seine Kräfte auf, um einen Kampf aufzunehmen, in dem das liberale Bürgerthum zusammengebrochen ist. Der Freisinn aber ist zwar gnädig genug, die Hilfe der Proletarier gratis anzunehmen, aber er geht lieber zu Grunde, als daß er den Mittämpfern ihr Recht werden läßt.

Diese Taktik ist geradezu idiotisch, aber man wagt sie, weil die freisinnigen Kalkulatoren durch einen bössartigen Nechensehler verwirrt sind. Richter und seine Leute wägen trotz aller socialdemokratischen Versicherung, wir müßten ihnen schließlich doch kommen, wir würden nicht die Verantwortung auf uns laden, gegebenenfalls den Freisinnigen durchfallen zu lassen, um die „Reaktion“ zu stärken. Diese Spekulation des Freisinn ist aber trügerisch. Schon bei den letzten Reichstagswahlen bestand in unsren Reihen eine starke Keigung, ein Exempel zu statuieren. Die Erfahrung aber, daß der Freisinn in allen Wahlkreisen, wo er den Ausschlag gab, die Mandate an die Reaktion auslieferte, hat der Socialdemokratie für immer die Lust zu solcher Wahlschiffe verleidet.

Freisinnige, die lieber einen Junker als einen Socialdemokraten wählen, sind schlimmer als die ärgsten Reactionäre, und je früher diese Gefellen vom politischen Schauplatz verschwinden, um so besser. Kein freisinniger Abgeordneter wird mit unserer Hilfe in den Landtag kommen, sofern nicht unsere beschiedenen, allzu beschiedenen Bedingungen erfüllt werden. Mag denn das Ende des Freisinn kommen!

Die „Wossische Zeitung“, die auf Eugen Richter schwört, triumphiert heute, das phantastische Bündnis zwischen den freisinnigen Parteien und der Socialdemokratie gehöre jetzt der Vergangenheit an. Vornehmlich von Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung bekräftigt, sei es von ihrem Parteitag preisgegeben worden. Das Bündnis werde nicht empfohlen, nicht als einziges Heil des liberalen Bürgerthums gepriesen; nur eine Verständigung mit der Socialdemokratie für einzelne Fälle nach Maßgabe der Ergebnisse der Wahlmännerwahlen werde „anheim gegeben“.

Die „Wossin“ jubelt, daß etwas nicht geschehen sei, von dem niemals ein Augenblick zweifelhaft war, daß es unmöglich sei. Zu eigenem Wundnis gehören zwei. Und die Socialdemokratie hat niemals daran gedacht, mit irgend einer bürgerlichen Partei im Sinne der „Wossischen Zeitung“ einen Pakt abzuschließen. Wir gehen selbständig in die Wahlen, wir wollen nichts anderes als ein Zusammengehen nach Maßgabe der Ergebnisse der Wahlmännerwahlen. Insofern genügt uns der Beschluß der Freisinnigen Vereinigung vollständig. Seine Halbheit besteht lediglich darin, daß der Beschluß keine bindende Parteipflicht darstellt, sondern die Verantwortung und

Entscheidung auf die lokalen Organisationen abwälzt. Freisinn waren die geistigen Verhältnisse der freisinnigen „Massen“ hier stärker als der gute Wille und die höhere Einsicht einiger Führer.

Die „Wossin“ wiederholt schließlich noch das Richterische Gerede, wie die Socialdemokratie richtig verfahren müsse:

„Nicht die Zurückdrängung der Reaktion ist jetzt die Hauptsache, sondern die Erreichung von Mandaten, auf Kosten der Freisinnigen, und die Aufregung der Massen, die Agitation. Wäre es anders, so müßte die Socialdemokratie überall, wo sie nicht gewiß ist, ihre eignen Wahlmänner durchzusetzen, mit voller Kraft für die freisinnigen Kandidaten eintreten. Es dürfte ihr nicht gleichgültig sein, ob liberale oder konservative Wahlmänner gewählt werden. Sie müßte Sorge tragen, daß die freisinnigen Wahlmänner die Mehrheit erhalten. Und sie müßte, daß unter dem öffentlichen Stimmrecht, Hunderttausende wohl für freisinnige, nicht aber für socialdemokratische Wahlmänner stimmen können. Wenn die Socialdemokratie selbständig Wahlmänner-Kandidaten aufstellt, so heißt das also, daß sie in einer Menge Bezirke ihre Parteigenossen zwingt, von der Wahl fern zu bleiben, und ihnen, obwohl sie selbst keine Aussicht auf Erfolg hat, verbietet, für die liberalen Kandidaten zu stimmen.“

Die naive Unverschämtheit, daß die stärkste Partei der kleinsten Partei ohne Gegenleistung Wahlhilfe leistet, ist zu lächerlich, als daß darüber weiter geredet zu werden braucht. Daran wird sich die „Wossische Zeitung“ gewöhnen müssen, daß die Socialdemokratie sich zu eristieren erlaubt.

Die Socialdemokratie wird dem Freisinn auch zeigen, daß selbst unter dem öffentlichen Wahlrecht sie so viel Wahlmänner aufzubringen vermag, um das liberale Bürgerthum vor die Entscheidung stellen zu können, ob es parlamentarisch verschwinden oder dem Proletariat sein Recht zu teil werden lassen will. Bei den Abgeordnetenwahlkreisen hat der Freisinn die Gelegenheit, zu zeigen, ob ihm der Kampf gegen die Reaktion Ernst ist. Er sorge nur rechtzeitig dafür, daß er Wahlmänner aufstellt, die sich entschließen können, auch einen Socialdemokraten zu wählen. Sonst ist es nach den Urwahlen zu spät, das Verhängnis abzuwehren. Die „Wossische Zeitung“ freilich hofft noch immer:

„Wir glauben einstweilen nicht, daß die Socialdemokratie so thöricht sein wird, bei den Abgeordnetenwahlen, wenn ihre keine Mandate eingeräumt werden, Sitze bei Fuß zu stehen und durch ihre Stimmhaltung den Sieg der reactionären Kandidaten zu entscheiden. Daß sie gegenwärtig solche Drohungen beliebt und mit den Freisinnigen „fraktur redet“, ist begreiflich. Erweist sich dieses Verhalten als vergeblich, so wird sie im letzten Augenblick vielleicht einsehen, daß sie mit der Unterstützung der Reaction am meisten sich selbst schädigt, auch vom Standpunkt des nackten Klasseninteresses.“

Ein socialdemokratischer Wahlmann, der entgegen den bindenden Beschlüssen so handeln würde, wie die „Wossin“ noch immer hofft, würde keine Minute mehr in unserer Partei bleiben dürfen. Die freisinnige Presse spielt ein gefährliches Spiel, wenn sie solche Hoffnungen nährt. Die Socialdemokratie hat ihr letztes Wort gesprochen, sie wird unter keinen Umständen es widerrufen. So stark hoffen wir wenigstens zu sein, daß wir mit der freisinnigen und verräterischen Freisinn-Gesellschaft aufzuräumen können, die nicht einmal den Mut beweisen würde, der stärksten deutschen Partei, die ein schamloses Wahlsystem in Preußen entrectet, ein paar Mandate zu sichern. Entweder — oder! Unse Parteigenossen müssen schon aus diesem Grunde alle Energie aufbieten, um bei den Urwahlen so große Erfolge zu erringen, wie sie irgend möglich sind. Der Freisinn hat die Gelegenheit zu einem Entscheidungskampf gegen die Reaktion jämmerlich verpaßt. Nun soll er wenigstens vor die Wahl gestellt werden, ob er am Leben bleiben will.

Inzwischen regen sich auch in der Volkspartei Eugen Richters die Rebellen. Wir haben schon mitgeteilt, daß der Führer des Königsberger Freisinn seine Kemter niedergelegt hat. Jetzt veröffentlicht Krieger eine Erklärung, in der er sein Verhalten erklärt. Er sagt u. a.:

„Die Zweifronten-Theorie, der die Partei bei den Reichstagswahlen gefolgt ist und die nach meiner Ansicht naturgemäß zu einer Schwächung der Kampfstellung nach rechts führen mußte, ist von mir im Centralauschuss in Berlin bekämpft worden, da ich als den besten Kampf gegen die Socialdemokratie den Kampf nach rechts ansehe. Ich blieb mit dieser Anschauung fast allein in der Minorität. Auch die Wahlparole bezüglich der Stellung der Partei

zu den neuen Handelsverträgen habe ich für unrichtig gehalten, weil nach meiner Auffassung für eine Volkspartei Handelsverträge, welche den bisherigen thatsächlich bestehenden Getreidezoll erhöhen, nicht diskutabel sein sollten. Die Flugblätter der Partei aber erklärten diesen Standpunkt für einen „handelsvertragsfeindlichen“. Die Stellung, welche hier in Königsberg zwischen Haupt- und Schwachwahl gegenüber der konservativen Partei eingenommen wurde, zeigte mir dann die grundsätzliche Abweichung meiner politischen Gesamtanschauung von der der Majorität in so hellem Lichte, daß ich mich eines Vertrauensbruches der Partei gegenüber schuldig gemacht hätte, wenn ich das mir vom Wahlverein anvertraute Amt des zweiten Vorsitzenden weiterhin behalten hätte.“

Bei dieser Gelegenheit erzählt man noch, daß die Königsberger Parteileitung seiner Zeit die Gründe, mit denen Krieger seine Demission rechtfertigte, der Öffentlichkeit unterzogen hat. Krieger hat schon am 2. Juli die Schwächung der Freisinnigen in der Volkspartei durch ein Schreiben an den Wahlverein gebrauchmarkt, das von diesem veröffentlicht worden ist. In diesem Schreiben führte Krieger u. a. aus:

„Ich kann nicht die Schwächung mitmachen, welche die Partei in der Volkspartei vollzogen hat, ich stehe vielmehr auch heute noch auf demselben Standpunkt, den die Partei vor Annahme des

Saßs eingenommen, und dem sie in ungezählten Reso-
lutionen allerorts sowohl wie auch hier in Königsberg Ausdruck
gegeben hat; in allen diesen Resolutionen aber ist **stets** die
Forderung enthalten, daß für die Partei ein höherer Posten als 3,50 M.
auf Brotgetreide im Interesse der Volksernährung unannehmbar sei.
Dazu kommt, daß der Vorsitzende des Wahlvereins in der Ver-
trauensmänner-Versammlung in der Bürgerressource am 19. Juni d. J.
erklärt hat, daß „wir den Konservativen zu größtem Danke ver-
pflichtet seien“ dafür, daß sie in der Stichwahl für uns und
gegen den Socialdemokraten stimmen wollten. Nach den poli-
tischen Anschauungen, die ich nunmehr seit länger denn 25 Jahren
unverändert hege und verrete, ist es mir ganz unmöglich,
auch nur an dem Schein einer Verpflichtung — und wäre
es auch nur eine solche konventionellen Dankes — einer Partei
gegenüber teilzunehmen, die ich ihrer volkfeindlichen Bestrebungen
wegen stets auf das energischste bekämpfe und die mir stets
als die größte Gegnerin des Volkswohls und der Volksrechte und
damit als die ärgste und schlimmste Feindin demokratischer Welt-
anschauung erschienen ist.“

Herr Eugen Richter thut auch diesen unangenehmen Zwischen-
fall mit einem jener berühmten „Auszüge“ der „Freisinnigen Ztg.“
ab, gegen die man jüngst einen Schußwechsel zu gewinnen rief. Wenn
alle Eugen verlassen, er bleibt inwendig, so lange er noch seinen
Müller-Sagan und seinen Kopsch hat. —

Die Situation in Ostasien

ist unverändert. Einige der sensationellsten Meldungen haben sich
nicht bestätigt. Trotzdem bleibt die Lage ernst. Die Möglichkeit, daß
Japan es vorzieht, auf diplomatischen Wege Zugeständnisse handels-
politischer Art von Rußland zu erlangen, gewinnt allerdings schon
dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die vorgeschrittene Jahreszeit die
Kriegsführung in den in Betracht kommenden asiatischen Regionen
außerordentlich erschwert.

Die heute eingegangenen Depeschen lauten:

London, 13. Oktober. („Bureau Laffan“) In Washington
ist, wie der „Morning Post“ von dort gemeldet wird, aus Hoko-
kama die Meldung eingetroffen, daß russische Gesandte in Peking
Lassar habe mitgeteilt, die Mandchuren-Konvention sei verfallen.
Diese Angaben werden im Staatsdepartement, sowie in der
japanischen und chinesischen Gesandtschaft nicht bestätigt, aber als zu-
treffend betrachtet. In diplomatischen Kreisen hat die Meldung einen
ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Die amerikanische Regierung
betrachtet die Lage als ernst und sieht die Aufhebung der Mandchuren-
Konvention als einen schamlosen Vertrauensbruch an. Der
amerikanische Gesandte hat häufig Unterredungen mit dem Staats-
sekretär des auswärtigen Amtes. Der Korrespondent der „Morning
Post“ berichtet ferner, in hohen amtlichen Kreisen sei es bekannt,
daß Deutschland und Rußland zu einer vollkommenen Verständigung
über die Mandchurenfrage gelangt seien.

Aus Petersburg berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Eine
Meldung aus Wladivostok konstatiert einen erneuten Sturmhauf der
japanischen Presse gegen Rußland wegen Räumung der
Mandchuren. Das Organ des Statthalters bringt eine scharfe
Abwehr, wobei ausgeführt wird, diese Frage geht nur Rußland
und China an. Rußland werde jedenfalls die Mandchuren, die mit
russischem Gut und Blut organisiert worden sei, gegen
japanische Bestrebungen verteidigen.

London, 13. Oktober. (Meldung des „Neuerlichen Bureau“.)
Der japanische Gesandte Gapanji benachrichtigte einen Vertreter der
Presse, daß er heute beruhigende Nachrichten aus Japan erhalten
habe, aus denen ersichtlich sei, daß kein Grund zu einer
Beunruhigung vorliege. Dies sei die erste Mitteilung,
die ihm von seinem auswärtigen Amte in den letzten drei Wochen
zugegangen sei; sie sei voraussichtlich nur deshalb gesandt, weil die
in Umlauf gesetzten beunruhigenden Gerüchte jetzt auch in Japan
circulierten.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. Wie der „Frankfurter Zeitung“
aus Shanghai gemeldet wird, hat sich die Nachricht von der Be-
setzung von Wafampfo durch die Japaner nicht bestätigt. Die in
Tokio stattfindenden Verhandlungen mit Rußland wegen der
Räumung der Mandchuren lassen die politische Lage in Japan ruhig
erscheinen.

London, 13. Oktober. Der „Times“ wird aus Tokio gemeldet,
Baron Kodama sei unter Enthebung von dem Posten als Minister
des Innern zum Untersekretär des Generalstaats ernannt an Stelle des
verstorbenen Generals Tamura. Das Portefeuille des Innern über-
nehme der Premierminister. Diese Ernennung werde im Hinblick
auf die kritische Zeit überall mit Befriedigung aufgenommen. —

Deutsches Reich.

Mit dem Zeugniszwangsverfahren, das von der gebildeten
deutschen Öffentlichkeit verurteilt ist, wird jetzt die gesamte Redaktion
unseres Leipziger Partei-Organ bedroht. In einem Artikel der
„Leipziger Volkszeitung“ war das Vorgehen der Leipziger Justiz-
behörde gegen die im Majestätsbeleidigungs-Prozess verhafteten
Redakteure kritisiert worden. Durch den Inhalt dieses
Artikels stößt sich nun der Ober-Unterschiedsrichter Meißner,
der die Untersuchung in dem Majestätsbeleidigungs-Prozess ge-
führt hat, beleidigt und hat Strafantrag gestellt. Und zwar
richtet sich, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, die Straf-
verfolgung nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur der
Zeitung, Genossen Seger, sondern auch gegen den politischen Re-
dakteur des Blattes Jachz, der als Verfasser des Artikels be-
zeichnet und verfolgt wird. Seger und Jachz sind bereits ver-
urteilt worden. Als sie die Auskunft über die Verfälschung
des Artikels ablehnten, wurde ein Zeugniszwangs-
verfahren gegen die ganze Redaktion in Aussicht
gestellt.

Vielleicht wird sich die Leipziger Justiz noch überlegen, ob sie
ihre Drohung verwirklichen soll. Schon die Verfolgung eines
Redakteurs, der prägnant nicht verantwortlich ist und
gegen den höchstens die ganz allgemeine Annahme vorliegt,
er könne Thäter sein, weil er eben Redakteur des Blattes ist, —
schon diese Methode, eine Strafverfolgung eintreten zu lassen, ist
höchst bedenklich und verwerflich. Noch verwerflicher ist es, wenn
ein Gericht, um einem ganz unzureichenden Verdacht möglicherweise
Unterlagen zu suchen, die Zumutung an die Kollegen des An-
geschuldigten stellt, diese oder andre etwaige Thäter oder Mitthäter
zu verraten, und wenn das Gericht diesen unerhörten Verrat durch
Zeugniszwangsmassnahmen zu erreichen versucht. —

Von einer **Wahlfälschung**, die seit langer der Aufklärung bedarf,
wird uns aus Königsberg berichtet. Im Kreise Sensburg-
Ortelsburg kandidierte für die Freisinnige Volkspartei Herr
Rechtsanwalt Gutfeld. Im Jahre 1898 wurden für
diese Partei in diesem Kreise nur 97 Stimmen abgegeben, während
in diesem Jahre Herr Gutfeld 1168 Stimmen erhielt. Die Stimmen
der Socialdemokraten waren aber gegen 1898 zurückgegangen. Nun
hat aber irgend ein Dumy ganz kurz vor der Wahl in diesem Kreise
ein ganz nichtswürdiges Wahlmanöver betrieben. Der Vertrauens-
mann unserer Partei erhielt einen Tag vor der Wahl folgenden
Brief:

z. J. Friedrichshof, den 15. Juni 03.

Hochverehrter Herr!

Auf meiner Wahlreise hier in Friedrichshof erfahre ich,
daß Sie morgen mit Ihren zahlreichen Genossen für Herrn
Rechtsanwalt Haase zu Königsberg zu stimmen beabsichtigen. Ich
glaube nicht, daß dies im Sinne Ihrer Partei liegt. Denn so-
wohl der Führer der socialdemokratischen Partei in M., der Herr
K., wie Ihre Genossen im Sensburger Kreise, insbesondere
in Nikolaiten und Sensburg sind von Königsberg angewiesen,
sogar schon morgen im ersten Wahlgang für mich zu stimmen.

Falls Sie mir nicht Glauben schenken wollen, fragen Sie auf
meine Kosten telegraphisch bei Herrn K. in M. an.

Ich bitte Sie recht sehr, anzufragen und dann selbst für
mich zu stimmen, sowie Ihre Genossen anzuweisen, für mich zu
stimmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Ergebenster
Caspar Gutfeld,
Rechtsanwalt.

Stimmzettel liegen bei.

Auslagen werden gern ersetzt.

Es versteht sich ganz von selbst, daß die Königsberger Partei-
leitung niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Auch hat
weder Herr Gutfeld, oder wer sonst, sich mit ihr in Ver-
bindung gesetzt. Das Ganze ist nichts weiter als eine freche
Fälschung. Besonders niederträchtig ist die Aufforderung, bei K. in
M. anzufragen. Dieser hatte nämlich einen eben solchen
Brief erhalten und hatte auch dem Schwindel Glauben geschenkt.
Es kommt aber noch besser. Ein anderer Genosse hatte folgenden
Brief erhalten:

Gelehrter Herr!

Nun teilt mir mit — und im „Vorwärts“ habe ich
dies bestätigt gefunden, — daß die socialdemokratische
Partei im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg schon beim ersten
Wahlgang für meine Kandidatur eintreten will. Ich weiß, welchen
Einfluß gerade Sie unter Ihren Genossen haben. Ich bitte Sie
recht energisch, namentlich in . . . (folgen die Namen mehrerer
Ortschaften) wirken zu wollen. Das Wahlbureau in Ortelsburg
ist beauftragt, die zur Agitation erforderlichen Vorzüge, Flug-
blätter und Stimmzettel auf Ihr mündliches und briefliches Er-
suchen an Sie zu verabfolgen.

Die Adresse an das Bureau lautet:

An Herrn Arzeng!

Ortelsburg, Deutsches Haus.

Ich fahre Sonnabend in den Wahlkreis und will auch noch
in M. eine Versammlung abhalten; falls diese zu Stande kommen
sollte, bitte ich Sie, dafür zu sorgen, daß diese
Versammlung gut besucht wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ergebenst

Gutfeld.

Inser Königsberger Organ deckte bald nach der Wahl diesen
Schwindel auf. Es stellte dem Rechtsanwalt Gutfeld seine Spalten
zur Verfügung, damit dieser Herr den Sachverhalt aufklären
soll. Es kann ja mit dem Namen Gutfeld jemand den
größtenteils Mißbrauch getrieben haben. Aber niemand meldete
sich, auch nicht, nachdem Fürsorge getroffen war, daß die betreffenden
Nummern des Königsberger Parteiblattes in die Hände des Herrn
Gutfeld gelangten. Das ist höchst sonderbar.

Unsere Parteigenossen in Ostpreußen haben ein sehr lebhaftes
Interesse an der Aufklärung dieser Angelegenheit. Auch die Frei-
sinnigen sollten dieses Interesse haben. —

693 Fälle von Soldatenmißhandlungen

wurden am Freitag in einer Verhandlung gegen den Unteroffizier
Hoffmann von der 5. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 83
in Mainz vom Kriegsgericht zu Frankfurt a. M. verurteilt. Hoff-
mann, ein früherer Fuhrmann, hatte sich durch seine „besondere
Energie“ bei seinen Vorgesetzten beliebt gemacht und wurde deshalb
zum „Stellvertreter Gottes auf Erden“ gemacht. Kaum hatte er die
Treffen, so wurde er mit dem veranwortungsvollen Amt eines
Futtermeisters betraut. Der Stall war fortan sein Königreich
und hier herrschte er als unumschränkter Gebieter. Wie, davon legten
23 Kanoniere Zeugnis ab, die am Freitag gegen ihn auftraten.
Hoffmann lockte ihnen täglich, ja stündlich Pöbelhühner. Bei dem ge-
ringsten Versehen setzte er Keile. Die innige Verührung seiner
Stiefel mit der Achse seiner Jocklinge war in der Regel
der Abschluß der Auseinandersetzung zwischen dem Vorgesetzten und
seinen Untergebenen. Hoffmann sagte heute zur Entschuldigung,
er habe sich „im Ueberreifer“ zu den Mißhandlungen verhalten lassen,
weil die Leute nachlässig und unbeholfen seien. Das ist aber eine
faule Ausrede, denn einer der Geschlagenen, der an die 100 Ohrfeigen
bekommen haben will, ist später zum Gefreiten befördert worden.
Einmal hatte Hoffmann einen Kanonier mit dem Hügelriemen ge-
schlagen, weil er sein Pferd am Sonntag nicht gereut hatte. Einen
anderen schlug er mit dem dicken Ende der Jahrpeitsche, weil er sein
Pferd nicht im Stall stehen lassen. Einen dritten trief er mit der
Haut ins Gesicht, daß die Nase blutete. Ein Kanonier Klein hatte
im Herbst 1901 beim Schneeeinstromen sich umgeschickt angestellt, so
daß dem Pferd ziemlich viel Haare ausgingen. Das sah der Hoff-
mann und meinte zu dem Soldaten: „Wart ich will Dir zeigen, wie
das thut!“, sprach und fuhr ihm ins Haar und rief ihm fünf Wüßel
Genare aus. Den Kanonier Grebe schlug er mit der Halfterkette über
den Rücken, weil ihm das Lockpferd eines Pferdes nicht gleich gelang.
Die Zahl der von Hoffmann empfangenen Ohrfeigen berechnete Grebe
auf 501. Außerdem ließ ihn der Unteroffizier einmal mit zwei Flech-
einern am ausgestreckten Arm drei Minuten lang in der Kniebeuge
verharren, eine Quälerei, zu der gar keine Betanlassung vorlag, wie
der Verhandlungsleiter bei der Verkündung des Urteils betonte.
Von den 693 Mißhandlungsfällen wurden 683 als „minderwertig“
angesehen und Hoffmann zu 9 Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Von der Aberkennung der Treiben sah jedoch das Kriegs-
gericht ab, dem der Angeklagte habe nach der Beweisaufnahme „nur
im Ueberreifer des Augenblicks“ gehandelt, sein Verwehren sei kein
ehrenrühriger gewesen, und das Gericht wolle ihm die Möglichkeit
besseren Fortkommens nicht abschneiden. Der prägnanteste Verehrer
des heiligen Drills hat also Aussicht, nach Verübung seiner Strafe
Säpffmann oder sonst ein Staatsdiener zu werden.

Aus dem 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreis wird uns ge-
schrieben: Bei der durch die Mandatsniederlegung notwendig ge-
wordenen Nachwahl schienen neben den Nationalliberalen auch die
Konservativen ihr Glück verbinden zu wollen. Bei der Hauptwahl
ist der nationalliberale Kandidat Rüdiger von den Konservativen
und dem Bunde der Landwirte unterstützt worden. Das „Vater-
land“, Organ des konservativen Landesvereins in Sachsen, schreibt
aber nun in seiner letzten Nummer:

Nach den neuerlichen Erklärungen und Maßnahmen von
nationalliberaler Seite werden sich die Konservativen und der
Bund der Landwirte ersichtlich die Frage vorlegen müssen, ob sie
bei der bevorstehenden Neuwahl die nationalliberale Kandidatur
wieder unterstützen sollen. Wenn die Herren Nationalliberalen
konsequent sind, dann müssen sie von vornherein auf die Unter-
stützung verzichten, damit sie ihre Selbständigkeit be-
weisen können. Wir möchten den Entschuldigungen unserer Freunde
im Kreise nicht vorgreifen, da wir wohl mit Recht annehmen, daß
die Nationalliberalen darauf verzichten werden, die Unterstützung
der Konservativen und des Bundes der Landwirte in Anspruch zu
nehmen. Sollte das aber doch wider Erwarten geschehen, so
würden die Dresdener Vorgänge und die Erklärung des national-
liberalen Generalsekretärs unfreiwillig ohne bestimmenden
Einfluß auf die Entschlüsse bleiben können.“

Die Nationalliberalen werden, wie verlautet, Herrn Rüdiger
nicht wieder aufstellen, sondern sie wollen ihr Glück mit einer Größe
ihrer Partei versuchen. Es ist Herr Hesse, der in Leipzig durch-
gefallene altpreußische Professor, genannt worden.

Weder die Konservativen noch die Nationalliberalen können sich
bei der Nachwahl Hoffnungen auf den Kreis machen. Unsere Genossen
im 15. Kreise sind so kampfesfreudig, wie es nur gewünscht werden
kann. —

Die bairische Wahlreform. Eine Vorbesprechung der bairischen
Kammer über die Wahlreform der Regierung fand am Dienstag
statt. Völlig zufrieden war niemand. Von unserer Seite kritisierte
Sogit den Entwurf in scharfer Weise. Centrum und National-
liberale beschäftigten sich namentlich mit der Wahlkreis-Einteilung.
Sämtliche Redner, so wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphiert,

bekämpften das 30. Lebensjahr als Voraussetzung der passiven Wahl-
barkeit und verlangten Wahlconvents und Zirkelzettel.

Der Minister des Innern erklärte diese zwei Wünsche für an-
nehmbar. Im übrigen warnte er vor allzu großen Abweichungen
von dem Entwurf, der für die Regierung das Höchstmah der Kon-
zeptionen enthalte, die bewilligt werden könnten. Bei der Wahlkreis-
Einteilung habe man sich bemüht, objektiv zu sein, sei aber gerade
deswegen sicher, den Beifall keiner Partei zu finden.
Der Entwurf wurde einem Ausschuss überwiesen. —

Eine kleine Fälschung, die für ihre Raube recht charakteristisch ist,
leistet sich die „Aolnische Volkszeitung“. Sie behauptet, daß auch
vom „Vorwärts“ der Intelligenz der Delegierten zum Dresdener
Parteitag ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt würde, und beauf-
tragt zum Beweise dafür auf folgenden Satz in dem
Leitartikel „Theorie und Praxis“ unserer Sonnabendnummer:
„Es war beschämend, während der Dresdener Debatte zu
sehen, wie völlig kritiklos manche eifrigen und keines-
wegs unintelligenten Genossen den ganzen die Taktik be-
treffenden Verhandlungen gegenüberstanden, wie sie nach dem
Hören neuer Reden jedesmal ihre Meinung wechselten und heute
Vebels Ausführungen zustimmten, morgen denen Vollmars.“

Thatsächlich ist an der betreffenden Stelle nicht von den
Delegierten zum Parteitag die Rede, sondern von der Masse der
Parteilisten schlechthin — das geht schon daraus hervor, daß dort
nicht, wie in dem obigen Citat, von einem „Hören neuer Reden“,
sondern von einem „Lesen neuer Reden“ gesprochen wird. Aber
der Berliner Korrespondent des frommen Blattes weiß sich zu helfen;
er nimmt einfach eine kleine Korrektur vor; statt „Lesen“ das
Wort „Hören“ und bezieht dann, entgegen dem klaren Wortlaut,
den betreffenden Satz auf die in Dresden anwesenden Delegierten.

Uebrigens sollte sich der Rotzschreiber hüten, die Erfahrungen,
die er betreffs der Intelligenz der Teilnehmer auf den Katholiken-
Tagen gesammelt hat, ohne weiteres auf die socialdemokratischen
Parteitage zu übertragen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Noch nicht genug des grausamen Spiels? In Wiener politischen
Kreisen ist man der Ansicht, daß der Kaiser den Grafen Khuen
Hedervary neuerdings mit der Kabinettsbildung
betrauen werde. Die von Budapest verbreitete Version, daß
Finanzminister Rakocsi mit der Bildung eines Uebergangskabinetts
betraut werden wird, gilt hier für nicht wahrscheinlich. —

Frankreich.

Ein gewerkschaftlicher „Mitarbeiter“-Fall.

Paris, 11. Oktober. (Sig. Ver.) Ein eigenartiger Geltungs-
mitarbeiter-Fall spielt sich seit einiger Zeit in der Bergarbeiter-
Gewerkschaft ab. Deren Landessekretär, Cotte, hatte sich
dem Pariser bürgerlichen Blatt „Petit Parisien“ als Korrespondent
angeboten, und zwar speziell für die Berichterstattung über alle
Vorgänge innerhalb seiner Gewerkschaft. In seinem
„Dienstangebot“ riefte an den Direktor des Blattes heißt es: „Da
ich besser als irgend jemand in der Lage bin, die täglichen und
offiziellen Vorgänge innerhalb der Landesföderation der Bergarbeiter
zu kennen, wäre es vielleicht für die Zeitung, deren Direktor zu sein
Sie die Ehre haben, von Interesse, (von mir) sehr rasch die Vor-
gänge und Handlungen einer so großen Organisation wie die unsre
zu erfahren. Ich werde, wenn Sie es wünschen, Ihr Mitarbeiter
für meine Körperschaft sein und verpflichte mich, Ihnen gegen eine
zu bestimmende monatliche Bezahlung alle Ereignisse in chronischer
zu liefern. Ich zweifle nicht, daß Sie unsre Föderation hinreichend
kennen, um den Wert der Mitteilungen zu schätzen, die ich in ihrem
Namen der Zeitung zukommen lassen werde, mit welcher ich ein Ab-
kommen getroffen habe.“

Dieser Brief wurde im Gewerkschaftsblatt „Voix du Peuple“
im facsimile veröffentlicht, worauf das Gewerkschaftsblatt der
Pariser Arbeiterbörse beschloß, jede Beziehungen mit dem im gleichen
Lokal amtierenden Cotte abzubrechen. Der Brief war echt und sprach
deutlich genug. Zu seiner Rechtfertigung suchte Cotte — im Gegen-
satz zum Herausstreichen des Wertes seiner Mitteilungen“ im
Briefe — diese als harmlos-formaler Natur hinzustellen und brief
auf sein niedriges Sekretärgehalt. . . . Jetzt hat der Berg-
arbeiter-Verband des Loire-Beckens beschlossen, bei dem baldigst ein-
zuberaufenden Landesvorstand der Organisation Cottes Entlassung
zu beantragen. Cotte gehört zum rechten bezw. ministeriellen Flügel
der Organisation. —

Der Kongress der radikal-socialistischen Partei in Marseille wurde
am Sonntag geschlossen. Am letzten Tage wurde ein Antrag
angenommen, der principiell die Weltlichkeit der Schule
fordert: Katechismus und Gebete sollen aus dem Unterricht,
Kruzifixe und sonstige religiöse Bilder und Abzeichen aus den Klassen-
zimmern verbannt werden. —
Der nächste Kongress findet 1904 in Toulouse statt. —

Spanien.

Die Unruhen in Bilbao sind nach weiteren Meldungen zum guten
Teile durch die kerisalen Teilnehmer an einem Abzug provozirt
worden, die sich, wahrhafte Gotteskrieger, mit Revolvern, Schloeren
Stöcken u. ausgiebig verfahren hatten und von diesen Waffen auch
ausgiebigsten Gebrauch machten. Ein späteres Telegramm vom
Dienstag besagt:

Die Ordnung ist hier wieder hergestellt. Bei den Unruhen sind,
wie jetzt festgestellt ist, eine Person getötet, 30 verwundet worden,
darunter sechs schwer. 40 Mitglieder des republikanischen Vereins
sind verhaftet worden.

Der Ministerrat wird morgen die Angelegenheit prüfen und die
Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. —

England.

Protest gegen Chamberlains Jollpolitik.

In Liverpool hielten am Sonntag 3000 Arbeiter eine Ver-
sammlung unter freiem Himmel ab, in der sie gegen Chamber-
lains Protektionen-Politik protestierten.

Ubenjo erklärte sich eine Delegierten-Versammlung, die von
18 Trades-Unions, 11 Frauen-Verbänden und 10 Genossenschaften be-
schickt war, gegen den Uebergang von der Freihandels- zur Joll-
schu-Politik. —

Bulgarien.

Die Arbeiter in Sofia versammelten sich am 11. Oktober. Nach-
dem ein Referat über „Die letzten Ereignisse in Mazedonien und die
Aufgaben der internationalen Socialdemokratie“ entgegengenommen
wurde, wurde von der stark besuchten Versammlung folgende Resolution einstimmig
angenommen:

1. Im Namen unseres Princips des internationalen Kampfes
gegen jede Tyrannei, namens des socialistischen Ideals appellieren
die Arbeiter in Sofia an die europäische Socialdemokratie und bitten sie,
ihre gewaltige Stimme gegen die türkische Tyrannei zu erheben, die
von dem kapitalistischen Europa unterstützt wird.

2. Die Versammlung ersucht das Centralcomitee der bulgarischen
socialdemokratischen Partei, einen umfangreichen Rapport über die
gegenwärtigen Zustände in Mazedonien dem internationalen social-
istischen Bureau einzureichen, um das letztere in die Lage zu setzen,
allenfalls einen Protest der ganzen europäischen Socialdemokratie
gegen den türkischen Barbarismus vorzubereiten. —

Afrika.

Bevorstehende Hungersnot in der Kapkolonie? Dem „Standard“
untern 12. Oktober aus Kapstadt zugehende Meldungen schildern
die Zustände in der Kapkolonie als kläglich. Infolge
der Trockenheit können Schafe und Ziegen zu Tausenden um,
es gebe keine Döfen mehr, Milch sei nicht vorhanden und Hammel-
fleisch sei thatsächlich ungenießbar. Sollten nicht bald Regenfälle
eintreten, so sei eine Hungersnot zu befürchten. —

Landtagswahl.

Die Staatsangehörigkeit.

Zu den zahlreichen Giften und Gemüthen, durch die dem einzelnen Staatsbürger in den Einzelstaaten des Deutschen Reiches die Ausübung seiner paar kammernlichen öffentlichen Rechte in Staat und Gemeinde noch so unendlich erschwert wird, gehört nicht als letztes die Notwendigkeit der Staatsangehörigkeit in dem Bundesstaate, in dem er gerade wohnt und seine öffentlichen Rechte ausüben möchte und wenn er auch schon und so oft er auch schon die Staatsangehörigkeit in einem andern deutschen Bundesstaate besitzt mag. Nach Artikel 3 der Reichsverfassung besteht für ganz Deutschland ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum selben Wohnsitze, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechts und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zugelassen, auch in betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist. Das hört sich nun zunächst ganz lieblich an, aber der Haken liegt für unsre Frage eben darin, daß ein Angehöriger eines Bundesstaates nur zur „Erlangung des Staatsbürgerrechtes“ in jeden andern Bundesstaat zugelassen ist, daß er durch seine Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate nicht ohne weiteres auch Staatsangehöriger jedes andern ist und nicht ohne weiteres den betreffenden Einheimischen an allen öffentlichen Rechten gleich ist.

Dieser unliebliche, giftige Zustand ist durch das bekannte Reichsgesetz vom 1. Juni 1870 noch so specialisiert worden, daß heutzutage in dem „geeinigten“ Deutschen Reich die Erwerbung der Staatsangehörigkeit in Bundesstaaten aus einem einfachen Rechte beinahe zu einem Rechtsstreit mit den Behörden wird, und daß sie deshalb gerade den ärmeren Schichten fast verwehrt wird. Steuern und alle andern öffentlichen Lasten und Pflichten muß jeder Deutsche in jedem Bundesstaate ohne weiteres tragen, aber um sein öffentliches Recht in Staat und Gemeinde muß er förmlich den Rechtsweg beschreiten. Und so ist es dahin gekommen, daß viele Deutsche und in erster Linie aber wieder die Arbeiter, die durch ihre wirtschaftliche Lage, durch ihren Arbeitsmarkt am meisten durch alle deutschen Vaterländchen gejagt werden, — in vielen, vielen Fällen lieber auf ihre staatsbürgerlichen Rechte in den Einzelstaaten, wo sie dazu erst ihre Staatsangehörigkeit erwerben mußten, verzichten, als die Beschwerden dieser „Erwerbung“ durchzumachen. Den besitzenden Klassen paßt dies natürlich durchaus, denn ihre Rechte in Staat und Gemeinde potenzieren sich dadurch, daß viele andre sie nicht ausüben können; besonders bei den sächsischen Landtagswahlen hat sich dieser traurige Zustand der Dinge wieder so eklatant gezeigt, und bei den preussischen Landtagswahlen werden wir ebenfalls stark darunter zu leiden haben. Es giebt aber leider noch Hunderte und Tausende nicht genügend aufgeklärter und geführter Proletarier, die untern Aufse: Erwerbt die Staatsangehörigkeit! nicht Folge geben, weil sie die mit der Verfolgung dieser Parole verbundenen behrlichen Chikanierungen nicht glauben überwinden zu können.

Mit der Zeit ist es uns aber auch dahin gekommen, daß auch gewisse Schichten der besitzenden Klassen unter diesem Zustande der Dinge zu leiden haben, und in den letzten Tagen haben sich sogar die „Nationalliberale Korrespondenz“ und mit ihr die „Königliche Zeitung“ zu einem Mahnruf an die Reichsregierung verstanden, und enthalten, daß auch ihnen endlich zum Bewußtsein gekommen sei, daß es „vielen Staatsbürgern schlechterdings nicht in den Sinn will, warum sie als Angehörige des einen oder andern Einzelstaates nicht auch ohne weiteres die Rechte des Staatsangehörigen eines weiteren Einzelstaates gewinnen können, mindestens nachdem sie eine gewisse Zeitlang darin gewohnt und Steuern bezahlt haben.“ Wir sehen ganz von dem kapitalistischen Vorbehalt ab, der in der letzten Einschränkung noch liegt, und konstatieren nur einfach, wie weit es gekommen sein muß, wenn die genannten Blätter sich über staatsbürgerliche Rechte aufregen.

Die Reichsregierung scheint sich aber aus ihrer trügen Ruhe auch bei dieser Frage nicht herausbringen lassen zu wollen, wo es sich einmal eben nicht um neue Pflichten, sondern um Erweiterung von Rechten der Reichsangehörigen handeln soll. In der letzten Tagung des Reichstages wurde, wie man sich erinnert, vom Bundesratsliche erklärt, zur Revision des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit seien Gutachten unserer Konsuln im Auslande eingeholt worden. Das Material sei „so umfassend“ gewesen und es seien „so gewichtige Einwände“ gegen den schon ausgearbeiteten Entwurf gemacht worden, daß eine „nicht unerhebliche Umarbeitung notwendig wurde.“ Wörtlich fuhr der Staatssekretär des Innern fort: „Ich kann aber nicht verschweigen, daß die Auffassungen der Beteiligten Ressorts im Reich und in Preußen über die Gestaltung des Gesetzesentwurfes zur Zeit noch sehr weit auseinander gehen. Die Hoffnung ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Gesetzentwurf in der nächsten Tagung dem hohen Hause vorgelegt werden wird.“ Nun verlautet aber neuerdings offiziös, es sei fraglich, ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen werde, und wenn so etwas offiziös „verlautet“, kann man sicher, soweit die Initiative der Regierung in Frage kommt, alle Hoffnung begraben.

Um so mehr aber wird es Aufgabe und Pflicht der Volkvertretung sein, dafür zu sorgen, daß die Revision des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit zur Thatsache wird, daß mindestens die höchst einfache und für jeden, der ein wirklich wenigstens staatsbürgerrechtlich „geeinigt“ Deutsches Reich will, selbstverständliche Forderung realisiert wird, daß jeder Staatsbürger eines Bundesstaates auch ohne weiteres die staatsbürgerlichen Rechte in einem jeden andern deutschen Bundesstaate bekommt!

Die endliche Lösung ist um so dringender, als heute niemand sicher ist, ob er denn auch die preussische Staatsangehörigkeit besitzt, selbst wenn er etwa in Berlin, sein Vater aber in Dresden geboren ist. Hat der reichsdeutsche, in Sachsen geborene Vater nicht die preussische Staatsangehörigkeit formell erworben, so bleibt auch der geborene Berliner, ohne daß er's weiß, Sachse.

Der Kampf um Kopsch. Herr Kopsch, der verschämte freisinnige Antisemite, der mit sozialdemokratischer Hilfe in den Reichstag gewählt worden ist, redet jetzt in Berlin umher, um sich bei den Juden wieder beliebt zu machen. Er hat denn in der That in einer Versammlung des Luisenstädtischen Bezirksvereins bei den Juden Triumphe gefeiert. Ein Berichterstatter meldet sinnig über die Ovationen: „Es dauerte geraume Zeit, bis sich der Saal leerte, ein jeder wollte noch einmal mit Kopsch einen Händedruck wechseln.“ Die Glücklichen!

In der erwähnten Versammlung trat auch der Bankier Löser auf, um den Hauptgegner der Nichtigkeit, den Redakteur der „Volkzeitung“, Volktrath, durch eine Entfaltung zu zerschmettern. Er fährt aus:

Volktrath sei zu ihm gekommen, habe aber das Reichstagsmandat für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis mit überhäuftem Verurschlechten abgelehnt, sich aber bald darauf bereit erklärt, ein Landtags-Mandat anzunehmen und seine Differenzen mit Eugen Richter sofort aus der Welt zu schaffen. Die Briefe Volktraths könnten als Beweis für seine Behauptungen dienen. Den Parteigenossen müssen endlich einmal gründlich die Augen über das Gebahren dieser sich freisinnig nennenden Presse geöffnet werden.

Herr Löser meinte natürlich, daß sich das Verhalten Volktraths aus den preussischen Diäten erkläre. Volktrath erklärt die Angaben Löfers für unwahr. Er habe sich 1898 bereit erklärt, sich als Landtags-Kandidaten aufstellen zu lassen, nachdem Vertrauensmänner der Partei aus den Vereinsorganisationen des Potsdamer Bezirks ihn wochenlang bestärkt hätten, zu kandidieren. Er habe schließlich dem unausgesetzten Drängen nachgegeben, um

ihrem Wunsch, gerade die härteste Richtung vertreten zu sehen, zu willfahren. Volktrath fährt dann fort:

„Daß ich über ein Landtagsmandat mit Herrn Löser verhandelt haben soll, ist mir neu. Niemals aber habe ich erklärt, daß ein Landtagsmandat in meinen Händen meine Differenzen mit Richter aus der Welt schaffen würde, weder mündlich, noch schriftlich. Briefe, in denen ich mich dahin geäußert haben könnte, existieren nicht. Niemals ist es mir auch nur einen Augenblick in den Sinn gekommen, persönliche Interessen bei sachlichen Dingen in Verbindung zu bringen. Wie wenig ich vor fünf Jahren bereit war, Herrn Richter um eines Mandates willen auch nur die geringste Konzession zu machen, geht aus meiner damals in Mariens' Salon an die Wahlmänner gehaltenen Ansprache hervor, in der ich auf meine abweisende Stellung zur Parteilichkeit ausdrücklich zu sprechen kam und mit größter Bestimmtheit erklärte, an meiner Stellung würde sich durch meine Wahl nicht das mindeste ändern.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

In der gestrigen Versammlung der streikenden Gärtler besaßte sich der Referent Cohen unter andrem mit dem, was über die außerordentliche Generalversammlung der Vereinigung der Metallwaren-Fabrikanten, die am Sonnabend in der Börse tagte, berichtet wird. Ungefähr 200 Personen sollen dort anwesend gewesen sein, denen der Vorsitzende Fabrikant Heege waldt mitteilte, daß zu den entlassenen 8470 Arbeitern noch 658 hinzugekommen wären, daß außerdem am Montag noch 200 entlassen würden, so daß es sich dann insgesamt um 9337 Entlassene handle. Er verhehe nicht, wie die Zeitungen zu kleineren Zahlen kämen. Die Kontrollkommission arbeite in zehn Gruppen, hätte 122 Betriebe besucht, nur in 15 Unregelmäßigkeiten festgestellt und hierbei handle es sich um Ausnahmen, denen die Kommission zugestimmt habe. Er teile weiter mit, daß der Verband der Berliner Metallindustriellen versprochen habe, ebenfalls geeignete Schritte zu thun.

Der Vorsitzende der Arbeitgeber hat also hier wiederum Zahlen angeführt, die mit den vom Metallarbeiter-Verbande festgestellten in unauflösbarem Widerspruch stehen. Cohen konnte demgegenüber mitteilen, daß am Freitag insgesamt an 1924 organisierte und unorganisierte Aussperrte Unterstützung gezahlt worden ist. Wo bleiben da die Zehntausend, von denen jetzt wieder in einigen Zeitungen berichtet wird? Zu behaupten, daß tausende Unorganisierte zu feindselig seien sollten, um sich Unterstützung vom Metallarbeiter-Verbande zu holen, muß jedem mit den Verhältnissen auch nur einigermaßen Vertrauten als Thorheit erscheinen. Da die Zahl der Aussperrten weit geringer ist, als man erwartet hatte, so wird die Verwaltung der Unterstützungssätze beschleunigt. Diejenigen Arbeitgeber, die sich einbilden oder von den Scharmachern vorreden lassen, der Metallarbeiter-Verband müsse womöglich schon in dieser Woche in Zahlungsschwierigkeiten geraten, werden sich also gründlich getäuscht sehen.

In der Generalversammlung der Arbeitgeber wurde des weiteren über die im Auftrage des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz unternommenen Einigungsversuche berichtet, aber in einer Weise berichtet, die den Anschein erwecken sollte, als hätte der Metallarbeiter-Verband das Einigungsamt um Vermittlung erlucht. Thatsächlich verhält es sich so, daß zuerst eine Anfrage des Gewerbegerichts an die Metallarbeiter-Organisation erging, ob sie eventuell geneigt wäre zu verhandeln, und, wie die Arbeiter stets zu friedlichen Vereinbarungen bereit waren, so wurde auch in diesem Falle eine zustimmende Antwort erteilt. Die Vertrauenskommission der Fabrikanten hat jedoch ablehnend auf die Anfrage des Gewerbegerichts geantwortet, und nun scheinen die Arbeiter sich einzubilden, der Metallarbeiter-Verband hätte sie um Verhandlung angefleht und sie hätten ihn stolz abgewiesen! — Die ganze Generalversammlung dauerte übrigens nur eine Stunde. Diskussion fand nicht statt, Beschlüsse wurden auch nicht gefaßt. Man ging diesen Dingen offenbar absichtlich aus dem Wege; vielleicht hätte dadurch die „glänzend bewiesene Einigkeit, die unfehlbar zum Siege führen muß“, wie der Referent der Arbeitgeber sich ausdrückte, Schaden leiden können. Man traute sich auch offenbar nicht einmal, die Generalversammlung zu fragen, ob verhandelt werden solle. Jedemfalls beschränkten die Scharmacher mit Recht, daß dann die Thatsache zu Tage treten würde, daß ein großer Teil der Fabrikanten recht gern verhandeln möchte. Es kann ja schließlich auch nicht ausbleiben, daß immer mehr die Getrenntheit plagt, daß der unfehlbare Sieg, wovon geredet wird, wohl ein Sieg der großen über die kleinen Fabrikanten sein wird. Von Arbeitgeberseite wird auch die Behauptung in die Welt gesetzt, daß in der vorigen Woche schon 84 streikende Gärtler abtrümmigt worden und wieder in Arbeit getreten seien. Thatsächlich handelte es sich, wie Cohen mitteilte, nur um 5 oder 6. Mit Ausnahme dieser wenigen, die bei der großen Welle der Beteiligten gar nicht in Betracht kommen, stehen jetzt nach 4 Wochen die Streikenden noch fast wie am ersten Streiktag und denken gar nicht daran, den Kampf aufzugeben. — In der Diskussion, die dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat folgte, wurde unter andrem mitgeteilt, daß Wagen der städtischen Desinfektionsanstalt zum Transport von Arbeitswilligen verwandt werden. Es soll, wie berichtet wurde, für die Beförderung nach einer in der Ritterstraße belegenen Fabrik 5 Pf. per Lour bezahlt werden. Ob der Betrieb dieser neuen Streikbrecher-Sechseromnibusse polizeilich konzipiert ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Im übrigen nimmt sich die Polizei immer noch mit besonderer Fürsorge der Arbeitswilligen und der nothleidenden Fabrikanten an. In einer Wirtschaft brachten es Schulze in Gemeinschaft mit dem betreffenden Arbeitgeber fertig, die gerade aus der Provinz eingetroffenen zwei Arbeitswilligen, die offenbar über die hiesigen Verhältnisse nicht unterrichtet waren, vor der Verführung mit den Streikenden zu bewahren. Diese kleinen Liebeswärtigkeiten der Polizei werden wohl ebensowenig im Stande sein, die Position der Arbeitgeber wesentlich zu verbessern, wie die Verdunkelung der Thatsachen in den Urteilen und Berichten der Richter. — (Nächste Gärtlerversammlung Donnerstag.)

Eine Empörung des Glatts.

Der Streik bei der Firma Robert Lehmer, über den bereits gestern kurz berichtet wurde, ist der erste kaufmännische Streik größeren Umfanges, der bis jetzt in Berlin vom Centralverbande der Handlungsgehilfen geführt werden konnte. Jedem Ansehenshabenden wird es von vornherein einleuchten, daß es außerordentliche Anlässe gewesen sein müssen, die diesen Streik mit elementarer Wucht zum Ausbruch brachten. Das Vorgehen der Angestellten dieser Firma ist denn auch nicht weiter als die direkte Folge der unwürdigen Behandlung und miserablen Entlohnung, unter der sie in letzter Zeit zu leiden hatten, einer Entlohnung, die auch nicht im entferntesten mit der verlangten Arbeitsleistung in Einklang zu bringen ist. Die Firma Robert Lehmer, die jetzt ein Hauptgeschäft in der Charlottenstr. 84 und eine Filiale in der Lindenstr. 60 besitzt, hat sicher den bedeutendsten Adressenverlag Berlins. Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, hat sie nach und nach alle ähnlichen Unternehmen überflügelt und ihr Inhaber ist ein schmerzlicher Mann geworden. So vornehm die Firma kann auch nach außen hin thut, so erbärmlich ist es mit der Bezahlung ihres Personals bestellt. Nach einer vom Handlungsgehilfen-Verbande aufgenommenen Statistik erzielen die Accordschreiber bei 81-stündiger täglicher Arbeitszeit einen Verdienst von 8 bis 10 M. pro Woche. Da mit einem solchen Zammerlohn natürlich kein Mensch zu existieren vermag, so sind die Schreiber noch zur Verrichtung von Hausarbeit gezwungen. Sie müssen zu Hause alldann 3—5 Stunden täglich

und 8—10 Stunden des Sonntags angestrengt Adressen schreiben, um es nur zu einem Nebenverdienst von 3—5 M. pro Woche zu bringen, so daß sich ihr Verdienst in allem auf 11—16 M. beläuft. Die Vorarbeiter werden mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt, erhalten also etwa 15 M. pro Woche. Wollen sie mehr erzielen, so sind sie ebenfalls auf Hausarbeit angewiesen. Genau so verhält es sich mit den Autographen. Während der letzten zwei Jahre wurden die Angestellten fortwährend mit Wähnen realigiert, so daß sich deren Verhältnisse einfach bis zur Unerträglichkeit verschlechterten. Es gewinnt fast den Anschein, als habe die Firma einen „wissenschaftlichen“ Versuch machen wollen, was sich ihr Personal in Bezug auf schlechte Entlohnung eigentlich bieten und gefallen lassen werde, andernfalls ist es ganz unbegreiflich, wie eine Firma, die einen in andern kaufmännischen Geschäften unbekanntem hohen Profit erzielt, ihre Angestellten so unter aller Kanone bezahlt. Nun, der Streik ging so lange zu Wasser, bis er broch. Als alle Vorstellungen nichts nützen und die Firma jede Lohnaufbesserung scharf ablehnte, da traten von 131 Angestellten 134 in den Streik. So allgemein war die Erbitterung, daß Leute, die schon 5, 8, 10 und 12 Jahre bei der Firma beschäftigt waren, es nicht mehr über sich gewinnen konnten, unter so elenden Bedingungen noch weiter zu arbeiten, sondern einmütig mit ihren jüngeren Kollegen die Arbeit niederlegten. Die Firma ist nicht im Stande, den Gang der Geschäfte mit ungeschulten Kräften aufrecht erhalten zu können, selbst wenn sich ihr Streikbrecher in größerer Zahl zur Verfügung stellen sollten. Sie ist im Gegenteil auf die mit der Geschäftsprognose vertrauten Leute angewiesen. Der Stand des Streiks ist demnach durchaus günstig. Den Streikenden selbst aber ist die volle Sympathie des kaufmännischen Personals und der Handlungsangestellten bis weit über die Kreise der direkt Interessierten hinaus durchaus sicher. Weiter hat die Firma ihre Filiale in der Lindenstraße schließen müssen, weil die dort bisher noch thätigen Angestellten mit den Streikenden gemeinsame Sache gemacht haben. Am Mittwochabend findet in den Festalen, Sebaltsenstr. 39, eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lage der Adressenschreiber und die Ursachen des Streiks einer eingehenden Besprechung unterzogen werden.

Eine Lohnbewegung der Musikinstrumenten-Arbeiter ist am Montag durch eine vom Holzarbeiter-Verbande einberufene Versammlung der genannten Branche befaßt worden. Es soll streng darauf gehalten werden, daß die in der Berliner Holzindustrie übliche Arbeitszeit von 32 Stunden in der Woche innegehalten wird und demgemäß keine Ueberstunden mehr gemacht werden. Die Hauptforderung geht auf eine Erhöhung der Löhne, beziehungsweise der Accordsätze. Die Löhne sind jetzt für die verschiedenen Teilarbeiter sehr verschiedene. Es soll deshalb eine gewisse Gleichmäßigkeit derselben erzielt werden, dergestalt, daß der Verdienst aller Teilarbeiter in der Musikinstrumenten-Industrie ein möglichst gleichmäßiger und auskömmlicher ist. Es soll deshalb, je nach den bereits gezahlten Preisen, ein Aufschlag von 5 bis 20 Proz. gefordert, und diese Forderung in allen Betrieben, wo die Verhältnisse die Durchführung ermöglichen, gestellt werden. — Der Branchenvertrauensmann Siegel begründete diese Forderungen folgendermaßen: Die Berliner Musikinstrumenten-Industrie befindet sich seit Jahren in einem fortgesetzten Aufschwung. Während die Ausfuhr an Musikinstrumenten im Jahre 1892 einen Wert von 18 200 000 M. hatte, wurden im Jahre 1899 für 36 830 000 M. Instrumente ausgeführt. Auch in den folgenden Jahren hielt der Aufschwung an, nur das Jahr 1902 zeigt gegen 1901 einen unerheblichen Rückgang, der aber bereits wieder eingeholt ist, denn die erste Hälfte des laufenden Jahres weist bereits eine höhere Aufschwungsziffer auf wie der gleiche Zeitraum des vorigen Jahres und hat bereits den Stand des Jahres 1901 erreicht. Der Geschäftsgang kann also für die Fabrikanten als ein durchaus günstiger betrachtet werden. Anders verhält es sich mit der Lage der Arbeiter. Sie hatten keinen Anteil an dem Aufschwung der Industrie ihrer Branche, ihre Verhältnisse sind vielmehr von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Nach Ausweis der Statistik hatten die Musikinstrumenten-Arbeiter im Jahre 1888 ein Durchschnittseinkommen von 715 M., im Jahre 1899 729 M., im Jahre 1900 war das Durchschnittseinkommen auf 678 M. gesunken und 1901 hatte es sich wieder auf 728 M. erhöht. Ein so niedriges Einkommen kann als ausreichend natürlich nicht angesehen werden, um so weniger, als die Preise der Lebensmittel gestiegen sind. Aus diesen Gründen sind die Forderungen der Arbeiter vollkommen gerechtfertigt, und, da gegenwärtig eine günstige Geschäftslage herrscht, auch durchführbar. — In der Diskussion stimmte man den Ausführungen des Referenten im allgemeinen zu. Kleinlein, der als Vertreter des Fabrikantenvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter sprach, ist gleichfalls für die Lohnbewegung, jedoch gehen ihm die Forderungen nicht weit genug, auch meint er, der Holzarbeiter-Verband habe mit der Bewegung zu lange gezögert. Jetzt sei die günstigste Zeit für die Lohnbewegung vielleicht schon verstrichen. — Schließlich wurde eine Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten deckt und die vorstehend mitgeteilten Forderungen aufstellt, von der sehr stark besuchten Versammlung gegen drei Stimmen angenommen.

Sammellisten für die ausgesperrten Metallarbeiter werden, wie uns von der Metallarbeiter-Gewerkschaft mitgeteilt wird, von dieser ausgegeben. Dieselben sind mit laufender Nummer und dem Stempel der Organisation versehen. Diese Listen werden natürlich durch die neulich veröffentlichte Warnung nicht getroffen.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Halle wurden, wie nicht anders zu erwarten war, nur Arbeitnehmerbeisitzer gewählt, die auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehen. Es waren 3143 Stimmzettel abgegeben worden. Die Liste der sozialdemokratischen Arbeitgeber vereinigte auf sich 105, die der bürgerlichen Arbeitgeber 438 Stimmen.

Die Differenzen im Baugewerbe zu Kassel und Solingen dauern unverändert fort. Es sei dies besonders deswegen betont, weil die hiesigen Unternehmer erneut Bemüht sind, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen und das Gerücht zu verbreiten suchen, die Differenzen seien beigelegt.

Als ein Vermittlungsamt für Streikbrecher hat sich auch der städtische Arbeitsnachweis in Kassel entwickelt. In Heidingsfeld bei Würzburg, wo sich viele Zugsfabriken befinden, ist in einem Betriebe der Streik der Wäntner ausgebrochen und der Unternehmer hat sich nun an den Arbeitsnachweis der Vierstadt Kallmühlbach gewendet mit dem Ersuchen, ihm Wäntner, die im Arbeitsvermittlung nachsuchen, zuweisen. Diesem Verlangen des bedrängten Arbeitgebers wurde auch pünktlich Folge geleistet. Wahrscheinlich wird das Gleiche auch in andern Städten versucht, weshalb die Wäntner gewarnt seien.

In sechzehn meist überfüllten Parteiversammlungen

demonstrierte gestern Abend die Arbeiterschaft Berlins gegen die Ansetzung der Zeit für die Wahl zum Landtag auf 2 Uhr nachmittags. Das „elendeste aller Wahlsysteme“, das preussische Landtags-Wahlrecht, benachteiligt bekanntlich an sich schon die große Masse des Volkes in schlimmster Weise, ja macht sie geradezu rechtlos. Es liegt dies nicht nur an der Klasseneinteilung allein, sondern vor allen Dingen noch daran, daß nicht einmal jede Klasse ihren Abgeordneten wählen darf, sondern daß die Wahl durch die sogenannten Wahlmänner aller drei Klassen gemeinsam geschieht, und so die dritte Klasse stets von den beiden ersten überstimmt werden kann. Aber selbst das Recht der Urwähler, einen Wahlmann zu ernennen, ist mit soviel Schranken umgeben, die namentlich für den auf seiner Hände Arbeit Angewiesenen oft unüberwindlich sind, daß die geringe Beteiligung an den Landtagswahlen sich teilweise

schon daraus erklärt. Der Arbeiter ist weit weniger als der besser situierte oder der mit einem festen Einkommen begünstete Kaufmann oder Beamte in der Lage, seine kostbare Zeit einem Wahlgang zu widmen, an dem er doch nur mit dem Bewußtsein teilnimmt, daß ein Erfolg für seine Sache oder die von ihm bevorzugte Partei wenn nicht ganz ausgeschlossen, so mindestens sehr zweifelhaft ist.

Es war ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, daß der liberale Berliner Magistrat, daß die freisinnige Stadtverordneten-Versammlung wenigstens das ihre thaten, der Arbeiterklasse, die nun einmal eingeschlossen ist, koste es was es wolle, sich diesmal an der Wahl zu beteiligen, die Opfer an Zeit und Geld nach Möglichkeit zu ersparen, welche eine allzu frühe Anberaumung des Wahltermins verursachen mußte. Die große, die abergroße Mehrheit der Wähler gehört dem Arbeiterstande an und schon deswegen mußte bei Ansetzung des Wahltermins auf die Verhältnisse dieser Mehrheit vor allen Dingen Rücksicht genommen werden. Statt dessen hat man die Rücksicht auf die bloße Bequemlichkeit der bestehenden Minderheit über die Rücksicht auf das materielle Interesse der übergroßen Mehrheit gestellt!

Und nur das allein? Wohl! Manche zottige Demokratenbrust mag sich vor Freude darüber gehoben haben, daß es gelungen sei, durch einen schlauen Schachzug, durch einfache Ansetzung eines ungünstigen Wahltermins, die Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahl-systems noch zu verschärfen, und manches freisinnige Heldenherz mag höher geschlagen haben im gefäßigten Nachgefühl bei dem Gedanken, daß die Arbeiter die Freiheit, sich an der Wahl zu beteiligen, wenigstens mit einer Lohnsenkung bezahllen müssen.

Die Entrüstung, die gestern in den Versammlungen dem Verhalten der freisinnigen Stadtverordneten-Majorität gegenüber sich bemerkbar machte, war eine elementare. Man war sich einig darüber, daß trotz alledem oder gerade deswegen die Teilnahme der Berliner Arbeiter an der Landtagswahl eine demonstrative sein müsse und daß man die Angelegenheit namentlich für die kommenden Stadtverordnetenwahlen nicht vergessen dürfe. „Dinaus“, müsse es heißen, „mit diesem Freisinn aus dem roten Hause!“ —

Wir lassen die Einzelberichte folgen:

In den **Industrie** fällen in der **Reuthstraße**, wo die Genossen des ersten Wahlkreises versammelt waren, sprach Gen. **Ernst**. Mit sichtbarem Interesse folgte die gut besuchte Versammlung den klaren Ausführungen des Referenten, der unter Darlegung der einschlägigen Verhältnisse und an der Hand von Beispielen aus früheren Landtagswahlen überzeugend nachwies, daß die Gründe, welche Stadtrat **Wolm** in der Stadtverordneten-Versammlung für die Festsetzung der Wahlzeit auf 2 Uhr anführte, ganz unhaltbar seien, und daß der Beginn der Wahl um 5 Uhr unter normalen Verhältnissen der zweckmäßigste Zeitpunkt sei. Mit aller Energie mühten wir gegen die Festsetzung des Magistrats protestieren. Möglich, daß unser Protest noch Erfolg habe. Sollte das aber nicht der Fall sein, dann mühten unsere Genossen mit verdoppelter Energie für die Wahl agitieren und dafür sorgen, daß jeder Wähler der Arbeiterklasse an der Wahl teilnehme. Es würde gewiß eine große Wirkung haben, wenn, damit die Arbeiter um 2 Uhr zur Wahl gehen können, alle Fabriken und Werkstätten zu Mittag geschlossen werden müssen und sich dadurch ein Bild zeige, wie es ein Generallstreik bieten würde. Nach dem beifälligen aufgenommenen Vortrage fand die Resolution einstimmige Annahme.

Hierauf sprach Genosse **Waldeck Manasse** über die Stadtverordneten-Wahlen, für welche er dann als Kandidat aufgestellt wurde.

Im großen Saale der **Waldbrauerei** referierte Genosse **Antrieb** vor etwa 800 Personen. Nach geschichtlichen Rückblicken auf das Zustandekommen des Landtags-Wahlrechts beleuchtete er einige der Ungeheuerlichkeiten des elendesten aller Wahlsysteme, um dann das jämmerliche Verhalten des Freisinnigen gegenüber dem sozialdemokratischen Bestreben, in den Landtag einzudringen, gehörig zu kennzeichnen. Wenn der Magistrat, der das vorige Mal die Wahlzeit um 5 Uhr nachmittags beginnen ließ, sie jetzt auf 2 Uhr ansetzt, unter Ausserachtlassung der vitalen Interessen des arbeitenden Volkes, dann sei das nur zu verstehen als Ergebnis der blassesten Furcht, die Sozialdemokratie könnte bei den Landtagswahlen Erfolge erringen. Den besten Protest stellt Redner in energischer, erfolgreichster Wirksamkeit bei den bevorstehenden Landtags- und Stadtverordnetenwahlen. (Lebhafte Beifall.) Die Protestresolution fand einstimmige Annahme. — Die Versammlung stellte als Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahlen auf den Genossen **H. Werner** im 5. Bezirk, und den Genossen **Otto Antrieb** im 8. Bezirk. Als Wahlkomitees sollen im 5. Bezirk die Genossen **Duchholz**, **Ruschke**, **Naabe**, und im 8. Bezirk die Genossen **Schneider**, **Rilofah** und **Schwende** fungieren. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

In der gutbesuchten Versammlung im **Hofjägerpalast** referierte Genosse **Kalle**, der im letzten Moment für den erkrankten Genossen **Dr. A. Vernstein** eingetreten war. Er hob hervor, wie durch den famosen Beschluß, die Wahlzeit um 2 Uhr nachmittags beginnen zu lassen, das erbärmliche Landtags-Wahlrecht dem Volke noch mehr beschneidet werde. Er holte zu kräftigen Hieben gegen den reaktionären Freisinn aus, der nicht einmal die einst bestesene Macht zur Vereitelung des schlechtesten aller Wahlsysteme benützt habe und auch jetzt in der kommunalen Verwaltung seine ganze Phylisterückständigkeit offenbare. Auch wies Redner drastisch auf den Widerspruch hin, daß Herr **Kämpf** eine Schädigung der Arbeiter durch die frühe Wahlzeit ableugne, weil sie ja den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hätten, während doch gerade die Stadt gleich den meisten Industriellen die Wohlthat des § 616 ihren Arbeitern verträglich entziffen habe. Die Versammlung stimmte dem Redner rückhaltlos zu, ebenso einer Protest-Resolution.

In den **Arminhallen** fand eine Versammlung für den dritten Wahlkreis statt. Der Besuch war sehr gut. Der Referent, Genosse **August Hinge**, beleuchtete die Aufgaben, welche uns bei den Landtagswahlen zufallen und gab dem Protest für die den Arbeitern ungünstige Festsetzung der Wahlzeit Ausdruck. Im Anschluß daran kennzeichnete der Referent das bei den verschiedensten Angelegenheiten hervortretende arbeitereindliche Verhalten der Stadtverordneten-Mehrheit. In der Diskussion wurde dieser Punkt unter andern eingehend besprochen und wurden die Arbeiter aufgefordert, sich sowohl an den Wahlen zum preussischen Landtag, wie an den Stadtverordneten-Wahlen vollzählig zu beteiligen. Die Protestresolution wurde auch hier einstimmig angenommen.

Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß der **Zahlabend** des Wahlvereins für den dritten Wahlkreis diesmal ausnahmsweise am **Donnerstag**, den 15. d. M., stattfindet.

In der **Urania**, **Brangelstraße**, referierte der Genosse **P. Singer**, der, nachdem er die Art der Festsetzung der Zeit für die Landtagswahlen kritisiert, in 1 1/2 stündiger Rede alle für den Landtag und auch für die Kommune in Betracht kommenden Aufgaben erörterte. Er kennzeichnete hierbei das kulturfeindliche Verhalten der verschiedenen Parteien und wies nach, daß auch der Liberalismus seine ehemaligen Ziele längst vergessen und mit den schlimmsten Reaktionen und Volksfeinden Hand in Hand nur darauf bedacht ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Köpfe zu revolutionieren, die Macht der Sozialdemokratie zu vergrößern, denn alle Verbesserung der Verhältnisse wird nur von der Sozialdemokratie herbeigeführt werden. Alle unsere Tätigkeit, sei es in der Kommune, im Landtag oder Reichstag, müsse aber getragen sein von unseren Grundfragen, die niemals in den Hintergrund gestellt werden dürfen. — Dem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion im Laufe des Referats, an der sich die Genossen **Kunze**, **Dorf**, **Läder** und **Tollsdorf** beteiligten.

Hierauf wurde Genosse **Singer** einstimmig als **Stadtverordneten-Kandidat** für den 13. Bezirk nominiert. — In das Wahlkomitee wurden die Genossen **Hackelbusch**, **Zeise**, **Kenzel**, **Erbe** und **P. Hoffmann** gewählt. Nachdem noch der Vorsitzende zur regen Teilnahme an der Wahlthätigkeit aufgefordert und darauf aufmerksam gemacht, daß sich am Wahltage niemand sein Wahlrecht etwa durch behördliche Maßnahmen verkümmern lassen soll, wurde die Versammlung mit Hoch auf **Singer** geschlossen.

In **Graumanns Saal** in der **Raumnstraße**, der vollständig gefüllt war, referierte Genosse **Jubeil**. Treffend kennzeichnete er die Rücksichtslosigkeit gegen die Wähler der dritten Abteilung, welche darin liegt, daß die Urwahl zu so früher Stunde festgesetzt wurde. Man könne sich diese Maßnahme nur so erklären, daß die Angst vor der Sozialdemokratie sie veranlaßt habe, und daß der Einfluß, den unsere Partei durch ihre Wahlbeteiligung auf den Wahlerfolg ausübt, durch Erschwerung der Wahl für die dritte Abteilung beeinträchtigt werden soll. Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme der Protestresolution.

Die Versammlung in der **Drachenburg** vor dem **Schlesischen Thor** war gleichfalls gut besucht. Hier referierte Reichstags-Abgeordneter **Stadthagen**, der zunächst den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, wonach der Beginn der Landtags-Urwahlen auf 2 Uhr festgesetzt wird, treffend kennzeichnete; er beleuchtete sodann die sozialen und politischen Zustände in Preußen und unterzog hierbei die Wirtschaft der Kommunalfreisinnigen und namentlich das reaktionäre völkereindliche Vorgehen der verschiedenen Parteien im Landtag einer lebhaften Kritik. Der Redner forderte die Versammelten schließlich auf, nicht nur durch einen Beschluß zu protestieren, sondern auch energisch thätig zu sein für die Durchführung der Ziele der Sozialdemokratie, und ferner zu zeigen, daß die Arbeiter auch um 2 Uhr wählen können und wie sie wählen können.

Eine Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht bestritten. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Als **Stadtverordneten-Kandidat** für den 14. Bezirk wurde sodann einstimmig Genosse **Stadthagen** nominiert.

Nachdem noch bekannt gegeben, daß die Generalversammlung des Wahlvereins am **Donnerstag** in der **Urania**, **Brangelstraße**, stattfindet, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im **Böhmischen Brauhause** war die Versammlung außerordentlich stark besucht. Genosse **Stadthagen** war Referent. Unter dem Beifall der Versammlung kritisierte der Redner die Maßnahmen des Junkerparlaments und dessen Gefekesmaßnahmen, namentlich auf dem Gebiete des Justizwesens, besonders wenn es sich um das Koalitionsrecht handelt. Redner erläuterte die Aufgaben, die der Landtag zu lösen hat, besonders auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Redner schließt mit den Worten: Unsere Disziplin hat das Sozialengesetz niedergebungen, uns: Disziplin solle uns auch jetzt helfen, die Reaktion niederzuringen. Auf zum Kampfe für die Wahlen zum preussischen Landtag! (Stürmischer Beifall.) Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Als Kandidaten für den 24. und 25. Kommunal-Wahlbezirk wurden die Genossen **Paul Schneider**, **Wachbinder**, und **Bernhard Bruns** aufgestellt.

Im **Lokale Königshaus**, welches bis auf den letzten Platz besetzt war, sprach Genosse **Stadthagen** über den Vortrag wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute in der **Königsbank** versammelten Wähler des 4. Berliner Landtags-Wahlkreises protestieren aufs entschiedenste gegen den Mehrheitsbeschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. Oktober d. J., die Urwahl auf 2 Uhr nachmittags festzusetzen. Sie sehen darin wieder eine Rechtslosmachung der Arbeiterklasse und eine Bevorzugung der Besitzenden. Die Versammelten ersuchen daraus, daß nur die sozialdemokratische Fraktion es ist, die stets ihre Rechte vertritt, und werden bei den demnächst stattfindenden Wahlen zum Rathhaus ihrer Meinung dadurch Ausdruck geben, daß sie immer mehr Sozialdemokraten in das Stadtverordneten-Kollegium senden werden. Trotz der ungünstigen Wahlzeit, welche nach Meinung der Versammelten nur zu dem Zweck so angelegt ist, um die Arbeiter von der Landtagswahl fern zu halten, verpflichten sich die Versammelten bei der Landtagswahl alles aufzubieten, um in die preussische Landratskammer durch frisches Blut Bewegung in den preussischen Konfessions-freisinnigen Reaktionsstumpf zu bringen.“

Als Kandidaten zu Stadtverordneten wurden Genosse **Schneider** für den 24. Kommunalwahlbezirk und Genosse **Bruns** für den 25. Bezirk aufgestellt.

Im **Alten Schäpchenhaus**, **Linienstraße**, sprach Genosse **Kogke** vor einer stark besuchten Versammlung. Er kritisierte die erbärmliche Haltung der freisinnigen Gemeindevorsteher zu allen sozialpolitischen Fragen und schloß mit der Aufforderung, daß nun jeder seine ganze Kraft einsetzen möge, um den Freisinnigen zu zeigen, daß sie sich doch verreckten, wenn sie glaubten, durch die Festsetzung der Wahlzeit auf eine so unpassende Stunde die Sozialdemokratie aus dem Felde schlagen zu können. — Der packende Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Als Stadtverordneten-Kandidat für den 28. Kommunal-Wahlbezirk wurde einstimmig Genosse **Franz Kogke** aufgestellt.

Der große Saal der **Brauerei Königstadt** in der **Schönhauser Allee** war voll besetzt; es waren dort wohl gegen 1500 Personen anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung sah sich der Vorsitzende Genosse **Mars** veranlaßt, etwa anwesende Kriminalbeamte zum Verlassen des Saales aufzufordern. Der Redner, den das anging, hatte es jedoch bereits vorgezogen, das Weite zu suchen. Genosse **Schubert** kennzeichnete in seinem Referat zunächst in treffenden Worten die ganze reaktionäre Wirtschaft im preussischen Junkerparlament, die Unfreiheit und schändliche Unterdrückung und verurteilte im Anschluß daran aufs schärfste das schamlose Beginnen des Berliner Kommunalfreisinnigen, den Arbeitern die Ausübung ihres stämmigen Landtags-Wahlrechts zu erschweren. — Die Ausführungen wurden mehrmals von starken Beifallsäußerungen unterbrochen.

In **Weimanns Volksgarten** hatten sich die Genossen des **Gesundbrunnen** Bezirks sehr zahlreich eingefunden, so daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Unter lebhaftem Beifall charakterisierte **Dr. Wehl** in marlienen Worten das Verhalten des Magistrats, dessen Festsetzung der Wahlzeit zu Ungunsten der Arbeiterklasse ein weiteres Nummesblatt in der wenig rühmlichen Geschichte des Berliner Stadtliberalismus darstelle. Dieselben Liberalen, die sich stets als entschiedene Gegner des elenden Landtags-Wahlrechts anzupreisen beliebten, entblöden sich nicht, jetzt, da sie es in der Hand haben, durch günstige Festsetzung der Wahlzeit diesem Wahlrecht in der That einen fühlbaren Stoß zu versetzen, den Arbeitern die Wahlbeteiligung so schwer als möglich zu machen. Der **Triad** hat keinen andern Zweck, als der dritten Wählerklasse Schwierigkeiten in der Ausübung der Wahl zu bereiten, während andererseits auf die Bequemlichkeit des reichen Bürgerthums die denkbar größte Rücksicht genommen ist. Nach einer detaillierten Darlegung der Bedeutung der Landtagswahlen giebt Redner der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeiterklasse nicht nur bei den bevorstehenden Landtagswahlen, sondern auch bei den künftigen Stadtverordnetenwahlen den liberalen Stadtrößen die gebührende Antwort geben wird. Einstimmig wurde sodann eine entsprechende Resolution angenommen.

Die Genossen der **Rosenthaler Vorstadt** hatten sich in stattlicher Anzahl in **Willes** Festhause eingefunden. Stadtverordneter **Vorgmann** referierte unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Seine Ausführungen gipfelten in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das zum preussischen Landtag geltende Wahlrecht. Dieses Wahlrecht ist das schreiendste Wahlrecht, geeignet, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung von der Vertretung ihrer Interessen im preussischen Landtag auszuschließen. Sie erhebt die Forderung auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

In der Festsetzung des Magistrats, die Urwahlen um 2 Uhr nachmittags beginnen zu lassen, sieht die Versammlung einen Akt, der zu Gunsten einer kleinen Zahl in der oberen Klasse Wahlberechtigter vorgenommen ist und in seiner Wirkung eine weitere Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung zur Folge hat. Die Versammlung erwartet von den städtischen Behörden, die Wahlstunde auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen.

In der im **Eiskeller** tagenden stark besuchten Protestversammlung sprach Genosse **Pannkuch**. Er beleuchtete den plutokratischen Charakter des Landtags-Wahlrechts, es scharf kritisierend. Dann erörterte er die Stellung der liberalen Parteien zur diesjährigen Wahl und hob unsere Forderungen noch einmal energisch hervor. Der Sozialdemokratie harren in Preußen noch große Aufgaben. Redner geht hierbei auf die Gesunde-Ordnung, die Kanalvorlage u. ein. Aus diesem Grunde müssen wir mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten, dann werden wir auch Erfolg dabei haben. (Lebhafte Beifall.) Diskussion fand nicht statt. Die Versammlung nahm eine Protestresolution einstimmig an.

Die Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten soll **Donnerstag** in der Generalversammlung des Wahlvereins im **Eiskeller** stattfinden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Versammlung in den **Arminushallen**, **Roabit**, war sehr stark besucht. Der Referent, Stadtverordneter **Glode**, zeigte in eingehender Weise, oftmals von Beifall unterbrochen, die historische Entstehung des elendesten aller Wahlsysteme und wie der Freisinn durch seinen bekannten Beschluß noch sein Möglichstes dazu gethan habe, dieses Wahlrecht zu stützen bezw. den Kampf gegen dasselbe zu erschweren. Eine entsprechende Protestresolution gelangte zur einstimmigen Annahme.

In der Versammlung im **Roabiter Kasino** sprach Stadtverordneter **Einwald** über den neuesten Gemistreich des Berliner Kommunal-Freisinnigen, welcher überall, wo er nicht ausbenden kann, sich als den Hort der Freiheit aufspielt, und überall da veragt, wo es gilt, seinen Liberalismus zu betätigen. Die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne und endete mit einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution.

In allen Protestresolutionen wurde in schärfster Weise die Ansetzung der Wahlzeit auf 2 Uhr nachmittags als eine weitere Entrechtung der Arbeiterklasse durch eine liberale Stadtvertretung verurteilt.

Die Versammelten verpflichten sich, trotz dieser verstärkten Erschwerung in der Ausübung des Wahlrechts mit aller Kraft die Agitation für die Landtagswahlen zu betreiben und bei den kommenden Stadtverordneten-Wahlen durch Stärkung der Sozialdemokratie die brutale liberale Klassenpolitik zu beantworten.

Versammlungen.

Die **Sektion der Arbeiter** des Centralverbandes der **Maurer** hielt am 7. Oktober ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst erlatete der Kassierer **Kelvin** den Kassierenbericht vom 3. Quartal. Derselbe ergab folgendes: Ein- und Ausgabe der Hauptkasse 11 282,20 M. Die Lokalkasse hatte infolge des alten Bestandes eine Einnahme von 40 919,22 M., eine Ausgabe von 2329,87 M., bleibt Bestand 38 089,85 M. Die Mitgliederzahl betrug 1519. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann erstattete der Vorsitzende **Reumann** einen kurzen Situationsbericht. Redner führte aus, daß die gute Konjunktur, welche Anfang September erwartet wurde, sich verpätet hat, uns jetzt aber bevorsteht. Des weiteren führte Redner an, daß sich seit einiger Zeit wieder arge Verhältnisse im Putzergewerbe bemerkbar gemacht haben, wobei auch eine große Preisdrückerei zu verzeichnen ist. Aus diesen Gründen soll für nächste Woche eine öffentliche Versammlung einberufen werden, um den Kollegen diese Verhältnisse und deren Folgen klarzulegen, und sie zu veranlassen, für deren Beseitigung Sorge zu tragen. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß das Eintreten der erwarteten guten Konjunktur für diesen Herbst sich so weit verzögert hat, daß in der ersten Oktoberwoche noch arbeitslose Kollegen vorhanden waren, auch an und für sich das Tageslicht bald die längere Arbeitszeit bedingt, beschließt die heutige Mitgliederversammlung, zur Zeit von der Forderung der achtstündigen Arbeitszeit Abstand zu nehmen, verpflichtet aber sämtliche Mitglieder, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für Beseitigung der noch bestehenden Verhältnisse im Verus einzutreten. Hauptächlich ist darauf zu achten, daß vom 15. Oktober ab auf allen Arbeitsstellen eine zugfreie, heizbare Ruhe vorhanden ist; des weiteren muß unter allen Umständen die bei den Maurern übliche, vertraglich festgelegte Arbeitszeit in den Wintermonaten strikte innegehalten werden.

Eine regelmäßige Mitgliederversammlung des **Verbandes der Sattler**, **Druckverwaltung** Berlin, tagte am **Donnerstag**, den 8. Oktober, in den **Arminhallen**. **Weyher** gab die Abrechnung über das dritte Quartal. Die Einnahme betrug 8081,45 M. Für die druckliche Verwaltung wurden 1332,53 M. ausgegeben. Außerdem hatte die Lokalkasse 1098,20 M. Einnahme. Nach dem Bericht hielt Genosse **Waldeck Manasse** einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „**Vom Wahn zur Wahrheit**.“ Unter Verschiedenem gelangte folgender Antrag des Kollegen **Ungar** zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Sattler und verwandten Berufsgruppen spricht den im Kampfe unterlegenen Omnibusangestellten ihr Bedauern über den unglücklich verlaufenen Streik aus. Die versammelten Kollegen beschließen, die Omnibusse bis auf weiteres zu meiden, um der Omnibus-Gesellschaft das Solidaritätsgefühl aller organisierten Arbeiter zu beweisen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Armentières, 13. Oktober. (W. T. B.) Seit Eintritt der Dunkelheit herrscht an den Stätten, wo die ersten Gewaltthatigkeiten stattfanden, ziemliche Ruhe. In der Rue Notre Dame, in welcher in der Dunkelheit Efenbrände gezogen worden sind, dauern die Unruhen fort. Die Baumwollspinnerei in **Wattrelos** steht in Flammen, auch hört man aus jener Richtung her Schüsse fallen. Der Präfekt des Departements du Nord ist eingetroffen.

London, 13. Oktober. (W. T. B.) Der **Kolonialsekretär** **Lyttleton**, der sich einer Neuwahl zum Unterhause unterziehen muß, erklärt in einem Wahlaufsatz, daß er völlig mit der Aenderung der Politik übereinstimme, die **Balfour** und **Chamberlain** zusammen beschworen. Er sei der Ansicht, daß die Regierung in stand gesetzt werden müsse, das Verhältnis der ausländischen Konkurrenz zu mildern und wirklich über eine Ermäßigung der ausländischen Tarife gegenüber britischen Waren zu unterhandeln, dadurch, daß sie die Zollmacht betäme, eine Steuer auf ausländische Fabrikate zu legen. Er sei überzeugt, daß das Reich noch fester zusammengefügt werde, wenn man die handelspolitischen Bande zwischen seinen einzelnen Teilen verstärke.

London, 13. Oktober. (W. T. B.) Der **Marquis of Londonderry** ist an Stelle des **Herzogs von Devonshire** zum **Lordpräsidenten** des **Geheimen Rates** ernannt worden.

Konstantinopel, 13. Oktober. (W. T. B.) Wegen mehrerer in **Suedize** und **Kas** in **Shrien** festgesetzter Cholerafälle ist gegen die Küste von **Kas** bis **Ladik** mit Anschlag des letztenen **Plages** eine fünf-tägige Quarantäne verhängt worden.

Agitations-Kalender.

Die Erfahrungen der letzten Reichstagswahl haben uns den Gedanken nahegelegt, die Unsummen des Agitationsmaterials, das uns unsere Gegner mit so freundlicher Bereitwilligkeit liefern, durch vierteljährliche Zusammenstellungen einigermassen zu bewältigen. Nicht um einen Geschichtsfeststeller handelt es sich, sondern um die Zusammenstellung eines Bilderbuches aus der kapitalistischen Gesellschaft. Es handelt sich um große und kleine, auffällige und unauffällige Ereignisse der Öffentlichkeit, die alle das Eine mit einander gemeinsam haben, daß sie für den bestehenden Zustand der Dinge von symptomatischer Bedeutung sind.

Besonders charakterisiert wird das erste Quartal des neuen Kampfes durch den Feldzug gegen das Reichstags-Wahlrecht, das Ueberhandnehmen der Soldatenschänderei und durch die Wertwürdigkeiten militärischer und ziviler Strafspraxis.

Die Ersetzung des preussischen Kriegsministers v. Goltz durch v. Einem, des Reichshauptsekretärs v. Thielmann durch v. Stengel sind nur Schatten, großen Ereignissen vorausgeworfen: neuen Militärforderungen, neuen Steuern!

Wir lassen die Thatfachen reden!

Gegen das Reichstags-Wahlrecht.

Juli.

1. Centrum und Reichstags-Wahlrecht. Die „Landshuter Zeitung“, ein wackriges Centrumsblatt, erklärt, daß das bestehende Reichstags-Wahlrecht keineswegs ideal sei. „Mit dieser Ansicht“, schreibt sie, „stehen wir durchaus nicht allein, sondern wir teilen sie mit vielen ruhig denkenden Leuten, die auch heute noch in einem Wähler von 25 Jahren in nur zu vielen Fällen keinen reifen Politiker sehen und die ebenfalls glauben, daß ein Mann, der das schwerwiegende Wahlrecht ausübt, doch auch dem Staate gegenüber Verpflichtungen haben sollte, die sich nicht bloß auf das Soldatwerden — Tausende werden es bekenntlich gar nicht — beschränken sollen.“

3. Enthüllungen des „Waterland“. Das konservative Dresdener „Waterland“ meldet:

„Sie (die Redaktion des „Waterland“) habe im Redaktionsbureau des „Madedener Tageblattes“ das Beweismaterial dafür eingesehen, daß Geldsammlungen zur Agitation für eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts eingeleitet seien, und stehe nunmehr nicht an zuzugeben, daß eine Agitationskorrespondenz zu diesem Zwecke in der That existiere. Es seien ihr auch die Namen einiger Herren genannt worden, die Beiträge zur Unterfütterung der Korrespondenz gemacht haben sollten; auch diese Herren seien der Redaktion mit einer Ausnahme unbekannt. Mitglied des konservativen Landesvereins sei keiner. Der ihr bekannte Herr sei ein hervorragendes Mitglied einer liberalen Partei.“

4. „Der Reichsbote“, das Organ der konservativen Minder, zehret gegen das Reichstags-Wahlrecht, das er als das „unglück Deutschlands“ bezeichnet. Es gehe nicht an, dem „stupidesten Tagelöhner“ das gleiche Recht zu gewähren wie dem Höchstgebildeten, dem „letzten Arbeiter“ dasselbe Recht wie dem Unternehmer.

August.

1. Der „Vorwärts“ enthüllt ein Komplott gegen das Reichstags-Wahlrecht. In der Spitze steht ein Herr Dr. A. Giesebrecht, ihm zur Seite stehen zahlreiche Fabrikanten und Kommerzienräte aus allen Teilen Deutschlands. Ein Teil der Teilnehmer zählt sich zur freikonservativen (Weberbusch) oder zur nationalliberalen Partei. Nach Giesebrechts Behauptungen (die bis zum heutigen Tage unwiderprochen geblieben sind) steht auch die Reichsregierung seinen Plänen sympathisch gegenüber.

20. Der „Vorwärts“ bringt neue Enthüllungen über das Komplott gegen das Reichstags-Wahlrecht. Zu den finanziellen Unterstützern des Projekts gehört trotz aller dreifachen Abkennungsversuche die „Allnische Zeitung“, ferner der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Vahn-Soran.

28. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Sachsen-Weimar geschrieben: „Ein Mitglied der weimarischen Staatsregierung ... erklärte — so wenigstens wird berichtet — etwa das Nachstehende: Die Bewilligung von Wätern an die Reichstags-Abgeordneten sei vorgesehen, aber nur beim Zustandekommen einer Wahlgesetz-Novelle, welche die notorischen Ungerechtigkeiten des jetzigen Systems wenigstens in der Hauptsache beseitigt und der Intelligenz, dem Besitz und der persönlichen Integrität die gebührende Präponderanz gegenüber den entgegengesetzten Eigenschaften verschaffe. Mit dieser „Revision“ könne nicht länger gezögert werden, da jedes weitere Hinausschieben die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens vermindere. Man dürfe erwarten, daß die Mehrheit des neuen Reichstages den geplanten, auch vom Kaiser gebilligten Wänderungsorschlägen — mäßigen Census, sociale Vorbedingungen zc. ohne Ausnahme des Plural-systems — zustimmen werde, da ja die Liberalen wie die konservativen Parteien gleich gefährdet seien, von der Socialdemokratie erdrückt zu werden.“

Aus dem bürgerlichen Lager.

Juni.

20. Im Prozeß gegen die Direktoren der verfrachten Pommerenbank, die „Sobaniers“ der Kaiserin, werden zahlreiche Bestechungen der Presse aufgedeckt. Es erhielten: der Pressklub 25 000 M., Redakteur S. (W. S.-G.) 1000 M., Dr. Wittenberg 3000 M. (Quartals-summe), Dr. D. 5000 M., Prof. M. 2000 M., Dr. Destreich (Pseudonym) 4000 M.

Juli.

4. Ultramontane Grabhänder: Zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu dreieinhalb Monaten werden in Mainz 15 Personen verurteilt, die den freireligiösen Prediger Herrn von Zucco in Gaubidelsheim während einer Grabrede mit Erbschollen betrafen, geschlagen und beschimpft hatten. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Menge vom katholischen Pfarrer gegen den freireligiösen Konkurrenten aufgehetzt worden war.

August.

4. Der „Vorwärts“ stellt durch statistische Nachweisung fest bei den Stichwahlen, daß von den Freisinnigen beider Richtungen 25 Reichstags-Wahlkreise an die Reaktion ausgeliefert worden sind.

Wozu man Geld hat und wozu man keines hat.

Juni.

20. Von der deutsch-amerikanischen Flottenrevue in Kiel erzählt ein amerikanischer Stimmungsbericht, es sei dabei an Salutschüssen mehr Pulver verschossen worden, als im ganzen Kriege gegen Spanien.

Juli.

19. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die preussische Staatsverwaltung angeht die neuesten Hochwasserkatastrophen wie bei ähnlichen Vorfällen auch diesmal wieder vollkommen versagt hat.

21. In der „Berliner Korrespondenz“ läßt der von einer Inspektionsreise aus dem schlesischen Hochwassergebiet zurückgekehrte Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, schreiben, daß die Privatwohlthätigkeit für alles, auch die Desinfektionskosten (!) aufkommen werde. (Später stellt sich heraus, daß der Schaden 83 1/2 Millionen beträgt, während durch Privatsammlungen nur 300 000 M. aufgebracht werden.)

25. Unter dem Eindruck der heftigen Kritik, die die Haltung der Regierung zur schlesischen Hochwasser-Katastrophe seit der Stellungnahme des „Vorwärts“ in weiten Kreisen gefunden hat, beschließt ein eilig zusammenberufenes preussischer Ministerrat, für Schlesien einen Kredit von 10 Millionen Mark flüssig zu machen. (Dabei sind bis Ende September aber nur etwa 1 1/2 Millionen Mark verausgabt!) Inzwischen ist in mehreren schlesischen Kreisen der Typhus ausgebrochen.

28. Die „Posener Nachrichten“ machen Aufsehen erregende Enthüllungen über die Verwendung des antipolitischen Anstaltungsfonds, der bekanntlich aus Staatsmitteln gespeist wird. Deutschen Grundbesitzern in Posen sind ihre Güter zu abenteuerlich hohen Preisen abgelaufen worden. Die halatistische Landbank (unter Leitung des freikonservativen Abg. Tiedemann) hat dabei glänzende Geschäfte gemacht. Ferner zählen zu den Gläubigern der Prinz Birn von Kurland, der Herzog von Sachsen-Altenburg, ein Amtsrat von der frühere Oberpräsident von Posen, Freiherr v. B i l a m o w i t z - Wöllendorf.

August.

11. Zur Erwerbung eines englischen Deahengstes für Trakehnen, dem Ort der Schulpaläste und Marmorhallen, werden 420 000 M. aufgewendet.

September.

1. Mit mehr als 80 Millionen Defizit schließt die Endrechnung des Reiches für das Rechnungsjahr 1902. Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, so weit sie dem Reiche verbleiben, 21 988 127,74 M. weniger aufgenommen. Da die Mehrausgaben 8 734 393,90 M. betragen, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 30 722 521,64 M.

Gerichtliches.

Juni.

21. Dienstmädchen und Baronesse. In Nürnberg wird ein für geistlich schwach erklärtes Dienstmädchen wegen Totschlag an ihrem Kinde zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurz zuvor ist eine wegen Kindesmordes angeklagte Baronesse, die ihre That mit kaltblütiger Ueberlegung begangen hatte, wegen Geisteskrankheit freigesprochen worden.

22. Wegen Stöder-Beleidigung wird Genosse Koske in Nürnberg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof nimmt an, daß Stöder als Zeuge im Ewald-Prozeß (1884) zwar etwas objektiv Unwahres gesagt habe, daß aber ein wissenschaftlicher oder fahrlässiger Meineid nicht erwiesen sei.

23. Im Gefängnis zu Weutchen, in dem er seit 15 Monaten schmachtet, erkrankt Genosse Morawski lebensgefährlich.

24. Wegen Meineids resp. Verleumdung dazu, haben sich vor dem Schwurgericht in Freiberg die Arbeiter Graupner und Gläser zu verantworten. Gläser sollte beim Verlassen des socialdemokratischen Parteiloales um 1 Uhr nachts auf der Straße gepöbelt und gefangen haben und war deshalb über Auslagen von Polizisten, die das Lokal aus einem Versteck heraus bewachten, zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er reklamierte und bestritt seine Schuld unter Berufung auf den Zeugen Graupner. Das Verfahren endigt mit Freisprechung, nachdem beide Angeklagte drei Monate in Untersuchungshaft zugebracht haben.

Juli.

2. Im Bromberger Landfriedensbruch-Prozeß werden acht Angeklagte zu insgesamt zwei Jahren Zuchthaus und viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

9. In Fortführung des Bromberger Landfriedensbruch-Prozesses werden über weitere 13 Personen 14 Jahre Zuchthaus und 17 Jahre Gefängnis verhängt.

16. Die socialdemokratischen Stadtverordneten in Halle, Krüger und Emmer, sind zu einem Monat Gefängnis bzw. zu 300 Mark verurteilt worden, weil sie die Polizeibeamten der Stadt Halle dadurch beleidigt haben sollen, daß sie in der Stadtverordneten-Sitzung bei Beratung des Polizei-Etats und bei der von ihnen an diesem geübten Besprechung behauptet hätten, Polizeibeamte hätten ihnen Mitteilungen und Versicherungen über widersprechende Dienstinstruktionen ihrer Vorgesetzten überbracht. Die jetzt vorliegende schriftliche Urteilsbegründung erklärt, daß die Stadtverordneten durch die Behauptung, Polizeibeamten hätten sich an sie gewendet, diese „verächtlich“ gemacht hätten.

21. Nach zweieinhalbmonatlicher Verhandlung gegen die „Hof-Bankiers der Kaiserin“, die verfrachten Pommerenbank-Direktoren Schulz und Korneid, wird der Prozeß vom Berliner Landgericht verlagert, weil sich der Gerichtshof über die Sachlage noch nicht klar geworden ist. Die Angeklagten werden aus der Haft entlassen.

29. Im Weutchen-Gefängnis stirbt der bei den Wahlkrawallen verwundete und verhaftete Arbeiter Lwowski.

August.

3. Genosse Däumig in Halle war, weil er ohne tendenziöse Absicht, durch einen sonst zuverlässigen Berichterstatter irreführend, im „Volkswort“ eine falsche Nachricht über eine angeblich erfolgte Defraudation gebracht hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Nach durchgeführter Wiederaufnahme des Verfahrens wird er nur zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

18. Weil er in seinem Gefängnis zu Hannover kneipte und „Damen“-Besuch empfing, soll der Mörderprinz Arenberg in ein andres Gefängnis übergeführt werden.

20. Wegen Erpressung werden fünf Arbeiter der Firma Schrader u. Cie. bei Kreisfeld zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatten namens der Arbeiterschaft der Firma die Sperre der Arbeitskräfte angelegt, wenn diese den Arbeitern die ihnen gehörigen Ersparnisse nicht herauszahle.

September.

1. Der Bankstrolcher Kommerzienrat Hahn in Dresden wird gegen Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen.

17. Wegen des Laurahütter Wahlkrawalls werden über vierzig Angeklagte 43 Jahre Gefängnis verhängt. 11. a. erhält ein 12jähriger Knabe zwei Monate. Die meisten sind beschuldigt, mit Steinen geworfen zu haben.

22. Ein Disziplinarverfahren gegen Gefängnisausseher in Hannover bestätigt, daß der Prinz-Mörder Arenberg im dortigen Gefängnis als „Durchlaucht“ angerebet worden ist und daß ihm alle möglichen Vergünstigungen gewährt worden sind.

23. Vom Schöffengericht zu Friedberg in Hessen werden Arbeitervereins-Patrioten, die einen ähnlichen Wahlerfolg wie den von Laurahütte begangen hatten, abgeurteilt. 9 Angeklagte werden zu 810 M. Geldstrafe verurteilt.

24. Wegen fortwährender Nachahmung der Abendmahlszeremonie werden 13 junge Leute, darunter zwei sechzehnjährige, in Halberstadt zu Strafen bis zu neun Monaten verurteilt.

Gendarmen und Polizisten.

Juni.

20. Ein mehrmals disciplinarisch vorbestrafter Schuhmann in Posen wird wegen grundloser Beschimpfung, Bedrohung und Mißhandlung ruhiger Passanten zu drei Monaten Gefängnis und 40 M. Geldstrafe verurteilt.

In Berlin fährt die Polizei bei verschiedenen Anlässen hartnäckigen Krieg gegen das Recht des Streikpostenfesens. Ein vom Platz gewiesener Streikposten kehrt in Salonrod und Cylinder zurück und bleibt — unbehelligt.

August.

8. In Oshersleben wird der im April v. J. suspendierte Polizeikommissar Hänisch wieder in sein Amt eingesetzt. Es war beiderseits worden, daß er einen Untergebenen beauftragt hatte, einen Gefangenen zu prügeln, daß er einen Untergebenen zum Alibi-diebstahl verleitet habe, daß er einen andern zur Einreichung eines falschen Zeugnisses veranlaßt und dieses Zeugnis beglaubigt habe. Er hatte ferner nach den Zeugnisaussagen seine Untergebenen beauftragt, sie sollten gewisse oppositionelle Stadtverordnete „feste kneten“, daß sie am Leben verzagen.

September.

1. Eine Anzeige gegen den Gendarm Krüger, der in Seehof bei Berlin eine Versammlung widerrechtlich aufgelöst, den Einberufer beschimpft und von der Tribüne gerissen und mit dem Revolver bedroht und in die dagegen protestierende Versammlung gezielt hat, wird abschlägig beschieden.

3. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Fall, in dem der Polizist Refag in Berlin eine Frau angeklippt hat, in Konsumvereinen, denen sie nicht angehörte, Waren zu verlangen, um eine strafbare Handlung der Vereinsbeamten zu provozieren. Eine Strafanzeige gegen den Schuhmann wegen Verleitung zu strafbaren Handlungen bleibt erfolglos. Ähnliche Fälle sind wiederholt vorgekommen.

24. Bei dem Begräbnis des in Dresden jäh verstorbenen Genossen Weiling in Berlin stürzt sich ein Polizeileutnant mit seinen Leuten auf die Kranzträger, um ihnen die staatsgefährlichen roten Schleifen zu entreißen.

Aus Meer und flotte.

Juni.

26. Das Kriegsgericht der 16. Division zu Trier verurteilt einen Musketier, der im Rausche einen Unteroffizier angegriffen und an der Hand verletzt hat zu 6 Jahren 2 Monaten Gefängnis.

27. Dasselbe Kriegsgericht verurteilt einen Unteroffizier, der einen Soldaten mit der Faust und mit dem Seitengewehr mißhandelt hat, zu 10 Tagen Mittelarrest.

Juli.

6. Der Fähnrich zur See Häffener, der in Offen einen angetrunkenen Soldaten von rückwärts mit dem Dolche erschlug, wird vom Ober-Kriegsgericht zu Kiel zu zwei Jahren und sieben Tagen Festungshaft verurteilt. In der Begründung wird gesagt, Häffener wäre zum Gebrauch der Waffe gegenüber dem stehenden Betrunkenen berechtigt gewesen.

8. Wegen nächtlichen Ueberfalls auf einen Unteroffizier, den er mißhandelte, wird vom Nürnberger Kriegsgericht der Soldat Wieland zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

12. Excedierende Offiziere vom 16. Ulanen-Regiment in Salzwedel, die einen Reisenden, der sich über die nächtliche Ruhestörung beschwert, mit dem „Kaltmachen“ bedrohten, legen die Sache durch Zahlung von 500 M. an die Armenkasse bei.

13. Wegen Verleitung zu Mißhandlungen wird der Hauptmann Henning vom 85. Feldartillerie-Regiment in Krensleben zu sieben Monaten Festungshaft verurteilt. Von seinen zahlreichen Opfern ist eines irrsinnig geworden, das andre leidet an chronischer Blinddarmentzündung. Zwei Kanoniere, die als Zeugen aus Furcht ausagten, sie hätten von den Mißhandlungen nichts gemerkt, werden wegen Meineids zu je einem Jahr Gefängnis, zu Ehrverlust und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

20. In Kaden werden der Unteroffizier Wiese und der Sergeant Kröplin, die einen Soldaten durch Mißhandlungen in den Tod getrieben haben, zu zwei Monaten Gefängnis resp. sechs Tagen Mittelarrest verurteilt.

27. Der Lieutenant v. Schrader vom Infanterie-Regiment Nr. 27 in Halberstadt wird wegen Mißhandlung Untergebenen in mehreren Fällen, wodurch das Leben derselben gefährdet war, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu zwei Monaten drei Tagen Festung wegen Nichtbeachtung der Vorschriften verurteilt.

Der Unteroffizier Karl Weich von demselben Regiment wird wegen Mißhandlung in 18 Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

30. In Reg wird der Unteroffizier Dunkel wegen Mißhandlungen zum Teile furchtbarer Art in 576 Fällen angeklagt und nach gerichtlicher Feststellung von 306 Fällen, durch die unter andern ein Soldat zum Selbstmord getrieben worden ist, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. Der Lieutenant Stahl, von dem das Gericht annimmt, daß ihm das Verhalten Dunkels nicht unbekannt geblieben sein könnte, kommt mit einer Woche Stubenarrest davon.

August.

4. Wegen wiederholter brutaler Soldatenschänderei erhält ein Unteroffizier des Infanterie-Regiments Nr. 69 in Trier 6 Monate Gefängnis.

13. Wegen vorschriftswidriger Behandlung und großer Beschimpfung Untergebenen in 80 Fällen und Mißhandlung unter Mißbrauch der Dienstwaffe in 2 Fällen wird der Lieutenant Freiherr v. G o d i n vom Infanterie-Leibregiment in München zu 25 Tagen Stubenarrest verurteilt.

14. Bei einem Marsch in glühender Hitze erkrankten nächst Stuttgart 30—40 Mann der 51. Infanterie-Brigade. Bei 7 Mann wird ein stärkerer Grad von Diphtherie festgestellt.

14. Wegen Mißhandlung in 1800 Fällen, die u. a. einen Soldaten zum Selbstmord getrieben, wird der Unteroffizier Breidenbach vom 4. Garde-Regiment zu Fuß zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

16. Wegen Mißhandlung von Untergebenen in 8 Fällen wird Lieutenant v. T r o t h a vom Feld-Artillerie-Regiment Nr. 69 in Posen zu 14 Tagen Stubenarrest verurteilt. Er ist wegen des gleichen Delikts bereits viermal vorbestraft.

Das Kriegsgericht der 27. Division in Ulm verurteilt den Lieutenant Karl Naumann von der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 180 wegen Anstiftung eines Untergebenen zur Mißhandlung, Mißhandlung von Untergebenen mit vorschriftswidriger Behandlung in zwei Fällen, eines weiteren fortgesetzten Vergehens der vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen und sieben Vergehens der Beleidigung zu sechs Wochen Stubenarrest.

Eine lange Reihe von Soldatenmißhandlungen wird einem Unteroffizier von der 9. Compagnie des 9. Infanterie-Regiments vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier nachgewiesen. Einen

Musketier, der inzwischen gestorben ist, hat er in mindestens zwanzig Fällen mißhandelt. Das Gericht erkennt wegen fortgesetzter Mißhandlung von Untergebenen auf die Strafe von vier Monaten vierzehn Tagen Gefängnis.

31. Die „Leipziger Volkszeitung“ enthüllt eine scheußliche Soldatenmißhandlung. Es handelt sich um den Musikleiter **Abel** vom 98. Infanterie-Regiment in Reg., der infolge von Mißhandlungen durch den Lieutenant Schilling geisteskrank geworden ist.

September.

1. Ueber Soldaten einer ostpreussischen Garnison, die den zweihundertsten Tag vor ihrer Entlassung gefeiert und dabei im Rausche einen Unteroffizier verprügelt haben, werden Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren verhängt.

5. Der Berichterstatter des „Vorwärts“, Genosse **Rehbein**, wird in Zeugnishaft genommen, weil er eine an ihn gelangte Beschwerde über Soldatenmißhandlungen, dem wiederholten Rate des Kriegsministers folgend, der Militärbehörde mitgeteilt hat, den Einsender aber nicht verraten will. Der Vorfall wird auch in der bürgerlichen Presse allgemein verurteilt.

9. Mäander bei Halle mit großer Kavallerie-Attaden. Die Artillerie schießt nicht.

10. Wegen jahrelang fortgesetzter Soldatenschiinderei erhält der Artillerie-Unteroffizier **Schott** von der 15. Division ein Jahr sechs Tage Gefängnis.

19. Der Unteroffizier **Breidenbach** von der 11. Compagnie des 4. Garde-Regiments z. F. wird in erneuter Verhandlung vom Oberkriegsgericht wegen 1500 nachgewiesener Mißhandlungen, darunter 300 schwerer, zu acht Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt.

21. Der Unteroffizier **Gung** vom Garde-Regiment Nr. 123, der durch Mißhandlungen den Tod eines Gefreiten verschuldet hat, wird in Ulm zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

26. In Heidelberg werden vier Soldaten, die im Lebermit einem Unteroffizier verprügelt haben, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis — einer zu zwölf Jahren Gefängnis — verurteilt.

27. Ein arretierter Musikfetter, der bei dem Versuche, zu entfliehen, einem Unteroffizier einen Tritt verjagt hat, wird in Kiel zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

29. Nach einer Zusammenstellung des „Vorwärts“ sind seit Ende Juni 80 Soldatenschiinder zu insgesamt 27 Jahren 1 Monat 10 Tagen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Seit Januar sind 150 Soldatenschiinder mit 50 Jahren 9 Monaten 29 Tagen Freiheitsstrafe bestraft worden.

Wilhelm II.

Juli.

28. Herr **Sanderhill**, der amerikanische Milliardär, wird in Danzig auf Befehl des Kaisers von Civil- und Militärbehörden wie ein ausländisches Staatsoberhaupt gefeiert.

August.

29. Wilhelm II. hält in Kassel eine Rede, in der er sagt: Keiner seiner einstigen Lehrer hätte sich darüber klar sein können, welche ungeheure Arbeitslast und welche niederdrückende Verantwortlichkeit demjenigen aufgebürdet ist, der für 68 Millionen Deutsche verantwortlich ist.

September.

3. In Reg. bricht eine furchtbare Wassernot aus, weil auf Befehl des Kaisers die Doulionquelle wegen angeblicher Typhusgefahr gesperrt wird. In einem Telegramm an den Statthalter bezeichnet der Kaiser die Zustände als „himmelschreiend und empörend“. Dagegen erklärt die Weher Stadtverwaltung, daß die Typhusgefahr nicht besteht. Die Aufregung in Reg. ist groß.

Nach dem Parteitage.

Die Liegnitzer Genossen verhandelten am Sonntag über den Parteitag und legten ihre Meinung in dieser Resolution nieder: „Die Versammlung erklärt sich mit dem sachlichen Ergebnis des Parteitages, insbesondere mit der Resolution **Wedel-Singer-Kautsky** einverstanden. Sie bedauert aber, daß die Zeit des Parteitages in so breiter und widerlicher Form mit Personalien ausgefüllt werden mußte.“

Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er Mittel und Wege findet, ähnliche persönliche Debatten in Zukunft zu verhindern. Die Aenderung des Organisationsstatuts, über welche der Parteivorstand dem nächsten Parteitage eine Vorlage zu machen hat, soll in dieser Richtung vorbeugende Bestimmungen enthalten und zwar in der Form, daß:

1. neue Reichstags-Kandidaten erst dann nominiert werden dürfen, wenn die Parteigenossen des betreffenden Kreises sich mit dem Parteivorstande in Verbindung gesetzt haben und dieser gegen die Nominierung keine Einwendung macht;

2. Anschuldigungen wegen ehroser Handlungen gegen einzelne Parteigenossen erst dann das Plenum des Parteitages beschäftigen dürfen, wenn der Instanzenweg erschöpft ist und über die Anschuldigungen auf dem Parteitage in einer Kommission verhandelt ist.

Die Versammlung wünscht, daß der Punkt „Anträge zum Programm, zur Organisation“ und „Sonstige Anträge“ in Zukunft nach dem Verichte des Vorstandes und der Kontrollreue als 3. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, damit der unwürdigen Abschlagung dieser Anträge ein Ende gemacht wird.“

Eine öffentliche Parteiversammlung in **Schwelm** (Wahlkreis Hagen-Schwelm) beschloß:

Die heutige Parteiversammlung der Schwelmer Genossen erklärt sich mit den aus dem Dresdener Parteitage gefassten Beschlüssen, besonders mit der Resolution **Wedel-Singer-Kautsky** einverstanden und verurteilt die Ansichten der sogenannten Revisionisten als den Interessen der sozialdemokratischen Wählerschaft zuwiderlaufend.

Die Versammlung ist, obwohl die Debatten auf dem Parteitage nicht gerade einen erhabenden Eindruck machten, doch der Meinung, daß die Auseinandersetzungen unbedingt nötig waren, und erklärt, daß die Schuld daran auf die zurückfällt, die durch ihre unparteienspezifischen Verhalten diese Auseinandersetzungen nötig machten.

Weiter erklärt die Versammlung, daß nach dem Auftreten des Genossen **Timm** auf dem Parteitag in Dresden eine Kandidatur des Genossen **Timm** im Wahlkreis Hagen-Schwelm unmöglich geworden ist. Sie fordert deshalb die maßgebenden Instanzen des Wahlkreises auf, unverzüglich geeignete Schritte zur Aufstellung eines andren Kandidaten zu unternehmen.“

Ueber die Kreiskonferenz des ersten sächsischen Kreises (**Zittau**) erhalten wir den nachstehenden offiziellen Bericht: Nachdem der Delegierte **Kirsche** seinen Bericht gegeben, legte der Abgeordnete des Kreises, **Edm. Fischer**, seine Anschauungen dar. Er sagte, sowie er vor 8 Jahren in den 1. Kreis gekommen sei, hätte er bis auf den heutigen Tag stets sein Bestes zu geben versucht. Immer hätte er Schuler an Schuler mit den Genossen gekämpft, um den Kreis zu erobern, als guter Sozialdemokrat, der auf dem Boden des Parteiprogramms stehe. Zum Revisionismus übergehend, meinte **Kedner**, daß er allerdings als Revisionist verfaßten sei; das ginge aber heute in der Partei jedem so, der über diesen oder jenen Punkt anderer Meinung sei. In seinen Forderungen, die er an den Gegenwartsstaat stelle, sei er radikal wie irgend einer. Freilich, wer glaubt, daß es möglich sei, den sozialistischen Zukunftsstaat von heute auf morgen einzuführen, und daß, wer diese Meinung nicht teile, als Revisionist gelte, dann sei er allerdings Revisionist. Das Endziel, der sozialistische Zukunftsstaat, könne doch die Folge eines

Aus der Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Juni.

23. Wegen Majestätsbeleidigung wird Genosse **Kadloff**, Redakteur der „Posener Volkszeitung“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. **Kadloff** wird sofort in Haft genommen, obwohl er erst seit wenigen Tagen nach erfolgter schwerer Operation aus dem Krankenhause, nicht aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden ist.

Juli.

4. **Zolstoj's** Schrift „Du sollst nicht töten“ wird in Leipzig wegen Majestätsbeleidigung konfiszirt.

6. Die Arbeiterfrau **Adam** in Halle wird von einer befreundeten Familie, mit der sie sich gezannt hat, wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Sie bekommt zwei Monate, verhandelt sich aber, indem sie wiederum ihrerseits den Anzeiger wegen des gleichen Deliktes anzeigt.

12. Es wird ein Schriftwechsel bekannt, der Ende Juni zwischen dem Verlage der „Dresdener Rundschau“ und dem sächsischen Justizministerium stattgefunden hat. Ein Gnadengesuch an den König in Sachen des majestätsbeleidigenden Redakteurs wird darin im Auftrage des Königs abschlägig beschieden.

August.

12. Die in russischer Sprache erschienene Schrift „Du sollst nicht töten!“, in der sich **Zolstoj** gegen die Wilhelmshabener Rede **Wilhelm II.** wendet, wird in Leipzig wirklich wegen Majestätsbeleidigung zur „Unbrauchbarmachung“ verurteilt.

18. Wegen einer Majestätsbeleidigung, deren er sich in einer Eingabe an den Kaiser schuldig gemacht haben soll, wird der Arbeiter **Kamp** in Düsseldorf zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

18. Wegen Majestätsbeleidigung wird Genosse **Rischke** von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

21. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch die „Entwürfe“ über die Kaiserinsel“ wird der Genosse **Leid** vom „Vorwärts“ in Untersuchungshaft genommen.

21. Der Schauspieler **v. Fielig** wird wegen einer im Auslande (Holland) begangenen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

28. Ein Antrag auf Haftentlassung des Genossen **Leid** wird wegen Fluchtverdachts abgelehnt.

September.

2. Der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse **Rüttch** in Leipzig, und der verantwortliche Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse **Hellmann** in Altenburg, werden wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.

4. Wegen der angeblich majestätsbeleidigenden Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ ist nun auch Genosse **Schöpflin**, Redakteur der „Volkszeitung für das Rudenthal“, in Haft genommen worden.

8. Die Frankfurter „Volksstimme“ veröffentlicht einen Erlaß des preussischen Justizministers, der zu einer verschärften Praxis der Majestätsbeleidigungs-Prozesse auffordert. Nach andren Plättern geht die Anregung von einer Reichsstelle aus.

11. Die Nachricht der Frankfurter „Volksstimme“ wird offiziell dementiert.

16. Wegen Majestätsbeleidigung konfiszirt wird die „Augsburger Volkszeitung“. Der inkriminierte Artikel, ein Bericht der Königs-treuen **lo-Korrespondenz**, behandelt die Verhandlung gegen den Stenographen **Vogel** wegen Majestätsbeleidigung, welcher von dem Landesgericht in Hof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

25. Der Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den „Vorwärts“ wegen der Kaiserinsel-Affaire und der damit zusammenhängende Beleidigungsprozess des Oberhofmeisters **v. Trotha** gegen den „Vorwärts“ werden vertagt.

langsamem und zähen Kampfes sein, und dieses Ziel liege noch sehr weit vor uns.

Zu der Mehringfrage äußerte der Redner, daß er vollständig frei und unbeeinträchtigt in der Sache vorgegangen und seinen bekannten Artikel im „Armen Teufel“ geschrieben habe. Zu dem ihm gemachten Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung im „Armen Teufel“ über den Parteitag erklärte er, wenn er gewußt hätte, daß es bei einem Teil der Genossen Unwillen erregen würde, er es unterlassen haben würde. Er habe durch die Wiedergabe der Reden lediglich seinen Angriff auf Mehring vor den Genossen rechtfertigen wollen.

Zu der Angelegenheit waren zwei Resolutionen eingegangen. Die eine von **Schubert-Zittau** lautete:

„Die heute, Sonntag, den 11. Oktober, im Kaisersaal zu **Obersdorf** tagende öffentliche Kreiskonferenz des ersten sächsischen Wahlkreises erklärt sich mit dem Verlauf des Parteitages zu Dresden und den gefassten Beschlüssen einverstanden; sie wünscht aber, daß auf allen künftigen Parteitag die teilweise gereizte persönliche Ton, wie er in Dresden zu Tage getreten ist, unterbleiben möchte.“

Sie nimmt mit Genugthuung Kenntnis davon, daß ebenso wie der Delegierte auch der Abgeordnete unseres Kreises für die, die revisionistischen Bestrebungen abweichende Resolution gestimmt hat, wodurch der Parteibewegung insgesamt und auch der Bewegung in den einzelnen Kreisen eine feste Richtschnur gegeben ist; denn nur auf dieser Grundlage ist ein weiteres erprobliches Emporblühen der Gesamtpartei möglich.

Die Kreiskonferenz erklärt, daß sie sich mit dem bekannten, hauptsächlich gegen Genossen **Fischer** im „Volksfreund“ veröffentlichten Artikel nicht identifizieren kann, da derselbe lediglich die persönliche Meinung des Verfassers, aber nicht die Meinung aller Genossen des Kreises ausdrückt.“

Die im Auftrage der Genossen von **Seiffenröderdorf** von **Robert Fischer** eingebrachte Resolution lautete:

„Die heute im Kaisersaal zu **Obersdorf** tagende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den ersten sächsischen Wahlkreis, in welcher fast alle Zahlstellen aus dem Kreise vertreten sind, verurteilt das Vorgehen der Zittauer Zahlstelle und den Artikel des Genossen **Blümel** gegen den Abgeordneten **Edm. Fischer**, ohne daß erst die Genossen des Kreises gehört wurden, ganz energisch. Vor allen Dingen ist der Artikel des Genossen **Blümel** geeignet, unter den Genossen im ersten Kreise Streit und Verwirrung zu verursachen, da derselbe Unwahrheiten enthält.“

Die Versammlung erklärt sich, abgesehen von einigen Artikeln im „Armen Teufel“ mit dem Abgeordneten **Edm. Fischer** einverstanden und spricht ihm ihr volles Vertrauen aus.

Die heutige Versammlung erklärt zugleich, daß die Angelegenheit mit dieser Aussprache erledigt ist.“

In der Debatte sprach zunächst **Doffow**, welcher den Standpunkt der Zittauer Genossen verteidigte. Nach diesem sprach **Schubert** zu seiner Resolution. Er erklärte es für wünschenswert, einen derartigen Ausgang der Sache zu finden, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe. Die Resolution der Seiffenröderdorfer bitte er abzulehnen; dieselbe sei geeignet, einen häßlichen Gegensatz zwischen den Genossen von Zittau und denen vom Lande zu schaffen. Unter lebhafter Zustimmung der ganzen Versammlung erklärte **Schubert**, daß wohl im Saale nicht ein einziger Genosse wäre, der dem Genossen **Edmund Fischer** nicht auch fernerhin sein Vertrauen schenken würde; er halte es für geradezu überflüssig, dieses in der Resolution besonders zu betonen. In der weiteren Debatte sprachen noch **Burholdt**, welcher gegen **Fischer** polemisierte; auch die Vertreter fast aller Zahlstellen sprachen aus, daß es mit der heutigen Aussprache genug sei.

Die Resolution **Schubert** wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Resolution **Seiffenröderdorfer** mit 27 gegen 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Im sozialdemokratischen Verein des ersten hamburgischen Wahlkreises wurden die Verhandlungen in einer dritten Ver-

Soziale Streiflichter.

Juni.

20. In Potsdam wird einem Landbriefträger, der nach 18jähriger Dienstzeit 80 M. Monatsgehalt bezog, dessen Frau und Kind schwer erkrankt waren, die Unterstüfung verweigert. Wegen Unterschlagung von 1,50 M. wird er zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

24. In Festung begnadigt wird in Dortmund ein Fabrikbesitzer, der auf der Jagd aus Fahrlässigkeit einen Arbeiter erschossen hat.

Juli.

4. In der Zimmerstraße zu Berlin bricht ein Mann betäublos zusammen. Gegen sonstige Geflogenheit wird festgestellt, daß die Krankheit des Mannes Hunger sei. Er war auf der Suche nach Arbeit.

8. Ein halb verhungertes Weib mit vier Kindern, darunter einem schwerkranken, wird nachts in Berlin W., dem reichsten Stadtteil, auf der Straße aufgefunden. Es handelt sich um die Familie eines arbeitslosen Maurers, die wegen Mietsrückstandes ermittelt wurde und keine Unterkunft finden konnte.

20. Der in Stettin zu drei Monaten Gefängnis verurteilte Steinwegmeister **Schulz**, durch dessen vorwärtswidriges Verhalten ein Arbeiter ums Leben kam, wird zu Festung begnadigt.

20. In der „Zeit“ erzählt Herr **Damaßke**: Der Marinefiskus besaß in Wilhelmshaven einen verläßlichen Garten mit mehreren Gebäuden, den er vor längerer Zeit an den Domänenfiskus abtrat. Dieser verkaufte vor etwa drei Jahren das Gelände an drei Spekulanten für 68 000 M. Kürzlich stellte sich nun heraus, daß der Marinefiskus behufs Erweiterung der Hafenanlagen das Grundstück doch gebraucht. Die jetzigen Besitzer ließen sich dem auch nach langen und schweren Verhandlungen bewegen, das Grundstück für „nur“ 231 000 M. wieder an den Fiskus zu verkaufen. Die drei Herren aber hatten bei diesem Geschäft 163 000 M. „verdient“.

26. Auf dem Augsburger Platz in Berlin wird ein sterbender Arbeiter gefunden. Er hatte sich wegen Hungers vergiftet.

August.

8. Das Unsißgreifen der Sturmkrankheit (50 000 Fälle), die elende Entlohnung bei märchenhaften Kapitalgewinnen ruft unter den Vergarbeitern des Ruhrreviers eine lebhafte Bewegung hervor. Das Aktienkapital der Gesellschaften beträgt 213 Millionen Mark, die Dividende der letzten fünf Jahre 131 Millionen Mark, Reservefonds 71 Millionen Mark, Abschreibungen 103 Millionen Mark.

8. In Crimmitschau werden infolge der Jehnsundtag-Bewegung 7000—8000 Textilarbeiter ausgeperrt.

September.

3. Furchtbare Wohnungsverhältnisse in Berlin enthält eine Untersuchung der Orts-Krankenliste für den Gewerbebetrieb der Kaufleute um. 16 Prozent der männlichen und 20 Prozent der weiblichen Patienten besaßen nicht einmal ein Bett zur alleinigen Verfügung.

11. Unmensliche Mißhandlungen werden den Aufsehern der der Arbeitsanstalt Saalhausen (Königreich Sachsen) in gerichtlicher Verhandlung nachgewiesen. U. a. hat ein Korrektonär eine Majestätsbeleidigung begangen, um sich aus der Korrektonenanstalt ins — Gefängnis zu retten. Ueber die Aufseher werden Strafen bis zu zwei Jahren verhängt.

12. Aus dem Reiche des Amtsvorstehers **v. Abenarius** im Königsberger Landkreise weiß der „Vorwärts“ zu erzählen: „Im Frühjahr hat er noch neun polnische Saisonarbeiter herangezogen. Die sämtliche neun Polen wohnen in einer Justmannswohnung, bestehend aus Stube und Kammer. Es sind dort zusammengepfercht ein Ehepaar, eine verheiratete Frau ohne Mann, ein verheirateter Mann ohne Frau, drei unehelichere junge Männer und zwei Mädchen. Diese Personen schlafen alle zusammen in einer etwa acht Quadratmeter großen Kammer.“

sammlung durch Annahme der folgenden Resolution zum Abschluß gebracht:

„Die Mitgliederversammlung des ersten hampurger Wahlkreises erklärt sich mit den vom Parteitag in Dresden gefassten Beschlüssen durchweg einverstanden. Vor allem begrüßt sie es, daß der Parteitag scharf die Bestrebungen der Revisionisten zurückgewiesen und demgegenüber so entschieden und unzweideutig den revolutionären Klassencharakter der Sozialdemokratie betont hat. Desgleichen stimmt die Versammlung erneut dem Beschlusse betreffend die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern zu.“

In **Eilbe** (Hamburg III) wurde beschlossen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Insbesondere hofft sie, daß nach den an sich nicht sehr erfreulichen Debatten es erreicht sein wird, daß die nächsten Parteitage es nicht nötig haben werden, sich mit den Quertreibereien einzelner Genossen tagelang zu beschäftigen, sondern daß die kostbare Zeit unserer Parteitage dazu benutzt werden kann, neue Waffen zu schmieden, um auf der Basis der alten bewährten Taktik einmütig zu weiteren Siegen schreiten zu können.“

In der **Dresslauer „Volkswacht“** veröffentlicht **Bernstein** in eine Ansprache „an die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins **Dresslau**“. Unter Hinweis auf die in **Dresslau** gefassten Beschlüsse, die die Ansichten der sogenannten Revisionisten“ verurteilen, aber auch aussprechen, daß kein Grund vorliege, Bernstein das Vertrauen zu entziehen, nachdem er erklärt habe, die Parteitagbeschlüsse als Gesetz anzuerkennen, legt **Bernstein** auseinander, daß durch diese Resolution zwischen ihm und den Angesprochenen eine zweideutige Situation geschaffen sei, da die Dresdener Resolution 130 auch Sätze aufstelle, die er nicht unterschreiben könne. Er schlägt deshalb vor, daß er bei seiner nächsten Anwesenheit in **Dresslau** einen Vortrag darüber halten wolle, warum und wie er Revisionist sei. Daraus werde sich dann ergeben, ob solche tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie sie aus der **Dresslauer** Resolution folgert werden könnten.

Im Wahlverein in **Luckenwalde** berichtete der Delegierte **Dr. Rothe** über den Parteitag. Er vertrat die Ansicht, daß in dem Angriff **Dr. Braun** auf Mehring dieser nicht nur persönlich, sondern auch die radikale Richtung getroffen werden sollte. **Wedels** Ausführungen auf dem Parteitage seien ganz am Platze gewesen. Sämtliche Diskussionsredner stimmten ihm zu. Die **Brandenburger Zeitung** wurde wegen ihrer Haltung in Parteifragen scharf angegriffen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Wahlvereins-Versammlung erklärt sich mit der Stellung ihres Delegierten Genosse **Dr. Rothe** einverstanden; die Versammlung verwirft auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und stellt sich auch fernerhin auf den Boden des Klassenkampfes; die Versammlung spricht ihre volle Sympathie dem Genossen **August Wedel** für sein Auftreten auf dem Dresdener Parteitage aus; die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den Artikel des Genossen **Peus** in der „Brandenburger Zeitung“, überschrieben: **Nach Dresden**.“

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen von Köpenick und Umgegend! Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof, Grünstraße, Inhaber **Henschel**: Große öffentliche Frauenversammlung. Tagesordnung: Vortrag der Frau **Dr. Hoffmann** über den Zweck des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Frauen und Mädchen, thut Euere Pflicht, besucht recht zahlreich die Versammlung und werdet Mitglieder des neu zu gründenden Vereins. Männer als Gäste sind herzlich willkommen.

Die belgischen Arbeiterinnen rüsten sich zum Kampfe gegen die infolge des Streites mit den Kongregationen aus Frankreich vertriebenen Nonnen. Die heiligen Schwestern nämlich siedeln

Freie Volksbühne.

Die Kunst- und Vortragsabende

beginnen am Sonntag, den 18. Oktober 1903, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Singakademie im Kastanienwäldchen, Am Festungsgraben 2.

Programm des ersten Abends:

Ludwig van Beethoven.

Mitwirkende: Lucy Fömlisch (Alt), Armin Upmann (Pianoforte), Hermann Gerlach (Geige), Richard Callies (Cello), Richard Kursch (Begleitung), Dr. Alberty (Recitation).

Zweiter Kunstabend: Sonntag, den 25. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, in der Singakademie im Kastanienwäldchen:

Richard Dehmel.

Mitwirkende: Richard Dehmel (Hamburg), Georg Walter (Tenor), Konrad Ansoerge (Begleitung).

Billets a 25 Pf. sind in folgenden Zahlstellen vom Donnerstag ab zu haben: Norden: Ernst Beyer (Zahlstelle 1), Veteranenstr. 13. Osten: Vogel, Koppenstr. 83 (Zahlstelle 12), am Schlesischen Bahnhof. Südosten: Gottfried Schulz (Zahlstelle 20), am Kottbuser Thor. Süden: Paul Horsch (Zahlstelle 11), Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). Centrum: Löwenberg (Zahlstelle 29), Neue Schönhauserstrasse 18. Südwesten: Böttger (Zahlstelle 26), Zossenerstr. 20. Westen: Kumke (Zahlstelle 26), Bülowstr. 59. Nordwesten: J. Pfarr (Zahlstelle 28), Putlitstr. 10.

Socialdemokrat. Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend.

Donnerstag, 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Hoffäger-Palast“, Hasenheide 52/53:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Grunwald über: „Die Frauen und die preussischen Landtagswahlen“. 2. Diskussion. Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Central-Verband der Glaser

Zahlstelle Berlin.

Achtung, Glaser!

Heute Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen der Schlichtungskommission. 2. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Eichhorn aus Rixdorf. Dringend ersuchen wir die Banarbeiter, überall auf Bauten die Glaser auf diese Versammlung aufmerksam zu machen, da der Kürze der Zeit halber dieselbe nur hierdurch bekannt gegeben wird. Der Vorstand. J. M.: Jahn.

Wurm's MAGENDOCTOR

Ist das Beste für den Magen

Bur Probe! Beste Kaffeemesser der Welt!

empf. gegen Nachnahme od. nach. Kassa: Fritz Hammer, Focke, Solingen, Stahlwarenfabrik und Werkzeuge, Diamantstahl-Kaffeemesser N. 2., bestgl. Silberstahl N. 2., mit Eisel, Streichtischen mit Holz N. 1.30, Pinset u. Nagel 0.50, Gefäße 0.25, Scherzschere N. 2.50, Kompl. Kaffeegarantur in seinem Katalog mit über 3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren, Sagen, Wägen, Seber, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder franco, umsonst. Bitte zu verlangen. Für Wiederverkäufer beste Bedingungen. Nachdruck verboten.

Steppdecken

läuft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. B. Strohmayer, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Tafel-Honig

goldgelb, dunkel, Geschmack. 10 Pfund Email. Güter incl. 37, R. gar. Zurücknahme. Waagen, Honig-Berl. P. Napp, Zwirnemannstr. 56. Achtung! Keine! Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 14. November frei geworden. 20162. Neues Club-Haus, Kommandantenstraße 72.

Land

Woche 2 Pf. Abschlag, 840 am 300 Pf. Bor-ort. Nur minderb. Herronimy, Blumenstr. 79.

Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Wittwoch, den 14. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Eisermann, Hermannstraße Nr. 49.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Hirsch-Charlottenburg über: „Die Bedeutung des preussischen Landtages für die Arbeiterklasse“. 2. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, des Parteisekretärs und Bibliothekars. 3. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Lokal-Kommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 235/7

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 358. Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal 1):

Versammlung der Heizungsrohrlager und Helfer.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über: „Das Accordsystem“. 2. Verbands-Angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung. Kollegen! Da sich in der letzten Versammlung der Saal als zu klein erwiesen hatte, ist Vorkehrung getroffen, daß alle Kollegen an den Verhandlungen teilnehmen können. Agitiere jeder, daß auch der letzte Kollege in der Versammlung erscheint!

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Stock- u. Celluloidarbeiter.

Donnerstag, den 15. d. M., abends 8 Uhr bei Margarete, Brückenstr. 7: Kommissions-Sitzung.

Der Obmann.

Dietrichs Festsäle u. Garten

Dresdenerstr. 116.

Empfehle meine renovierten Säle, 75 und 200 Personen fassend, zu allen vorkommenden Festlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen etc. 5 Vereinszimmer mit Piano. — Restaurant mit Billard. Oskar Pusch.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.).

Donnerstag, den 15. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, in der Urania, Wrangelstr. 10:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. NB. In dieser Versammlung gelangen unter Nachzahlung von 10 Pf. die Parteitage-Protokolle zur Ausgabe. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Bogt, Ritterstraße 71-75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Einkaufs-Kommission. 2. Jahresbericht vom III. Quartal und Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Rechtschutz-Kommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 6. Vereins-Angelegenheiten. In zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. J. M.: Ferdinand Ewald.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 2:

Volks-Versammlung.

1. Die bevorstehende Landtagswahl. Referent: Stadterordneter Haake. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Centralverband der Töpfer

Freitag, den 16. Oktober, abends präc. 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Die Kollegen haben dafür zu sorgen, daß jeder von vertreten ist. Der Vorstand.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69 (Laden).

Soeben ist erschienen:

Dresdener Parteitage-Protokoll

448 S. stark — Preis 75 Pf., geb. 1 Mk.

Die Verhandlungen haben bei unsren Parteigenossen das lebhafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die „Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei.

Die stattgefundenen Verhandlungen des Parteitages in Dresden weisen auch das Interesse an die früheren Parteitage. Wir empfehlen daher:

Parteitage-Protokolle.

Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik. Nachstehend geben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor.

Halle.	1890. Neugestaltung; Programmrede Liebknecht; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. 91. — 50
Erfurt.	1891. Festlegung des Programms; Programm-entwürfe; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 91. — 50
Berlin.	1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen, Boykott, Kontrollmarkt. 91. — 50
Cöln.	1893. Genossenschaftsbewegung; Antifeminismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 91. — 40
Frankfurt.	1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Luxus, Ringe und Kartelle. 91. — 25
Breslau.	1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. 91. — 30, geb. 91. — 50
Gotha.	1896. Frauen-Agitation; Literatur-Debatte. 91. — 30
Hamburg.	1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Broch. 91. — 35, geb. 91. — 60
Stuttgart.	1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preussische Landtagswahlen; Zoll- und Handelspolitik. Broch. 91. — 35, geb. 91. — 60
Hannover.	1899. Bernstein-Debatte; Zusatzhandvorlage; Militärfrage. Broch. 91. — 50, geb. 91. — 75
Mainz.	1900. Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Broch. 91. — 50, geb. 91. — 75
Lübeck.	1901. Militarismus und Handelsverträge; Wohnungsfrage; Hamburger Accordsautoren; Bernstein-Debatte. Broch. 91. — 60, geb. 91. — 90
München.	1902. Bevorstehende Reichstagswahl; Arbeiterversicherung; Kommunalpolitik; Debatte über „Neue Zeit“. Broch. 91. — 60, geb. 91. — 90

Protokolle

Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris.	1889. Mit einem Wortwort von E. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Deere; Passier. 91. — 25
Zürich.	1893. Stellung der Partei im Kriegsjahre; Agrarfrage; Generalstreik. 91. — 50
London.	1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. 91. — 20
Paris.	1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. 91. — 20

Orts-Krankenkasse der Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin.

Montag, den 12. Oktober, verstarb unser Mitglied

Robert Michael

(Fabrikant von H. Becker & Co.) Die Beerdigung findet Donnerstags, den 16. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Strichhofes (Hermannstraße), aus statt. 277/4 J. U.: H. Werner.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Montag, den 19. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, im

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung der Delegierten.

Tages-Ordnung: Beratung und Beschlußfassung der Statuten nach der Kranken-Rolle vom 25. Mai 1903. Der Vorstand.

Der Schloffer

29922

Fritz Kartzke,

früher zu Wartenburg, ist Erbe seiner baselst verstorbenen Mutter Frau Karoline Balzer geb. Glodde dcm. gem. Kartzke geworden. Da sein Aufenthaltort nicht bekannt ist, wird um baldmöglichste Mitteilung deselben an den Untertzeichneten gebeten.

Wartenburg, den 12. Oktober 1903.

Diegner, Rechtsanwalt.

Anzüge nach Maß für Herren & Knaben

größte Auswahl in im u. ausländischen Stoffen für Jacketts, Anzüge, Seidkleider etc., werden unter Garantie des guten Zieles zu überaus billigen Preisen (schonend) angefertigt im Tuchgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Berliner Lotterie

3. techn. Commiss. f. Trabrennen. Ziehung schon 21. u. 22. Okt. 6029 Gewinne i. Werthe von Mk.

100 000

Loose à 1 M. — 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. 2960L. Bank-Geschäft Berlin W., Friedrichstr. 181. Filialen: NW.: Wilsackstr. 63. O.: Andrasstr. 46. SO.: Oranienstr. 177.



elektromagnetische Therapie System Trüb

gegen nervöse und rheumatische Krankheiten.

Arbeits geleitet Institute in allen größeren Städten

Passage gegen durch Lüthi & Boller Berlin, Friedrichstr. 154

Institute in Berlin: Bülowstrasse 20, Oranienburgerstr. 14. Sprechstunden 12-2.

Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part.

Hochbahnhof Schlossisches Thor.

Reste von Kammgarn.

Tuch, Seide etc.

Zuschnitt gratis!

Berufskleidung

kauft jedermann nur im Spezialgeschäft von

28942

Adolf Wecker,

3. Mühlendamm 3, der Poststraße

1. Ritterstrasse 1, Lützen- u. Mer.

Kronleuchter-Fabrik

für Gas, Petroleum u. elektrische Licht 28/15

Siegel & Co., Berlin, Prinzenstr. 33. Grösste Auswahl. Verkaufs-Fabrikpreis. an Private. Musterbuch franco.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Partei-Nachrichten.

Pollzettelchen, Gerichtliches usw.

Eine Schwindelkasse „Union“ ist vor einiger Zeit in Hannover behördlich geschlossen worden. Beamte dieser Kasse gründeten sofort unter dem Namen „Thalia“ eine neue Krankenkasse, die ganz nach den alten bewährten Mustern arbeitete.

Es ist eine Pflicht der Presse, vor dieser Art Kassen, bei der nicht die Versicherten, sondern die Beamten die Hauptrolle sind, zu warnen. Sind doch in jüngster Zeit eine ganze Anzahl solcher Kassen geschlossen worden, nachdem die bedenklichsten Schwindeloperationen von vielen derselben ausgeführt worden sind.

Dieser Pflicht hatte auch unser hannoversches Partei-Organ gegenüber der „Thalia“ genügt, die es für eine Fortsetzung der aufgelösten „Union“ hält, und für die Erfüllung dieser Pflicht ist es jetzt wegen angeblicher Verleumdung des Vorsitzenden der Kasse von der Berufungskammer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Ein Blütenstrauch der deutschen Pressefreiheit. Gegen sechs Redakteure und den Retteur der „Leipziger Volkszeitung“ mit ihren Kopfschlägern Rudensthaler und Altenburger „Volkszeitung“ schweben gegenwärtig nicht weniger wie elf Verleumdungsklagen.

Um fünf Gulden.

Am Sonnabend vor acht Tagen hatten die Genossen Ritter und Drescher für den Textilarbeiter-Verband und nicht für das sozialdemokratische Wahlkomitee, wie es anfangs hieß, Flugblätter und Versammlungs-Einladungen auf einem privaten Grundstück an der böhmisch-deutschen Grenze verteilt. Die Einladungen galten den Arbeitern der in Ebersdorf i. B. befindlichen Fabrik der Firma Otto Müller u. Co. Da sie die Einladungen auf einem privaten Grundstück verbreiteten, dachten sie an nichts Böses. Sie wurden aber denunziert — wahrscheinlich von einem Fabrikbeamten — und ehe sie sich's versehen, waren sie verhaftet.

Von da ging's per Bahn nach Friedland, wo sie in verschiedenen Zellen untergebracht wurden. Dem Genossen Ritter gab man Gesellschaft. Genosse Drescher bekam sie erst, nachdem er dem Aufseher gedroht hatte, daß er sich aufhänge, wenn er keine Gesellschaft erhalte. Auch über die Kost lagen die beiden Häftlinge sehr. Die in Oestrich ähnliche billige und gute Kost scheint also nicht in die Gefängnisse einzubringen. Das Ersuchen der Genossen um Verschonung des Verfahrens fand zunächst keine Berücksichtigung. Eine Haftentlassung wurde auch gegen Kaution abgelehnt, da es sich um Ausländer handle. Endlich am Dienstag und Mittwoch gelang es dem Verräther des Genossen W. Schmidt, das der Mediziner Genosse Straßer vom Reichsberger „Freigeist“ in dankenswerter Weise unterrichtete, das Verfahren durch sein Drängen in Fluß zu bringen. Die beiden Häftlinge wurden nach Reichenberg überführt. Im dortigen Gefängnis wurden sie zuerst auf Käufe untersucht. Der Aufseher meinte gemächlich: „Wer aus dem Friedländer Gefängnis kommt, der hat Käufe.“ Am Mittwochvormittag wurde die Untersuchung abgeschlossen und das oben angeführte Urteil gefällt. Die beiden Genossen konnten ihre österreichische Staatspension aufgeben und in die preussische Freiheit zurückkehren, da das Geld für die Strafe beschaftigt war.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Bank. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bank wurde der Rechnungsabschluss für das erste Halbjahr 1903 vorgelegt. Die von der Direktion gemachten Mitteilungen über das Gesamtresultat der Bank im ersten Semester sowie über den Geschäftsgang seitdem wurden mit Befriedigung entgegengenommen.

Der Syndikus Herr Karl Michalowsky, das Mitglied des Vorstandes der Deutschen Leberleichen Bank, Herr August Schulze sowie die seitherigen Prokuristen Herren Gustav Meißner, William Fels, Georg Kraner und Hugo Schmidt wurden zu stellvertretenden Direktoren bei der Centrale der Deutschen Bank ernannt.

Halbzug-Verband und „reine“ Walzwerke. Zwischen dem Halbzug-Verband und den reinen Walzwerken, d. h. jenen Walzwerken, die nicht selbst Halbzug produzieren, sondern dieses kaufen und zu Stabeisen, Formeisen, Draht, Bleche usw. weiter verarbeiten, besteht seit langem bittere Feindschaft, da der Halbzug-Verband, der auf den auswärtigen Märkten eine Schleiuder Konkurrenz gefährlicher Art betreibt, auf dem Inlandmarkt die Preise dermaßen hochhält, daß sich für die reinen Walzwerke der Betrieb kaum lohnt und manche direkt mit Verlust arbeiten. Wiederholt haben die Halbzug-Verbraucher um eine Preisermäßigung ersucht, aber vergebens. Auch in der am 12. d. Mts. in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung schied sich der Verband mit einem solchen Gesuch zu beschäftigen — es handelte sich um einen Preisherabsetzung von 5 M. pro Tonne — doch lehnte er wiederum einstimmig jede Berücksichtigung dieses Antrages ab, indem er kurzweg erklärte, daß weder die Marktlage noch die Abnahmeverhältnisse eine Preisreduktion als „angezeigt“ erscheinen ließen.

Amerikanische Gründungen. Aus den Vereinigten Staaten wird der Zusammenbruch einer Reihe Gründungen gemeldet, die während der letzten Jahre im blinden Vertrauen auf das Andauern der damaligen Prosperität mit fast unbegreiflichem Leichtsinne unternommen worden sind. Eine der bedeutendsten unter diesen Gründungen ist die „Consolidated Lake Superior Co.“ Es ist kaum 1 1/2 Jahr her, daß die kapitalistische Presse spaltenlange Schilderungen über ein Riesenunternehmen brachte, von dem gesagt wurde, daß es in seiner weiteren Entwicklung sogar den Stahltrust übertrumpfen werde. Es handelte sich um die Ausbarmachung der ungeheuren Kräfte, die der Abfluß der Wassermassen aus dem Superior in den Huron-See bietet. Zu diesem Zweck wurde obige Gesellschaft mit einem Kapital von 117 Millionen Dollar gegründet, wovon 35 Millionen Dollar auf Vorzugsaktien entfielen. Die Gründer waren hauptsächlich amerikanische Kapitalisten, doch wurden die Wasserbauten auf der kanadischen Seite, gegenüber Sault Ste. Marie, angelegt, da dies mit bedeutend geringeren Kosten wie auf der amerikanischen Seite verbunden war. Die Gesellschaft kaufte eine Anzahl kleiner Firmen aus, die sie teilweise mit Aktien, teilweise in bar bezahlte, und begann nach Fertigstellung der Elektrizitätswerke mit dem Betrieb von Stahlwerken (auf beiden Seiten des St. Annals), Papiermühlen usw., kaufte Schiffe und baute Eisenbahnen zum Transport ihrer Produkte.

Nun kommt wie ein „Wig aus heiterem Himmel“ die Kunde, daß die Gesellschaft „vertrudt“ ist. Die Ursache des Zusammenbruchs ist der Mangel an Geldmitteln. Sie hatte, als ihre Vorbestände aufgebraucht waren, bei einem New Yorker Bankhaus eine Anleihe von 5 050 000 Dollar gemacht, konnte aber das Geld nicht zur festgesetzten Zeit zurückzahlen und das Loch auch nicht durch anderweitigen Pump stopfen, da andere Bankhäuser nicht anbeihen wollten; was auf den Einfluß des Stahltrusts zurückgeführt wird. Die Aktionäre, die keine Dividende erhalten hatten, wurden damit verdrößt, daß die Skalamität nur eine vorübergehende sei und schließlich begann man, den Arbeitern die Löhne schuldig zu bleiben, so daß der rückständige Lohnbetrag auf 200 000 Dollar stieg. — Auf Antrag einer Anzahl Aktionäre ist jetzt ein Massenverwalter eingesetzt worden, um zu verhindern, daß vielleicht einige Gläubiger einen Verkauf von Gebäuden, Maschinen usw. vornehmen lassen, wobei ja nur „Schleuderpreise“ erzielt werden könnten. Zur „Verhütung“ der ungemütlich gewordenen Arbeiter hat die kanadische Regierung — Soldaten nach dem Platz beordert!

Ein anderer Zusammenbruch, der drüben ungeheures Aufsehen erregt, ist der des amerikanischen Schiffsbautrusts. Dieser Trust wurde Mitte 1902 durch Vereinigung von 8 Schiffbauunternehmen gegründet, in der Hoffnung auf das Zustandekommen der Schiffbauausgleichsbill. Das Grundkapital bestand aus 20 Millionen Dollar 6proz. Vorzugsaktien und 25 Millionen Dollar Stammaktien. Dazu kamen noch 14 1/2 Millionen Dollar Bonds ersten und 10 Millionen Dollar Bonds zweiten Ranges. Die Hoffnung auf das Zustandekommen des Schiffbauausgleichs bill. zerfiel, und der Trust hatte von Anfang an mit ungenügender Beschäftigung zu kämpfen. Im November 1902 wurde das ganze Kapital des Trusts an der New Yorker Börse eingeführt. Er begegnete aber dort einem solchen Mißtrauen, daß die Stammaktien mit 1 Proz., die Vorzugsaktien mit 12 Proz. und die 6proz. Bonds für 1000 Dollar nom. mit 400 Dollar bewertet wurden. Im Mai 1903 mußte bereits zu einer Revision der finanziellen Grundlagen geschritten werden und im nächsten Monat brach endlich der Krach herein; der Trust mußte sich für insolvent erklären, und zur Abwicklung der Geschäfte wurde ein Konkursverwalter eingesetzt.

Damit ist aber die Sache nicht erledigt. Bei der Durchsicht der Geschäftsbücher und Korrespondenzen ist der Konkursverwalter auf schändliche Manipulationen gestoßen, welche die kaufmännische „Ehre“ der Herren Schwab und Morgan in einem recht sonderbaren Licht erscheinen lassen. Vornehmlich handelt es sich um den Erwerb der Vöslahem-Stahlwerke für den Schiffsbau. Nachdem von Schwab und Morgan der Plan gefaßt worden war, diese Werke dem Trust aufzubringen, kaufte sie zunächst Schwab für 9 Millionen Dollar an, und verkaufte sie dann weiter an Morgan für 15 Millionen, wobei dieser nicht seine eignen Geldmittel angriff, sondern die Fonds zur Unterbringung der Stahltrustaktien in Anspruch nahm. Dann überredete Schwab die Leiter des Schiffsbautrusts, doch Morgan die Vöslahem-Werke abzukaufen und zwar für 20 Millionen Dollar, nämlich 15 Millionen Dollar in Bar und 5 Millionen in Aktien des Schiffsbautrusts. Zur Beschaffung der nötigen Mittel wurden neue Schiffsbauaktien auf den Markt gebracht, die der Firma Gates zur Unterbringung übergeben wurden, und nun schloß Schwab mit dieser Firma einen geheimen Vertrag ab, daß sie zunächst die Schwab und Morgan gehörenden Aktien verkaufen solle und dann erst die anderen Stücke. Als dann über dieses Spiel hinter den Coulissen doch allerlei Gerüchte in die Oeffentlichkeit drangen, sandte Morgan ein Circular in die Welt, in welchem er ungeniert behauptete, an der Finanzierung des Schiffsbautrusts ganz unbeteiligt zu sein.

Jetzt ist auf die Frage der Bondsinhaber das Gericht eingeschritten und hat einen Verhaftsbefehl gegen Schwab, der nirgends aufzufinden ist, erlassen. Eine nette Menschenspecies, diese „Kapitane“ der Industrie und Finanz!

Vom amerikanischen Eisenmarkt meldet die „Frankfurter Zeitung“ eine weitere Betriebsbeschränkung, die beweist, daß die Krise immer weitere Kreise ergreift. Die „Bessemer Steel Car Co.“, deren Hauptthätigkeit in der Herstellung von großen Eisenbahnwaggons besteht, hat einen Teil ihrer Werke geschlossen und die dort bisher beschäftigten Arbeiter entlassen.

Sociales.

Ueber eine Berufskrankheit der Walker (Textilindustrie) erzählt man aus dem Bericht über eine Versammlung in Forst i. L., die der dortige Walkerverein veranstaltete. Die Krankheit besteht danach in häßlichen Hautausschlägen, die den Befallenen viele Jahre anhaften und von den Arbeitern auf gewisse Farbstoffe, von anderer Seite auf schlechte Seifen, Öle oder Säuren oder Krankheitskeime in den zu den Stoffen verwendeten Lumpen zurückgeführt werden. Die Forster Ärzte verordneten einfach Salben, die sich jedoch als wirkungslos erwiesen. Durch Hausmittel verschaffen sich die Kranken einige Binderung. Von der Versammlung, an der auch Fabrikanten teilnahmen, wurde beschlossen, die Zahl der Erkrankten festzustellen, und es wurde eine Kommission eingesetzt zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit.

Die Fabrikinspektion sollte sich der Angelegenheit sehr ernst annehmen.

Die Unzulänglichkeit der Gemeinde-Krankenversicherung haben auch die Arbeiter Würgburgs erkannt, weshalb sie von den städtischen Kollegien die Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse forderten, was aber vom Gemeindefolge mit 26 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. Bezeichnend sind die Gründe, die von den Herren gegen die Orts-Krankenkasse ins Feld geführt wurden: die angeblich unerträgliche Mehrbelastung der Unternehmer; der Umstand, daß bei der Orts-Krankenkasse die Arbeiter zwei Drittel, die Unternehmer aber nur ein Drittel aller Beiträge haben; die meisten Arbeiter seien Handwerkergehilfen, die, da sie nur vorübergehend in Würgburg seien und sich später doch einmal selbständig machen, doch keinen Vorteil von der Orts-Krankenkasse hätten usw. Den triftigsten Grund brachte der Gemeinde-Bevollmächtigte Meyer, Professor an der Würgburger Universität, vor: Er meinte, bei der Orts-Krankenkasse würden die Kranken dem Julius-Epital entzogen und die Universität verliere das Lehrmaterial!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Donnerstag findet im Volkshaus, Kofenstraße 8, eine Volksversammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Genosse Baake über die bevorstehende Landtagswahl referieren wird. Nach dem Referat erfolgt freie Aussprache. Bei der wichtigen Tagesordnung wird auf zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen gesehnt.

Niedorf. Heute abend findet bei Effermann, Hermannstraße 40, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig und reichhaltig ist, so bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheen. Näheres im heutigen Informat. Der Vorstand.

In Tegel hält der Wahlverein heute bei Klippenstein seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Wermuth spricht über die Anfänge der französischen Revolution.

Lokales.

Der „Stolz des Bürgerturns“. Es giebt kaum eine öffentliche Einrichtung, auf die das Bürgerturn mit solchem Stolz hinzuweisen pflegt, wie auf „seine“ Schule. Noch immer spukt in patriotischen Reden der Schulmeister herum, der

bekanntlich die Schlacht bei Königgrätz gewonnen hat, und mit dem Gefühl hoher Ueberlegenheit denkt sich der städtische Philister: „Wir Widen sind doch bessere Menschen“, wenn er von den skandalösen Bildungszuständen und den bekannnten Schulpalästen im Osten zu seinem Morgenkaffee etwas liest. Nun soll gewiß nicht bestritten werden, daß die Schulverhältnisse in unsren städtischen Schulen besser sind als in pommerschen und pommerischen Ostbezirken. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir schon an der Grenze des Möglichen oder auch nur des Nötigen angelangt wären. Wir wollen ganz absehen von der großzügigen Bildungspolitik, die das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert, sondern uns „in Rahmen des Bestehenden“ halten. Entspricht nun auf der Grundlage der heutigen Schulorganisation der Erfolg der Volksschule den berechtigten Anforderungen? Wir verneinen das auf das entschiedenste. Infolge der viel zu hoch gegriffenen und in allzuviel Fällen auch erreichten oder gar überschrittenen Maximalzahl der in einer Klasse zu unterrichtenden Kinder sind die Lehrer gar nicht im Stande, sich der Ausbildung des einzelnen mit der nötigen Hingebung zu widmen; zumal die Schulverwaltung — lediglich aus falscher Sparanfekt — von der grundverlehrten Auffassung ausgeht, daß die jüngeren Kinder einer weniger individuell vertieften Behandlung in der Schule bedürften, als die älteren. Kommt nun noch hinzu, was in manchem Proletariatsviertel von Berlin leider keine seltene Ausnahme ist, daß die Kinder einer sogenannten „fliegenden Klasse“ zugeteilt sind, dann wird oft ein beträchtlicher Teil des Schuljahres geradezu nutzlos verthan. Weit entfernt, daß die Schule ihren Jünglingen einen sicheren Fonds von den Ergebnissen der modernen Wissenschaft ins Leben mitgiebt und ihren Jünglingen durch sorgfältige Ausbildung die so notwendige wie seltene Festigung des Charakters verleiht, giebt sie ihnen nicht einmal eine feststehende Kenntnis der elementarsten Unterrichtsgegenstände, ohne die man im Kampf ums Dasein überhaupt nicht bestehen kann. Sehr lehrreich ist da eine Prüfung, die vor mehreren Jahren der Halle'sche Innungsausschuß mit den bei den Meistern neu eingetretenen Lehrlingen veranstaltete. Man verlangte nichts Außerordentliches von diesen eben aus der Volksschule Entlassenen, sie sollten nur in einem längeren Aufsatz ihren Lebenslauf beschreiben. Und was war der Erfolg? Dem Innungsausschuß lagen Arbeiten von 95 Lehrlingen aus 9 Innungen vor und sie ergaben folgendes:

Table with 2 columns: Trade name and number of satisfactory answers. Rows include: Stettinmaler-Innung (4 Proben, 3 ungenügend), Fleischer (6, 3), Schneider (5, 3), Klempner (12, 3), Glaser (10, 5), Schuhmacher (3, 1), Buchbinder (10, 3), Schlosser (28, 3), Tischler (19, 4).

Mit anderen Worten: nahezu 30 Proz. der Arbeiten waren völlig ungenügend, und das, obwohl man mit den denkbar geringsten Ansprüchen an die Prüfung herangeheren war. Der Innungsausschuß war geradezu entsetzt über dieses Ergebnis und machte den städtischen Vertretungskörperlichkeiten davon Mitteilung, mit dem Ersuchen, der Sache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ein richtiger „Palmer“ wird nun freilich sagen: „Ja, der ist in der Provinz, wo de Paadullen wohnen!“ Wir möchten aber nachdrücklich vor solcher Selbstgefälligkeit warnen. Die Arbeiterschaft beweist ja auch durch die That, daß sie davon frei ist; sie sucht mit aller Kraft aus Eignem nachzubessern, was die öffentlichen Einrichtungen haben fehlen lassen. Und die proletarische Vertretung im reinen Hause hat niemals unterlassen, auf die Mangelhaftigkeit des Berliner Schulwesens mit allem Nachdruck hinzuweisen, unbetrübt durch dies freimüthig-schwachsinntige Gejammer dadurch den „Ruhm der Stadt“ zu gefährden. Wenn heute in Berlin systematisch solche Erhebungen gepflogen würden, wie wir sie aus Halle mitteilen, so würde sich zur Evidenz ergeben, daß die sozialdemokratische Kritik unsrer Schulzustände das Richtige trifft. Damit aber der Fortschritt von der berechtigten Kritik zur praktischen Abhilfe gemacht oder wenigstens angebahnt werden kann, bedarf es einer erheblichen Verstärkung der Socialdemokratie auf dem Rathause. Die dritte Klasse muß zu einer unangreifbaren Domäne der Socialdemokratie werden, der Wille der überwiegenden Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung muß bei den bevorstehenden Entscheidungen mit der größten Energie zum Ausdruck gebracht werden, dann erst dürfen wir auf Besserung rechnen.

Für Kirchendau — gegen den „Vorwärts“.

Als kürzlich eine Anzahl Berliner Krankenkassenärzte unter Führung des Vorsitzenden der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, das Sanatorium Veelig besichtigten, erwiderte Herr Dr. Freund im Besesaal des Sanatoriums ein Exemplar des „Vorwärts“ und ordnete sofortige Entfernung des Blattes an. Um die Parteilichkeit zu wahren, wurde dieselbe Anordnung auch gegen ein im Besesaal befindliches Exemplar des „Berliner Tageblattes“ verfügt. Die Zeitungen waren das Eigentum von Patienten, welche auf die Blätter abonniert sind, und sie in den Besesaal mitgebracht hatten, um auch andern Leidensgefährten, welche nicht in der Lage sind eine Zeitung zu halten, Gelegenheit zum Lesen zu geben.

Wie uns mitgeteilt wird, schreibt die Hausordnung des Sanatoriums Veelig vor, daß politische Zeitungen im Besesaal nicht ausgelegt werden dürfen. Das Vorgehen des Herrn Dr. Freund scheint also nach der Hausordnung berechtigt zu sein, vorausgesetzt, daß die Hausordnung nicht nur die offizielle Auslegung durch die Anstaltsleitung, sondern auch die private Auslegung durch Abonnementer verbietet. Ist ein solches Verbot schon im jüngst erwähnten Falle nicht verständlich, so kann es bei der zweiten Möglichkeit erst recht nicht gerechtfertigt werden. Der Kampf gegen den „Vorwärts“ ist ja seit Jahren schon von manchen Heilanstalten, in denen versicherte Arbeiter als Patienten untergebracht waren, mit vielem Eifer geführt worden. Wir haben bei solchen Gelegenheiten stets betont, daß es eine im höchsten Grade unzulage und ungerochte Maßnahme ist, wenn man dem kranken Arbeiter während seines Aufenthaltes in einer Heilanstalt die gewohnte Zeitungslektüre unmöglich machen oder auch nur erschweren will. Der Arbeiter kann, wenn er nach langwieriger Anfalls- Behandlung nicht als Fremder in seinen Wirkungskreis zurückkehren will, die Zeitungslektüre nicht entbehren. Die Zeitungsbefehle, die sich ja im Grunde nur gegen die sozialdemokratischen Zeitungen richten, könnte man allenfalls verstehen, wenn auch nicht billigen, so weit es sich um private oder unter der Leitung von Wohlthätigkeitsvereinen stehende Heilanstalten handelte. Das Sanatorium Veelig aber ist erbaut und wird erhalten von dem Vermögen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, welches bekanntlich zur Hälfte aus dem von den versicherten Arbeitern aufgetragenen Beiträgen besteht. Die Arbeiter, welche in Veelig versorgt werden, sind also rechtmäßige Mitbesitzer des Sanatoriums. Trotzdem wird ihnen durch die Hausordnung das Zeitunglesen verweigert, daß man in Bezug auf einen großen, vielleicht den größten Teil der Patienten von einem Zeitungsbefehle reden kann. — Vermuthlich ist die Hausordnung vom Vorstande der Landes-Versicherungsanstalt erlassen; sie wird wohl auf dieselbe Weise zu Stande gekommen sein, wie in der Regel Vorstandsbeschlüsse zu Stande kommen, wenn sich die Ansichten der Arbeitervertreter

und der Unternehmervertreter gegenüberstehen: Die Arbeitervertreter werden nämlich von den Unternehmervertretern, denen sich der beamtete Vorsitzende zugesellt, überstimmt. So kam seiner Zeit der Beschluß zu Stande, wonach auf dem Gebiet des Sanatoriums Beeth eine Kapelle erbaut worden ist. Die Vertreter der Unternehmer im Verein mit dem Vorsitzenden glaubten zur Befriedigung des religiösen Bedürfnisses der Patienten Tausende von Mark bewilligen zu müssen. Wir glauben, es gibt nicht viele Patienten in Beeth, die ein so dringendes religiöses Bedürfnis haben, daß ihnen in der Anstalt selbst eine Kirche errichtet werden mußte. Sicher aber hat der größte Teil der Patienten ein lebhaftes Bedürfnis, eine Zeitung zu lesen, schon deshalb, um über die Vorgänge im Verein, in der Gewerkschaft usw. auf dem Laufenden zu bleiben. Der Befriedigung dieses berechtigten Bedürfnisses hätte der Vorstand, wenn seine Weisheit einseitig genug gewesen wäre, Rechnung tragen und im Verlaufe einige Zeitungen auslegen können. Natürlich braucht es nicht der „Vorwärts“ allein sein, die Parteilichkeit kann ja gewahrt werden.

Man baut Kapellen und erschwert das Zeitunglesen. Bägt man die Tendenz dieser Handlungen ab, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß in den Heilanstalten die Absicht besteht, nicht allein den kranken Körper der Arbeiter zu heilen, sondern auch ihren Geist vor der Aufnahme politischer Ansichten zu schützen, die den heute noch maßgebenden Gewalten wider den Strich gehen. Führt man gar nicht, wie aufreizend gerade auf den kranken Arbeiter solche Bevormundung wirken muß?

Wie unsere Gegner sich zu den Stadtverordnetenwahlen rufen.

Der Kampf um das rote Haus, den die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen bringen werden, wird von den bürgerlichen Parteien still, aber emsig vorbereitet. In ihren Vereinen werden die Aussichten erörtert, die für sie etwa vorhanden sind, wird die Taktik erwogen, die diesmal einzuschlagen ist, werden die Kandidaten gemustert, die man den Wählern präsentieren könnte. Für den Kampf gegen uns kommt natürlich nur die 3. Abteilung in Betracht. Die 2. und die 1. Abteilung dürfen ja von den Besitzenden als ihre ungeschmälerte, durch das Geldsachs-Wahlrecht gesicherte Domäne angesehen werden.

Für die 3. Abteilung ist unseres Erachtens die Zeit nicht mehr allzuerst, wo der völkerverfeindliche Freisinn hier auf denselben kläglichen Bestandsstand zurückgedrängt sein wird, den heute die sogenannte Bürgerpartei überhaupt aufzuweisen hat. Die Bürgerpartei, die einst, in den 80er Jahren, eine ganz stattliche Anzahl von Mandaten besaß, muß damit rechnen, diesmal ihre letzte Säule fallen zu sehen. Dasselbe Schicksal wird wenigstens in der dritten Abteilung auch dem Freisinn einmal beschieden sein. Möge die Arbeiterschaft Berlins dafür sorgen, daß uns die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen diesen Ziel wieder um ein tüchtiges Stück näher bringen.

Daß für den Liberalismus in dieser Abteilung längst keine Erfolge mehr zu holen sind, das weiß nachgerade auch der vorbestimmte der Freisinnigen. Auch die Männer der „Neuen Linken“, die so lange auf den „Raumweichen“, „Kommunal Liberalismus“ der „Alten Linken“ gescholten haben und stolz sich selber als „entschieden liberal“, als „kommunal demokratisch“ bezeichnet, haben mehr und mehr einsehen gelernt, daß sie mit ihrem radikal scheinenden Gethue das Schicksal des Freisinn nicht wieder strotzen zu machen vermögen. Aber man möchte doch den Zeitpunkt, wo über sämtliche Kommunalwahlbezirke der 3. Abteilung die rote Fahne weht, noch möglichst lange hinausschieben.

Zu diesem Zweck dürfte die Sammlungsaktion, die schon bei den vorigen und den vorvorigen Stadtverordnetenwahlen von den Freisinnigen aller Schattierungen getrieben wurde, diesmal noch mehr als bisher die Taktik des Freisinn bestimmen. Die Kugelhagerei um die Kandidaturen, die früher von den feindseligen Brüdern der „Alten“ und der „Neuen“ allemal vor den Wahlen als amüsante Einleitung der Wahlagitiation zum Besten gegeben wurde, soll weiter eingeschränkt und, soweit sie sich noch immer nicht ganz vermeiden läßt, möglichst hinter die Coulissen verlegt werden. Die Annäherung zwischen den „Entschieden“ und den „Raumweichen“ hat weitere Fortschritte gemacht. Mehr als je wird auf beiden Seiten zur Einigkeit gemacht, bereitwilliger als je treten die „Entschieden“, wo sie eine Kandidatur nicht für sich selber reservieren können, mit für den „Raumweichen“ ein, der zum Kandidaten andererseits ist. Auch die rückständigste Gruppe des Liberalismus in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die „Fraktion Rommensen“, belohnt von den Männern der „Neuen Linken“, die den fortgeschrittensten Liberalismus zu haben behauptet, freundliche Empfehlung und Hilfe. In Roabit stellt sich Herr Rosenow hin und preist Herrn Geride zur Wiederwahl an!

Selbst vor einem Bündnis mit der Bürgerpartei schreckt der Berliner Freisinn nicht zurück; denn dieser Herr Geride, der Ausreißer aller Freisinnigen, soll zugleich der Bürgerpartei als Kandidat dienen. Die Gefinnungsgegnossen der Ulrich, Fregel und Konforten werden, wenn die bisher hinter den Coulissen geplogenen Verhandlungen perfekt werden, auf die Aufstellung eines eignen Kandidaten in Gerides Bezirk verzichten und dem „König von Roabit“ ihre Stimmen geben, damit nicht auch in seinem Bezirk die Sozialdemokratie, der gemeinsame Feind, den Sieg davonträgt. Wir erleben's noch, daß der „entschieden freisinnige“ Mann, der den freisinnig-bürgerparteilichen Wählern Kandidaten so warm empfohlen hat, in der — „Staatsbürger Zeitung“ gefeiert wird. O Rosenow, o Freisinn, „wie tief bist du gesunken!“

Diese Sammlungs- und Bündnispolitik als Vorbereitung zur Wahlagitiation hat das eine Gute, daß sie die Situation klärt und auch den kurzschichtigsten erkennen läßt, wohin der Freisinn steuert. Der Zug nach rechts, der sich bei den Führern des Freisinn bemerkbar macht, wird in der Wählererschaft einen um so kräftigeren Rud nach links zur Folge haben.

Mit ihren Enthüllungen über die sozialdemokratische Kollisions-Tyrannie fährt die „Post“ fort. Das Scharfmacherblatt freut sich, die folgenden Thatsachen seinem Publikum als neuesten Beitrag ihres Gewährungsmannes aufzulesen:

„Diese keinen Parteiprogramm, die Kiesel, Liepmann usw., spielen eine gewaltige Rolle. Sie antworten als Vertrauensleute innerhalb der Partei, sind die Haupt der lokalen Organisationen, vermitteln den Verkehr zwischen dem Parteivorstand und dem Gros der „Genossen“, lassen bei diesen und durch sie nach ihrem Ermessen den Sturm brausen und die Sonne scheinen, kurz, sind die Inhaber der realen Macht. Sie sitzen u. a. auch in den Rechtskommissionen. Ihre Herrlichkeit währt so lange, bis sie endlich in den Besitz des von ihnen allen inbrünstig angestrebten Mandats gelangen. Haben sie das Mandat, so werden sie zum Kommiss irgend eines neuen Vorkriegsregiments. „Genosse“ Kiesel kauft im letzten Berliner Wahlkreise dessen Vertreter im Reichstage, dem „Genossen“ Ledebour, zur Zeit noch genau ebenso auf die Schulter, wie seiner Zeit Herr Vincenzohn, der Berliner Wahlmann des Freisinn, Herrn Eugen Richter. Hat Kiesel dereinst sein Mandat, muß er seinerseits sich auf die Schulter klopfen lassen.“

Weiterhin wird gesagt: „Wenn die Kiesel und Liepmann hochbeinig werden, müssen die Weibel und Kautsky still beiseite treten. Man muß sie bei guter Laune halten, und darum sind sie die eigentlichen Drahtzieher der Partei. Oder doch zum mindesten Faktoren, mit denen innerhalb der Sozialdemokratie selbst sehr stark gerechnet werden muß und in denen das, was sie an realen Machtfaktoren in die Waagschale werfen kann, sich zu einem guten Teil begründet. Dem nicht sozialdemokratischen Publikum ist das nicht recht bekannt, was uns veranlaßt hat, bei

Gelegenheit unserer Besprechung der Bebel-Versammlung ein Exemplar dieser Gattung zu näherer Betrachtung einporzubringen.“

Die internen Parteigenossen wissen, daß die „Post“ bei ihren Entdeckungsfahrten auf dem richtigen Wege ist, aber doch noch nicht die ganze Wahrheit enthüllt hat. Wir sind nun ja allerdings keinen Augenblick sicher, daß nicht doch heute oder morgen die letzten Geheimnisse der Partei an's Tageslicht kommen, und daher schon wird man es uns nicht verdenken können, daß wir nachgedrungen selber die Hülle fallen lassen. Wer die Redaktion in den letzten Tagen besucht hat, wird mit Befremden wahrgenommen haben, daß die Parteiklasse nicht mehr im Konferenzzimmer untergebracht ist, sondern draußen frei auf dem Hofe steht. Dieser Domizilwechsel ist ein Werk der Liepmann und Kiesel. Ihr Einfluß auf Reichstags-Fraktion, Parteivorstand und Redaktion geht ja viel weiter, als der Gewährungsmann der „Post“ hat läuten hören, und das Derbartschlagel dieser kleinen Tyrannen ist unbegrenzt. Unter dem Vorwand, daß es den Grundsätzen einer sozialistisch geläuterten Demokratie widerspreche, wenn die finanziellen Angelegenheiten der Partei nicht vor aller Augen klar liegen, in Wahrheit aber, um die Redakteure und Mandatshaber um so ärger knechten zu können, haben diese Genossen den zwei Stubenmeter großen Stufenbehälter unseren Händen entzogen und ihn, wie gesagt, draußen auf den Hof hinstellen lassen. Auch die Kassenschlüssel mußten wir zu unserem Scherz ihren Händen überliefern. Jetzt sind wir natürlich machtlos, müssen nach der Pfeife unserer Urraportoren tanzen und kriegen, wenn auch nur der leiseste Verdacht revisionistischer Gesinnung auftaucht, keinen Pfennig Vorbehalt. Man mag, da wir das Geheimnis preisgeben, von Parteiverrat reden; und vielleicht wäre es klüger gewesen, wenn wir die Liebergriffe, die wir jetzt der Welt verkündet haben, der „Post“ zu entziehen überlassen hätten. Aber wenn man erwägt, daß uns von den Parteigenossen das Rechte entzogen worden ist, was wir auf Erden besäßen, dann begreift man, daß wir jede Rücksicht fallen lassen und im Gegenteil der „Post“ Dank sagen dafür, daß sie uns endlich die so lange im Vorn gehaltenen Junges gelöst hat.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält in dieser Woche keine Sitzung ab.

Wie man Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn zu bringen sucht, davon giebt folgender Vorfall ein lehrreiches Beispiel. Im Mai d. J. etablierte sich in dem Hause Chauffeestr. 3 die sogenannte „Berliner Hoplos-Gesellschaft“, eine Fabrik alkoholfreier Getränke. Sie beschäftigte anfangs etwa 18 Arbeiter und 7 Ausländer. Da das Unternehmen aber finanziell sehr schlecht fundiert war und das Fabrikat auch nicht genügend Abnehmer fand, verbrachte die Gesellschaft bereits nach einigen Monaten. Der Konkurs wurde zwar angemeldet, doch wegen Mangel an Masse zurückgewiesen. Schon während der ersten Monate war das Personal verringert worden, so daß zuletzt noch zwei Ausländer, drei Kellerarbeiter und eine Buchhalterin verblieben. Diese arbeiteten wohl, bekamen jedoch keinen Lohn. Ein von den Hauptpersonen der verfallenen Gesellschaft vorgeschobener Strohmann verkaufte unter der Hand alles, was nicht nützlich und nagelfest war, zahlte jedoch an niemand einen Pfennig aus, am allerwenigsten an die Arbeiter. Für diese war wirklich schon guter Rat teuer geworden. Sie hatten Beträge von 75 bis zu 300 M. zu fordern und mußten nicht zu ihrem Gelde zu kommen. Da gelang es ihnen vor kurzem, einen gerichtlichen Arrestbefehl zu erwirken, auf Grund dessen sie die noch vorhandenen Betriebsutensilien, wie Motor, Kellereigeräte usw. mit Verzicht belegten. Ehe aber noch der Gerichtsvollzieher seines Amtes walten konnte, trat eine für die Arbeiter recht unangenehme Wendung der Dinge ein. Der Hauswirt Werner, ein feiner Mann, von dem die „Hoplos-Gesellschaft“ seiner Zeit die Fabrikräume gemietet hatte, erhob nämlich durch einen Rechtsanwalt Einspruch gegen die von den Arbeitern geplante Pfändung, indem er sich laut eines mit einem Schieber der Gesellschaft neu abgeschlossenen Mietkontraktes auf sein Vorkaufsrecht berief. Gegen die Pfändung an sich hatte der Hauswirt zwar nichts einzuwenden, jedoch wünschte er, daß der Auktionserlös hinterlegt werde. Es bleibt nun den Arbeitern nichts andres übrig, als ihr Recht dem Hauswirt gegenüber auszulagen, was bei der Verzwicktheit der ganzen Sache innerlich ein zweifelhafter Schritt ist. Allein es ist das einzige Mittel, welches den Arbeitern wenigstens die Aussicht, wenn auch nicht die Gewißheit bietet, zu ihrem sauer verdienten Lohn zu kommen, es sei denn, daß der reiche Hauswirt vom rein menschlichen Standpunkte aus darauf verzichte, den armen Opfern jener faulen Gesellschaft Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Kunstabende der Freien Volkshöhne beginnen, wie schon gestern mitgeteilt, am nächsten Sonntag in der Singalademie um 7 1/2 Uhr. Der erste Abend ist Beethoven gewidmet. Das Konzert wird eingeleitet durch die Recitation von Lenau's Gedicht „Beethovens Wüste“. Es gelangen weiter zum Vortrag eine der herrlichsten Sonaten Beethovens, die „Appassionata“, ferner die Kreuzersonate für Violine und Klavier, schottische Lieder für Gesang, Klavier, Violine und Cello u. a. m. Erste Künstler wirken mit.

Der darauffolgende Sonntag wird Richard Dehmel gehören. Der Dichter wird persönlich aus seinen Werken recitieren, auch Ungebrudertes. Weiter gelangen Kompositionen seiner Lieder zum Vortrag unter Mitwirkung des Komponisten Ansförge.

Der Preis des Billets ist auf 25 Pf. bemessen. Man wird gut thun, sich schnell mit Einlasstorten zu versehen. (Siehe Inserat.)

Darbende Chansonetten. Große Stellenlosigkeit herrscht zur Zeit unter den Berliner Artisten. Durch das Eingehen mehrerer Spezialitätenlokale sind etwa 80-100 Chansonetten und Komiker brotlos geworden, während andererseits auch die bestehenden Singstipendien infolge der ungünstigen Zeitsituation ihr Personal vermindern. Auch die übernehmende Lehramtskandidaten-Zücherei im Artistenstande trägt viel zur Stellenlosigkeit wie zu steter Verengerung der Gagen bei. Die kleineren Familienlokale werden mit Vorliebe an Gesellschaften verpachtet, die außer der Familie des Direktors fast nur Lehramtskandidaten beschäftigen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Ein am 18. August d. J. nachmittags zwischen 6-7 Uhr beim Postamt I in Königsberg i. Pr. aufgeborener Einschreibebrief an die Firma Seidel u. Raumann in Dresden, enthaltend einen Wechsel über 5000 M., acceptiert von Joha Popkinds in Radziejewo, ausgestellt von Jakob Stephan in Szybro, zahlbar am 17. November d. J. in Königsberg i. Pr. bei Herren Bernheim u. Co., ist abhandeln gekommen. Nach den angelegten Nachforschungen ist dieser Einschreibebrief in Dresden nicht eingetroffen. Es ist anzunehmen, daß der widerrechtlich erworbene Wechsel weiter begeben und am Fälligkeitstage zur Zahlung präsentiert wird. Der Beschädigte hat eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt. Zur Aufklärung dienliche Mitteilungen nimmt die hiesige Kriminalpolizei zu Nr. 8377 IV 23. 03 entgegen.

Unter dem Verdacht der Missethate ist der 35 Jahre alte Handwerker Julius Welzig aus der Eisfabrikstr. 12a verhaftet worden. Welzig ist Vater von fünf Kindern im Alter von 8 bis 13 Jahren. Vor acht Tagen lagte die dreizehnjährige Tochter ihrer Mutter, daß der Vater sich gegen sie vergangen habe. Da das Mädchen bei der ersten Vernehmung auch fern blieb, so zeigte Frau Welzig ihren Mann an und die Kriminalpolizei nahm ihn gestern morgen vor dem Potsdamer Bahnhof, wo er mit Druckschriften handelte, fest. Der Beschädigte leugnete, wurde aber bei den bestimmten Befragungen seiner Tochter in Haft gehalten.

Eine Schloßknechtin ist in der 25 Jahre alten unehelichen Anna Wertmann aus Charlottenburg festgenommen worden. Sie behauptete auf das Mißlieb der Vermieterinnen, denen sie große Leidensgeschichten zu erzählen wußte und vorpfeiffelte, daß sie gerade aus dem Krankenhaus komme. Wenn sie dann Aufnahme fand, so verschwand sie nach einiger Zeit, ohne Miete und Kostgeld zu bezahlen, und stahl noch dazu, was sie bekommen konnte. Gestern

wurde sie von einer gebrechten Frau getroffen und der Polizei übergeben. Sie ist schon wiederholt vorbestraft.

Bei Casan. „Mich faßt ein längst entwohnter Schauer, der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an.“ — Diese Worte Fausts beim Betreten des Herkers, in dem die Kindesmörderin Margarete heimtückisch, fallen einem unwillkürlich beim Anblick einer neuen plastischen Gruppe ein, welche seit heute in der ersten Etage von Casan's Panoptikum (Friedrichstr. 165) aufgestellt ist und eine der ergreifendsten Szenen aus Maxim Gorkis berühmtem Drama „Das Nachthyl“ veranschaulicht. Die mächtig wirkende Gruppe, welche samt der dekorativen Scenerie getreu der Darstellung im Theater nachgebildet ist, läßt durch die Lebendigkeit, welche der bildende Künstler in die verschiedenen Charaktertypen zu legen verstanden hat, eine überwältigende Wirkung auf den Zuschauer aus; das Gesamtbild giebt mit erschütternder Treue das physische Elend und die ungläubliche moralische Verkommenheit wieder, welche an an dem Marke gewisser Kreise des russischen Volkes zehren und es dem Abgrunde zuführen. Der Besuch des Panoptikums ist schon um dieses einen Bildes wegen ein überaus lohnender. Außerdem sind ja auch die zusammengehörigen Schaufelern und der Duzerische Venter beachtenswerte Sehenswürdigkeiten.

Die fünfte Berliner Tischlerlehre und der sechste Städtische Werksaal, Reichenbergerstr. 131/132 haben 7. Oktober das Wintersemester begonnen. Beide Anstalten haben einen sehr erfreulichen Fortgang zu verzeichnen, da die Besucherzahl von ganz kleinen Anfängen bis auf 750 Schüler gestiegen ist. In der Tischlerlehre wird im Fach-Ornament-Projektionszeichnen und freihändigen Entwerfen von Antarkten unterrichtet. Der Gewerbeaal für Mechaniker, Maschinenbauer, Gärtler, Kunst- und Bauhölzer und verwandte Gewerbe ist mit einer Modellerklasse für Kunstschmiede, Kunstschlosser, Formner, Bildhauer, Gärtler, Gießeure und Graveure verbunden. In beiden Anstalten nimmt Rektor Schänemann im Amtszimmer der 151. Gemeindefschule, Reichenbergerstr. 131/132 Anmeldungen entgegen: werktäglich von 7 1/2-8 1/2 Uhr abends und Sonntags von 9-10 Uhr vormittags.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Technischen Hochschule. Im Winterhalbjahr 1903/04 finden in der Gemeindefschule III zu Charlottenburg, Schloßstr. 2, folgende Kurse statt: Deutsch, Rechnen, Algebra (Buchstabenrechnen), Geometrie, Mechanik, Elektrizität, Zeichnen für Bauhandwerker und für Maschinenhandwerker, Chemie und Technologie des täglichen Lebens, Erläuterungsvorträge, Uebungen. Ferner werden in der Aula der Charlottenburger Ober-Realschule, Schloßstr. 27, Einzelvorträge abgehalten über Vaugeschichte; Veleuchtungslehre; Geschichte der Entwicklung der Dampfmaschine; neuere Erscheinungen auf dem Gebiete der Elektrizität; die wichtigsten Materialien der Technik a) Holz und Stein, b) Eisen, Kupfer, Bronze und andre Legierungen; Unfall- und Invalidenversicherung; Patentwesen usw. Kurse: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag; Einzelvorträge: Mittwoch, abends von 8-10 Uhr. Teilnahmegebühr für einen Kursus 50 Pf., für jeden weiteren 25 Pf., für einen Einzelvortrag 10 Pf., für alle Einzelvorträge 50 Pf. Beginn am 2. Oktober, Dauer bis zum 19. März. Anmeldungen werden am 31. Oktober, abends von 8 1/2 bis 9 1/2 in der 3. Gemeindefschule entgegengenommen. Programme sind erhältlich von Ingenieur W. Wagner, Westend, Alster-Allee 17.

Theater. Am Donnerstag wird das Belle-Alliance-Theater unter der Leitung des Hof-Schauspielregisseurs Aug. Grube eröffnet. Aufgeführt wird das Lustspiel „Madame de Pompadour“ von Th. v. Throia. — Der nächste Dichter-Abend des Schiller-Theaters, der Sonntag, den 18. Oktober, im Bürgerlaale des Rathauses stattfindet, ist Dellew von Villenron gewidmet. — In der im Residenz-Theater am Sonnabend, den 17. Oktober, stattfindenden Erläuterung der Komödie „Das große Geheimnis“ (Le secret de Polichinelle) hat der Verfasser Pierre Wolff sein Erscheinen in Aussicht gestellt.

Aus den Nachbarorten.

Teltow. Hier war für Sonnabend eine nationalliberale Wähler-versammlung einberufen worden. In der Anzeige dieser Versammlung hieß es: „Eingeladen zu dieser Versammlung sind alle nationalgesinnten Wähler, ausgeschlossen sind Sozialdemokraten.“ Erschienen waren anderthalb Duzend Personen. Als der Schreiber dieser Zeilen den nationalliberalen Referenten, einen Dr. Schad, nach den Gründen des Ausschlusses der Sozialdemokraten fragte, antwortete der Herr, daß die Nationalliberalen nur darum nach Teltow gekommen seien, um die konservativen Landtagswähler zum Nationalliberalismus zu bekehren, was bei den sozialdemokratischen Wählern doch nicht mehr möglich sei. Die Antwort werden wir diesen Herren am Tage der Wahl geben. Zu diesem Zweck findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Belling (Seehof), Schweizerhause, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse H. Wegler über die Landtagswahlen sprechen wird. Außerdem werden die Wahlmänner aufgestellt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Schöneberg. Der Stadtverordneten-Versammlung lag am Montag ein Plan betreffend die Ausschließung des Sädgeländes vor. Es handelt sich freilich vorläufig nur um die Erledigung der erforderlichen Vorarbeiten. Beim Erlaß einer neuen Bauordnung zum Bedarfsplan soll wiederum eine sorgfältige Prüfung der Frage vorübergehen, für welche Kreise der Bevölkerung das Sädgelände oder einzelne Teile desselben vorzugsweise als Wohnstätte in Betracht kommen wird. Der Umstand, daß die vor zwei Jahren bereits bewilligte Summe zur Weiterführung der Gotheustraße noch nicht die erwünschte Verwendung gefunden hat, um damit eine Verbindungsstraße nach jenem Sädgelände zu erhalten, gab dem Stadtv. B. Fröhlich Veranlassung, den Magistrat an die endliche Auslösung des seiner Zeit gefakten Beschlusses zu erinnern. Und hier sind es wiederum, nach Mitteilungen des Stadtbaurats Gerlach, die anliegenden Grundstücksbesitzer (Weißer u. Drudenmüller und der Millionär Hetald), die der Weiterführung der genannten Straße Hindernisse bereiten. Schließlich gelangte der Magistratsantrag, zur Vorbereitung des hiesigen Ausschusses des Schöneberger Sädgeländes eine gemischte Deputation zu bilden, zur Annahme.

In dem vor kurzem gestellten Antrag betr. die Auslegung der Urväterlisten zur Landtagswahl bis 9 Uhr abends ist der Magistrat auch beigetreten, dagegen verlangt er von der Versammlung, den von ihr ebenfalls acceptierten Antrag über die Aufstellung einer Vorkommission über Zeit, Bezirk und Ort der Wahlhandlung an jeden eingetragenen Wähler aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Angeblich belaufen sich die Kosten hierfür auf 875 M. Genosse Küter bemängelt die Anwesenheit in dieser Sache, wo Sparjamkeit gewiß nicht am Platz sei, die man aber öfter vermisst, wo es sich nicht um eine so wichtige, die Interessen der Wählererschaft berührende Frage handle. Nachdem auch Stadtv. v. Gordon seiner Verwunderung Ausdruck gegeben hatte, daß gerade bei der notorisch feststehenden Interesslosigkeit der größeren Masse an der Landtagswahl der Magistrat unsern Antrag nicht beigetreten ist, wurde der Antrag Gotheiner-Küter angenommen, den Magistrat zu eruchen, in dieser Beziehung über die thatsächlich entstehenden Kosten eine Vorlage zu machen. Hoffentlich tritt dann der Magistrat einem erneuten Beschlusse bei, um so mehr, da diese Einrichtung bereits in verschiedenen anderen Gemeinden getroffen ist. — Entsprechend einem Antrage sollen den Stadtverordneten je ein Exemplar der auf dem Städtetage in Dresden gehaltenen Vorträge über die sozialen Aufgaben der Städte auf Kosten der Stadtgemeinde zugänglich gemacht werden. — Zu unbesoldeten Stadträten auf die Dauer von sechs Jahren wurden die Stadträte Pehl und Edelberg wieder- und Baurat Temor (an Stelle des bisherigen Stadtrats Reibig, welcher nur 28 gegen 80 Stimmen erhielt) neugewählt, und in den Ausschuss für Raubemwilligung von 11 000 M. für die Tiefbauverwaltung u. a. Genosse O b s t delegiert.

2915L*

Teppich-Specialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158.
Erweitert bis Prinzessinnenstr.

Höchste Leistungsfähigkeit
durch seine **Riesen-Lager**
und den **Riesen-Umsatz!**

Extra! Zurückgesetzte
billig! **Teppiche**. Exemplare!
M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc.
Gardinen, Portieren, Möbel-
stoffe, Steppdecken etc.

Sehr beachtenswert!
Meine ständige
Ausstellung
von Teppichen etc. etc.
in der **Linden-Galerie**
(zwischen Unter den Linden
und Behrenstrasse).

Pracht-Katalog
mit etwa **600 Abbildungen**
in künstlerischer Ausstattung
auf Wunsch **gratis u. franco.**

J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51
Bankgeschäft. **Geegründet 1865.** An- und Verkauf von
Reichsbank-Giro-Conto. **Börsenspekulationen.**

Möbelfabrik Hellmundt & Co.

BERLIN
Holzmarktstr. No. 11
Fabrikgebäude, Hof.

Der Einkauf direkt vom
Fabrikanten bürgert sich
immer mehr ein.
Der Preisunterschied
gegen 2961L*
Magazin-Preise
ist auch sehr gross.
Coulante
Bedingungen.

Panel-Sofa
Satteltaschen, Plüsch Mk. 110,-
Moderne Bettstellen
Matratzen und Kissen
Mk. 40,-, 60,-, 70,-, 80,- etc.

Kleiderspinde, Vertikos
Mk. 48-60-70-80.
Garnituren, Diwans
etc. etc.

Geöffnet bis 8^{1/2} Uhr abends,
Sonntag 8-10 und 12-2.
Prachtkatalog kostenfrei.

Special-Geschäft für Uhren



1 neue Uhr-Jeder Ia. 75 Pf.
1 neue Uhr-Kapfel . . . 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Beleg . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel . 5 Pf.
Neue Uhren in größter Auswahl.
Vorgezeigt, dieses erhält 5% Rabatt.

**E. Möbis, 82 Köpen-
Strasse 82,**
3 Min. vom Schief. Bahnhof.

Zemkes Heiz-Apparat
mit Chamotte, in 5 Minut.
marne Stufe, Stück 4,50,
Emailierte 7,50, größere
10,00 Mark. Emailierte
Start-Heizrohre für
Röhre 3,50. **Debatian-
straße 4, am Kottbusplatz.**

Max Kliems Fest-Säle

Hasenheide 11-13. 29292*

Jeden Mittwoch im neuen Saale:
Grosses Militär-Konzert.

Jeden Sonntag in allen Sälen: **Grosser Ball**
wozu ergebenst einladet
Max Kliem.

Unsere Stärke

und Leistungsfähigkeit liegt darin, daß wir trotz der jetzt herrschenden Reizung für Begare
Specialisten
geblieben sind. Unsere ganze Kraft haben wir nur auf die Herstellung von
Herren- und Knaben-Garderoben
verwendet und statt viele kleine unbedeutende Sortimente verschiedener Artikel zu führen, haben wir einzig und allein vier Stockwerke nur für Lager-Vorräte in Herren- und Knaben-Garderoben eingerichtet. Der Käufer ist dadurch in der sehr angenehmen Lage, statt sich mit einer beschränkten Auswahl zu begnügen, bei uns das denkbare größte Lager zu finden. Die von uns fabrizierten Herren-Garderoben bürtigen durch ihre vornehme Herstellung, eleganten Sitz und die dazu verwendeten gebiegenen erstklassigen Stoffe den vornehmsten Geschmack befriedigen.
Wir offerieren unsere Spezialmarke:

„Treffler“
Winter-Paletots in dunkelgrauer Marengo-Farbe oder schwarzem, fein gestreiftem oder punktiertem Cheviot. Kräftige Ware mit gutem Wollfutter oder gelepptem Kleinfutter, ein- oder zweifach mit Sammettragen, die Röhre zweifach gefeppt, schräge od. gerade Taschen, in Verarbeitung II: **Mk. 18,-**
Dieselben Dessins in hochgediegenem Fabrikat, höchst vornehm gefertigt, in Verarbeitung I, nach ersehend: **Mk. 28,-**
Ferner empfehlen wir als vortheilhaft die so schnell in Aufnahme gefommene
Joppe Nimrod
Marke „Komet“ und „Treffler“ sind geistlich geknüttelt und können nur von und bezogen werden. Auch für anormale Figuren halten wir darin reichhaltiges Lager. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest.

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie
Berlin, Oranienstraße 40/41.

„Komet“
Winter-Paletots aus hochlegantem, reinwollernem, kräftigem, feingemustertem Oberstoff, in dunkelgrauer, Fischgräten-Muster oder mit feinen, weichen, dunkelblauen Effekten gemustert, gestreift, punktiert, oder mit Schneckenschnitten. Gediegenes, dunkelgraues Stammgarnfutter, schräge oder gerade Taschen, mit Bindfäden, sämtliche Röhre zweifach gefeppt, einreihig. **Griak für Maß: Mk. 36,-**

a) Hochlegante Joppe, dunkel meliert, aus weissestem Wollen, m. kariert. Lamafutter od. Lammfell-Imitation **Mk. 8,50**
b) Dieselbe mit Vell-Imitation . . . **10,00**
c) Extra vornehme Joppe aus ganz schwerer Marengo-Ware m. Lammfell gefüttert, eleg. geard., nach ersehend . **13,00**

Marke „Komet“ und „Treffler“ sind geistlich geknüttelt und können nur von und bezogen werden. Auch für anormale Figuren halten wir darin reichhaltiges Lager. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest. 28532*

Aufruf.

Alle am 10. bis 20. November Geborenen werden zur Entgegennahme interessierender Mitteilung um sofortige deutliche Namensangabe und genaue Adresse gebeten. Unkosten entstehen nicht! Meldungen sind per Postkarte unter Chiffre
„10. bis 20. November“
an die Annoncen-Expedition
Haasenstein & Vogler, A.-G.,
Berlin W. 8,
umgehend zu richten. 182/14*

Gegen Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir



Musikwerke
selbstspielende sowie
Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten
von 18 Mk. aufwärts.



Accordeons
in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.



Phonographen
nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Beispiele und unbespielte Walzen in Qualität.



Zithern
aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Guitarr-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

**Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137***
Hochbornschme Herrenanzüge,
Winterpaletots, feinsten Wollstoffen
herrlichend, 18,00-38,00, Beinkleider
8-11 Mark. Deutsches Verbandshaus,
Bürgerstraße 63, 1 Trepp. 19388*

(51) Poststraße, Badetzanzüge, Gebro-
denanzüge, Frackanzüge, Paletots,
Nischenanzüge, Billigste Bezugsquelle,
Hollensauszeichnung, Goldweins Prad-
zerische, Gassen. 18898*

Herrenanzüge und Paletots, extra
gute und hiesig gearbeitet, Modell-
schon sehr preiswert. Julius Linden-
baum, Große Frankfurterstraße 141,
Ede Architekturbüro. 18548*

Winterpaletots (postbillig) Leib-
haus, Reanderstraße 6. 307*

Teppiche, Gardinen, Portieren
postbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Seiten, Steppdecken, Regulatoren,
Remontestühlen, Uhrenten, (post-
billig) Leibhaus, Reanderstraße 6.

Speigel, Silber, Möbel, (post-
billig) Leibhaus, Reanderstraße 6. Leib-
häuser gestattet. 307*

Geborgenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Seiten, Koffer, Opern-
gläser, Kessel, Revolver, Leinwand,
Goldschalen, Uhren, Seiten, Ringe,
Regulatoren, Reihenzüge, Harmonika,
Geigen, Zithern (postbillig) Lude,
Oranienstraße 131. 29098*

Achtung! Handwecken, Arbeiter
empfehle noch zu alten billigen Preisen
trotz enormer Preissteigerung meine
Kammern-Sweater, plattiert Kam-
mern a 3,25 und 3,50, reinwollener
Kammern a 4,50 und 5,50, doppel-
harke reinwollene Kammern 5,50
bis 6,00. Theodor Reide, 1. Gehöft
Oranienstraße 174, 2. Gehöft Oranien-
straße 198. 18692*

Seidenstoffe, Reste jeder Größe
sind wieder vorhanden Charlotten-
burg, Goeßelstraße 76. Rein Laden, *

Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Dutzendfabrik, Comptoir
Kaiserstraße 25A, früher Barnim-
straße 4 und 5. Sonntags geöffnet.

Steppdecken, (postbillig) Fabrik
Leinstraße 29. 190*

Teppiche! (stärkste) in allen
Größen für die Größe des Wertes
im Teppichlager Berlin, Goeßel-
straße 25A, früher Barnim-
straße 4 und 5. Sonntags geöffnet.

Neue Wirtschaft, Kücheneinrichtung,
Billig, auch einzeln, verkauft Linden-
straße 107/109, 1. Hof. 31/15*

Möbelfabrik Oranienstraße 173,
am Oranienplatz, liefert geschmackvolle
Einrichtungen von 285,00, 428,00,
elegante 660,00-6000,00. Englisches
Schlafzimmer 290,00, Tischstühle 65,00,
Kleiderstuhl, Vertiko 45,00, ge-
schmücktes Häfett 125,00, Kuschelbett-
stelle mit Matrize 45,00, Schreib-
tisch 62,00, Spiegel 15,00, Spiegel-
spind 25,00, Wäschegarnituren, allen
Größen, 100,00, Kücheneinricht. nach
Zeichnung. 18268*

Krankensahnhölle für Zimmer
und Straße küchlich und teilweise in
allen Bezugsloren. Kopp, Gieseler-
straße 95. 87/16*

Teppiche mit Gardinen (fabrik-
niederlage) Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137*

Fahrräder, Leihabteilungen, 125
Mark, Anwalddenstraße 148, Stallger-
straße 40. 18508*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, Woche 1,00, ge-
brauche 12,00. Frankfurter Allee 10,
am Ringbahnhof, SO. Dieners-
straße 6. SW. Bellealliancestraße 78.
N. Alsterstraße 113. 7123*

Nähmaschinen. Habe bis zehn
Mark, wer Leihabteilung Nähmaschine
kauft oder nachweist, alle Systeme,
Woche 1,00. Postkarte genügt. Vorkauf,
Bornvorstraße 50. 56/11*

Nähmaschinen, gebrauchte,
Wheeler-Wilson von 8 Mark an und
Langschiffchen von 10 Mark an.
Bellmann, Gollnowstraße 28 nahe der
Landsbergerstraße. 18978*

Waisenträger, Blutbildend, für
Blutarme, Brustkrank, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschis-
tarbe, überraschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2, Lonne 3,50 exklusiv.
Nicht Flaschenzahl, Qualität ent-
scheidet. Wertes-Kellerer-Kingler,
Barnauerstraße 119. 97/14*

Gehlegante Herrenhosen aus
feinsten Wollstoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21. 9*

Steppdecken (postbillig) Fabrik
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Leude zu verkaufen (Bürger-
straße 11. 24325)

Milchgeschäft, gut gehend, 4 Joh
Umsatz, sofort zu verkaufen wegen
Verzug nach anberaubt. Zu erfragen
Rustauerstraße 54, Bäckerei. 24368

Grünkrautgeschäft umland-
halber billig zu verkaufen (Kiddorf,
Steinwegstraße 29. 1135)

Winterpaletots, gebraucht, starke
Nigur, verkauft Klefen, Götlicher
Ufer 2. 24858

Kanarienvogel 4,00, Vorkäufer,
Stamm Seiert, Reanderstraße 7.

Ringschiffchen, Bobbin, Schnei-
nähler, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauche 12,00. Alsterstraße 60/61,
Oranienstraße 59/60 und Große
Frankfurterstraße 43. 198*

Anzugreste 8,00, Hosenreste 3,00,
Reiterabteilung Lichtbergerstraße 9.

Wilder-Kasseler, Halbe Preise
so lange der Vorrat reicht. Wilder-
handlung „Fortuna“, Frankfurterstraße 1,
Ede Schönhauser Allee. 24815*

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufe
jetzt nicht mehr Central-Schlachthof, son-
dern gegenüber, Eldenaerstraße 14,
Laden, Daleschelle der Straßendamm 66,
von 2,50 Mark an. (Vierjährlich
unterstützt) Weisfeden. Paul Hoff.

Steppdecken. Seltener Kauf.
Seidenstoff, halt 8 Mark durchweg
3,75, besten Damen-Jackets (Pro-
delle), teils aus Seide, 8 Mark,
verkauft Julius Neumann, Belle-
Alliancestraße 105. 19418*

Säulen-Kanzellose verkauft bring-
end Brautlein Geßler, Prinzen-
straße 64. 24308

Wirtschaft verkauft junger Mann.
Brennauerstraße 5, II. 58/13

Schneidnähler, Adler, Bobbin,
ohne Anzahlung, Woche 1,00,
Lieferung sofort. Postkarte. Straßauer
Allee 26. 56/12

Elektromotor, drei- und vier-
phasig, fast neu, für jeden Preis.
Weihenburgerstraße 3, I. 98/8

Die fähigen Kleinen . . . Anzüge
. . . bei Schlegler erregen Auf-
sehen. Bilbbüchle Sagen, gute
Stoffe und billig. Linnstraße 85. *

Restoration, reell, sofort ver-
käuflich, fünf Vereine, Regelmäßig
(Barnauer 114), Kottles Geschäft,
B. 300, Voliamt 13. 21255

Das übermorgen verkaufe Ge-
schäftseinrichtungshalber meine zwei
Zimmer gute, gediegene Kuschel-
möbel (postbillig) - Brautleuten
passend -. Darunter auch Wäh-
lofa, Schlagregulator, Stuhlpol 10,00,
echte Stahlische, prachtvolle echte
Oelgemälde 8,00, Stiefelstulpen 3,00,
Teppich, verschiedenes. Alexander-
straße 29, vorn II. 24275

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1
Kurzestrasse nächst dem Gerichtsgebäude!
Eingabengehülse! Raterteilung!

Rechtsbureau, Gerichtsflagen,
Strafsachen, Eingabengehülse, Rat-
erteilung, Bekf. Brunnenstraße 97.

Unfallfachen, Rechtsbureau Wagner,
Steglitzerstraße fünfundsiebzig (19048)*

Sunkstodpferd von Frau Kolosta,
Steinmetzstraße 48, Duergebäude hoch-
parterre.

Nähmaschinenreparaturen wer-
den schnell und billig unter Garantie
in meiner eignen Werkstatt ausgeführt.
E. Bellmann, Gollnowstraße 28, nahe
der Landsbergerstraße. 18908*

Wandleuchte (Hilberstraße 7. 198*

Fahrradgesch. auch defekt, Ras-
sch, Schönhauser Allee 163a. 98/19*

Verzinszimmer hat zu vergeben
H. Goldbach, Löwenstraße 17, Ede
Hilberstraße 8. 23838*

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterstoffen 15,00. Wagner,
Schneidermeister, Lichtbergerstraße 9,
(Landsbergerstraße). 19425*

Gitarrenarbeiter! Sonntagsnor-
maltig 10 Uhr Morgenstraße langes-
mütiger Kollegen Hofenthalerstraße 57,
Reksaurant. 24216

Farbige verlangt Max Leon-
hard, Schleißerstraße 31. 11

Wamsel auf Jaden, selbst steppen,
im und auherem Hause, verlangt
Reichenderstraße 115a, II. vorn.

Kartonarbeiterin, geübte, ver-
langt Anders Nachfolger, Wäber-
straße 7. 24206

Junge Mädchen, die das Blumen-
binden erlernen wollen, werden so-
fort verlangt. Jode u. Falk, Deut-
straße 8. 24225

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Kazetten kosten 10 Pf. pro Zeile.

Tüchtige Maschinen-Feilenhauer
und Feilenschleifer werden
gesucht.
Schmidt,
Magdeburg, Weidenstr. 18.

15 bis 20 Rohrer
auf Doppelrohrdecken verlangt
sofort 24266
Ferd. Juliusberg, Creditstr. 10.

**Ein tüchtiger Maschinen-Feilen-
hauer** gesucht.
Otto Holzappel, Brandenburg a. O.,
Wilhelmshöferstraße 34.

Plätterinnen
für Stechzagen, Ranschetten,
Chemiefettes und Servitens
verlangt
Wäschefabrik A. R. Freyer
Georgentischstr. 24.

**Junge
Mädchen**
erlernen bei sofortigem Verdienst
das Waschen neuer Wäsche und
sichern sich dauernden guten
Verdienst! 192/13*

Wäsche-Fabrik

sucht 31/10
Einrichter
zur Einführung von La Herrenanzügen.
Offerten unter **Wäsche-fabrik**
P. T. 1145 an Rudolf Mosse, Prag.

Sanierer
resp. Geschäftsführende, welche ver-
eignet sind, erhalten durch Verkauf
eines patentierten Drahtwaren-
Artikels (für Toilettenbad), welcher für
Berlin oder für die Provinz Branden-
burg vergeben werden soll.
hohe Provision
bei einem nachweislichen Verdienst von
10 bis 60 Mk. pro Woche, je nach
Tätigkeit.
Wonnung ist, daß der Reflektant
mit einer Leberstärke 60x35 cm Größe,
ca. 4 kg schwer, in jeder Stadt und
jedem Dorf jedes bessere Privat- und
Geschäftshaus befaßt. Waren zum
Verkauf führt derselbe nicht mit, son-
dern nur obige Leberstärke mit Muster-
stück; einen andern Artikel darf der-
selbe nebenbei nicht führen. Gest.
Adresse mit Angabe der bisherigen
Tätigkeit, sowie ob verheiratet oder
ledig bitte unter **J. 8** an die Exp.
d. Bl. einzufenden. 29602*

Achtung! Holzarbeiter!
Im Baugeschäft
A. Sonnenburg, Holzsteiner
Hfer 2,
haben sämtliche Baustoffe wegen
Lohnminderungen die Arbeit nieder-
gelegt; desgleichen die Kollegen der
Baustoffindustrie von
Moll, Löwenstr. 2 und 7.
Zugung fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Stöckarbeiter!
Der **Zugung** für Stöckarbeiter
aller Branchen ist streng fern-
zuhalten bei **Schmaling**
& Barta, Fähringstr. 18.
88/9 **Die Ortsverwaltung.**

Aufzugsmonteuere
nur erste Kräfte, gegen hohen Lohn
sofort gesucht. 192/11*
N. Schäffer, Maschinenfabrik, Breslau.